

Teil 3

Ausschussvorlage WVA/17/11  
Ausschussvorlage HHA/17/15

eingegangene Stellungnahmen zu der

Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr  
und des Haushaltsausschusses

zu dem

**Antrag**  
**der Fraktion der FDP betreffend Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in Hessen**  
**- Drucks. 17/218 -**

und dem

**Antrag**  
**der Fraktion der SPD betreffend Handeln für Hessen: Arbeitsplätze schaffen, Förderung stärken, Klima schützen, Innovation intensivieren**  
**- Drucks. 17/258 -**



Hessischer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr  
Geschäftsführerin  
Frau Heike Schnier  
Postfach 3240  
65022 Wiesbaden

Ihr Zeichen: I A 2.4

Magdeburg, 21.11.2008

Sehr geehrte Frau Schnier,

gern komme ich Ihrer Bitte um eine schriftliche Stellungnahme zur erwogenen Änderung der Struktur der Wirtschaftsförderung in Hessen nach.

Ich möchte dabei in meinen Ausführungen im Wesentlichen die bisherigen Veränderungen in Sachsen-Anhalt beispielhaft schildern.

Der Veränderungsprozess dauert aus meiner Sicht fortwährend an, denn zurückgehende EU-Mittel, als aktuellen monetären Hauptbestandteil der Förderpolitik des Landes, zwingen uns kontinuierlich Förderstrukturen zu überdenken und zielgenau anzupassen. Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) leistet dazu ihren Beitrag. In unserer Geschäftsstrategie für den Zeitraum bis 2015 sehen wir uns als die Förderbank Sachsen-Anhalts, die die Möglichkeiten einer Bank mit denen eines zentralen Förderdienstleisters vereint. Die IB soll sich vom Auftragnehmer zum aktiven Partner des Landes entwickeln. Hauptaugenmerk ist für uns die Kundenorientierung.

Im Einzelnen:

## **I. Rechtlicher Rahmen**

Sachsen-Anhalt hat seit dem 1. März 2004 eine Förderbank, die Investitionsbank Sachsen-Anhalt. Bis dato wurde das Fördergeschäft (Wohnungsbauförderung, Wirtschaftsförderung, Agrarförderung) durch den rechtlich unselbständigen Geschäftsbereich der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB), dem Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt (LFI), wahrgenommen. Nunmehr fungiert die IB in Fortentwicklung des LFI als teilrechtsfähige Anstalt (Anstalt in der Anstalt) in der NORD/LB. Zu den Gründungsdokumenten/rechtlichen Grundlagen gehören im Wesentlichen:

- die Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 30.12.2003<sup>1</sup>,
- das Investitionsbank-Begleitgesetz vom 18.12.2003<sup>2</sup>,
- und das Statut der Investitionsbank Sachsen-Anhalt<sup>3</sup>,

<sup>1</sup> GVBl. LSA S. 20 in der Fassung vom 2.12.2006 (GVBl. LSA S. 534)

<sup>2</sup> GVBl. LSA S. 371

<sup>3</sup> MBl. LSA Nr. 12/2004 vom 22.03.2004

die ich Ihnen in der Anlage beifüge.

## **II. Einbindung in die NORD/LB**

Die Einbindung der IB in die NORD/LB ist dadurch gekennzeichnet, dass einerseits sämtliche Kernaufgaben und wichtige Funktionen einer Förderbank bei der IB selbst am Standort Magdeburg erfüllt werden und sich die IB andererseits innerhalb des rechtlichen – insbesondere aufsichtsrechtlichen - und organisatorischen Rahmens der NORD/LB bewegt. Durch die erfolgsorientierte und ähnlich der Landesbank Hessen-Thüringen auf die Stärkung des Verbundgedankens ausgerichtete Geschäftsstrategie der NORD/LB lässt sich die IB – als Einrichtung mit primär öffentlicher Aufgabenorientierung und ohne Gewinnstreben- nicht direkt in die Zieldefinition des Konzern einbinden. Faktisch ist die IB im Wesentlichen zu einer weitgehend eigenständigen Zielplanung mit ihren Auftraggebern nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Verbindendes Element ist und bleibt die unter Synergieeffekten oder Konzernvorgaben sinnvolle gemeinsame Nutzung von bankspezifischen organisatorischen, personalwirtschaftlichen und technischen Ressourcen. Die IB kann durch die Einbindung in die NORD/LB technische Systeme und sonstige Querschnittseinheiten (z.B. Steuerberatung, Personalverwaltung, Meldewesen) nutzen, so dass der Aufbau von eigenständigen Personalkapazitäten reduziert werden konnte. Die IB stellt einen eigenen Jahresabschluss auf; das Vermögen der IB wird als Treuhandvermögen in den Jahresabschluss der NORD/LB einbezogen.

## **III. Wettbewerbsneutralität**

Das Regelwerk der IB ist konform mit den Anforderungen der Verständigung II, wonach die Geschäftstätigkeit einer Förderbank „auf die Unterstützung der Struktur- und Wirtschaftspolitik sowie die Sozialpolitik und öffentliche Aufgaben ihrer staatlichen Träger ausgerichtet“<sup>4</sup> sein muss.

In § 4 (Aufgaben) der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt spiegelt sich dieser Grundsatz. Fördermaßnahmen müssen im Einklang mit den Beihilferegelungen der Europäischen Gemeinschaft stehen und ein Wettbewerb zu den Angeboten anderer Kreditinstitute ist auszuschließen. Im Außenverhältnis wird dies durch eine im Rahmen der Förderung wettbewerbsneutrale und gleichartige Zusammenarbeit mit allen Geschäftsbanken erreicht. Die IB kooperiert dabei reibungslos mit Genossenschaftsbanken, privaten Instituten und Sparkassen.

## **IV. Ausstattung mit Eigenkapital/Liquidität**

Das Land Sachsen-Anhalt hat das zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzte treuhänderisch verwaltete Fördervermögen (Wohnungsbauzweckvermögen) zum Verkehrswert in die IB eingebracht (= Sacheinlage). Hiervon ist ein Anteil von € 100,0 Mio. als haftendes Eigenkapital anerkannt. In dieser Höhe ist der Gegenwert der erfolgten Einbringung dem bilanziellen Eigenkapital zugeordnet worden.

Die IB verfügt über keine freien liquiden Mittel. Das vorhandene Eigenkapital stellt insoweit keine liquiden Mittel dar.

Zur Sicherung der Liquidität stehen hinreichende Geldmarktklinien bei Geschäftsbanken zur Verfügung.

---

<sup>4</sup> Verständigung II Staatliche Beihilfen, Nr. E 10/2000, C (2002) 1286, S. 11)

## V. Politischer Rahmen

Nach der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 30.12.2003 ist die IB das zentrale Förderinstitut des Landes und unterstützt das Land in dessen Auftrag bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 1).

In der 5. Legislaturperiode des Landtages ist dieses Postulat durch die Regierungsparteien in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD für die Jahre 2006-2011 vom 18. April 2006 folgendermaßen bekräftigt worden:

„Wir werden die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu einer schlagkräftigen und kundenorientierten Institution weiterentwickeln, die es kurzfristig und effektiv ermöglicht, Förderprogramme zusammenzufassen und unter dem Dach der Investitionsbank zu bündeln.“<sup>5</sup>

„... die Evaluierung aller Förderprogramme und Subventionen hinsichtlich ihrer Kosten und Wirksamkeit unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit notwendig ist. In der Investitionsbank als zentralem Förderinstitut des Landes soll die Abwicklung von weiteren Förderprogrammen gebündelt werden“<sup>6</sup>

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat im Frühjahr 2008 im Kabinett eine strategische Diskussion zu den Zukunftsperspektiven des Landes eröffnet. Die Grundlage stellt eine nachhaltige finanzpolitische Perspektivplanung bis zum Jahr 2025 dar, in deren Rahmen die zukünftigen politischen Schwerpunkte definiert werden sollen.

Unter dem Gesichtspunkt des Rückgangs der Solidarpaktmittel bis 2020 auf Null und der zurückgehenden Förderung durch die EU und den Bund bei gleichzeitigem Verzicht auf die Aufnahme neuer Kredite und der Tilgung der aufgelaufenen Verschuldung muss eine intensive Diskussion zur Struktur der künftigen Ausgaben geführt werden.

„Vorsorgen, Investieren, Bildung und Forschung“ stellen die Leitgedanken der finanzpolitischen Langfristprojektion bis 2025 der Landesregierung dar.

Konsolidierungspotential ergibt sich insbesondere bei den Personalkosten des Landes und bei den Zuweisungen für die Kommunen, da diese Ausgabepositionen einen prozentual hohen Anteil besitzen. Die Investitionsausgaben werden sich langfristig an den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer angleichen und damit im Vergleich zum derzeitigen Stand sinken. Zurückgehende Zuweisungen des Bundes und der EU bedeuten gleichzeitig einen sinkenden Aufwand an Landesmitteln für die Kofinanzierung der angebotenen Drittmittel.

Die dargestellten Auswirkungen des Konsolidierungsprozesses auf die Struktur des Landeshaushaltes entfalten nachhaltige Konsequenzen auf die Förderpolitik des Landes.

Der erwartete Rückgang der durch Bund und EU zur Verfügung gestellten Drittmittel und die daraus resultierenden sinkenden Kofinanzierungsaufwendungen durch das Land bedeuten mittel- und langfristig ein Sinken der Investitionsquote von derzeit 18,5 % (2008) auf voraussichtlich 10,4 % im Jahr 2025.

Weitere Faktoren sind:

- Die Demografie: Im Zeitraum 2005 – 2015 geht die Bevölkerung um ca. 9 % zurück.
- Der Landeshaushalt: Das Haushaltsvolumen verringert sich im Zeitraum von 2007 – 2015 um ca. 18 %.

Diese Rahmenbedingungen machen eine bewusste Gestaltung des Instrumentes, das dem Land mit der IB zur Verfügung steht, notwendig.

<sup>5</sup> Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD vom 18.4.2006, S. 9

<sup>6</sup> Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD vom 18.4.2006, S. 56

Vor diesem Hintergrund findet im Land eine Diskussion zum strategischen Einsatz der IB statt. Zur Diskussion gehört auch die Übertragbarkeit weiterer Programme. Die IB arbeitet in diesem Prozess aktiv mit. Der politische Wille der Landesregierung wird im Übrigen über den Verwaltungsrat, in dem die Ressortchefs der verschiedenen Landesministerien Mitglieder sind, in die IB vermittelt. Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsleitung der IB.

## VI. Geschäftsfelder der IB

Die Tätigkeit der IB bezieht sich auf die drei Geschäftsfelder:

- Zuschüsse,
- Finanzierungsinstrumente (Darlehen/ Bürgschaften) und
- Dienstleistungen.

Hauptsparten sind:

- Wirtschaftsförderung,
- Immobilienförderung,
- Kultur/Bildung/Medien/Tourismus,
- Agrarförderung.

Die IB setzt eine Reihe von Förderprogrammen für das Land um<sup>7</sup>. Aus unserer Sicht ist es aber vor dem Hintergrund des geschilderten fortwährenden Konsolidierungsprozesses notwendig, nachhaltige Konsequenzen für die Förderpolitik des Landes zu ziehen. Insoweit sprechen folgende Argumente für die weitere Konzentration der Landesförderung in der IB:

### 1. Kundenorientierung / Bündelung von Programmen und Aufgaben im Sinne einer One Stop Agency

- zu bestimmten Themen (Existenzgründungen, Wissenschaft und Innovation, Verbundförderung, kommunale Infrastruktur – wie z.B. Städtebau, Stadtentwicklung) und
- für bestimmte Kundengruppen (z.B. Unternehmen, insbesondere KMU, Gründer, Kommunen),
- Bedingungen sind die effiziente Gestaltung ggf. notwendiger Schnittstellen und die kooperative Zusammenarbeit mit Genehmigungs- und fachlich zu beteiligenden Behörden (z.B. LVwA, LAU, LBB, ÄLF),
- komplette Finanzierungslösungen durch Zusammenführung der sich ergänzenden Instrumente Zuschuss, Darlehen und Bürgschaft.

### 2. sowohl aus Kundensicht als auch unter Effizienz- und Qualitätsgesichtspunkten eine möglichst komplette Durchführung des einzelnen Programms von der Beratung bis zur VN-Prüfung in einer Hand

### 3. Gestaltung des Übergangs von der Förderung mit verlorenen Zuschüssen zu Darlehensförderungen als dem mittelfristig bestimmenden Instrument

- Entwicklung von Kombi-Produkten, die aus einem reduzierten Zuschusselement und einem Darlehensanteil bestehen (z.B. Konzept für künftige Förderung von Klimaschutz und Abfallwirtschaft),
- Sammeln von Erfahrungen, Markt- und Kundenkenntnissen bei der Umsetzung von momentan noch reinen Förderungen mit verlorenen Zuschüssen als Grundlage für die Weiterentwicklung zu bedarfsgerechten Kombi- bzw. Darlehensinstrumenten,

<sup>7</sup> Details entnehmen sie bitte dem beiliegenden Geschäftsbericht.

4. Unterstützung der Prozesse der inhaltlichen Abstimmung zwischen den Ressorts der Landesregierung

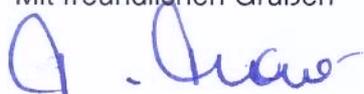
- Erkennen bzw. Vermeiden von Redundanzen bei der Förderung,
- bessere Verzahnung der Förderungen einzelner Ressorts oder Abteilungen, (z.B. kann die Bündelung von Programmen der FuEul- Förderung des MW und von Programmen der Forschungsförderung des MK bei der IB zu einer konsistenteren Ausrichtung der Programme und zu einer besseren Schwerpunktbildung führen).

5. Erfahrungen der IB bei der Vergabe, Verwaltung und Kontrolle von EU-Fondsmitteln in von der EU-Kommission anerkannt hoher Qualität

Seit über 10 Jahren hat die IB Erfahrungen im Umgang mit Strukturfondsmitteln auf folgenden Gebieten gesammelt:

- Beratung,
- Öffentlichkeitsarbeit / Umsetzung der Publizitätsvorschriften,
- Prüfung der EFRE-Fähigkeit von Projekten,
- Bewilligung von Förderprogrammen die mit EFRE-, ESF und EAGFL-Mitteln kofinanziert wurden,
- Prüfung der Mittelverwendung,
- Betreuung von Controlling-, Monitoring- und Steuerungsinstrumenten (efREporter),
- Berichterstattung,
- Finanzkontrolle,
- Teilnahme an INTERREG IIIC- Projekten.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Maas

Anlage:

- rechtliche Grundlagen
- Geschäftsbericht 2007

GVBl. LSA Nr. 3/2004, ausgegeben am 7. 1. 2004

**Verordnung  
über die Errichtung der Investitionsbank  
Sachsen-Anhalt.**

**Vom 30. Dezember 2003.**

Aufgrund des § 4 Abs. 5 Satz 2 des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – vom 22. Mai 2002 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – vom 18. Dezember 2002 (GVBl. LSA S. 441) wird verordnet:

**§ 1**

**Errichtung, Rechtsform, Name, Sitz**

(1) Das Land Sachsen-Anhalt (Land) errichtet bei der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – (Landesbank) als teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts die „Investitionsbank Sachsen-Anhalt – Anstalt der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale“ (Investitionsbank).

(2) Die Investitionsbank kann im Rechtsverkehr unter ihrem Namen handeln, klagen und verklagt werden.

(3) Die Investitionsbank hat ihren Sitz in Magdeburg.

**§ 2**

**Eigenkapital der Investitionsbank**

Das der Investitionsbank zur Verfügung stehende Eigenkapital darf nur für die Aufgaben der Investitionsbank eingesetzt werden. Es haftet nur für Verbindlichkeiten der Investitionsbank.

**§ 3**

**Haftung des Landes**

Das Land haftet für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank nach Maßgabe des Investitionsbank-Begleitgesetzes.

**§ 4**

**Aufgaben**

(1) Die Investitionsbank ist das zentrale Förderinstitut des Landes und unterstützt das Land in dessen Auftrag bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Sie kann ferner mit Zustimmung des Verwaltungsrates auch andere Träger der öffentlichen Verwaltung unterstützen. Die Investitionsbank beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.

(2) Im Einzelnen unterstützt die Investitionsbank im Rahmen der übertragenen Förderprogramme das Land und andere Träger der öffentlichen Verwaltung in folgenden Bereichen:

1. Durchführung und Verwaltung öffentlicher Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Gemeinschaft:

- a) Förderung des Wohnungswesens,
- b) Städtebauförderung einschließlich der städtebaulichen Erneuerung und Entwicklung,
- c) Regionalförderung,
- d) Mittelstandsförderung,
- e) Förderung im Rahmen der Bereitstellung von Risikokapital,
- f) Technologie- und Innovationsförderung,
- g) Infrastrukturförderung,
- h) Förderung von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung,
- i) Förderung des Umweltschutzes,
- j) Förderung der rationellen Energienutzung, der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung,
- k) Förderung der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und des ländlichen Raumes,
- l) Förderung des Gesundheitswesens,
- m) Kunst- und Kulturförderung,
- n) Förderung des Tourismus,
- o) International vereinbarte Förderprogramme,
- p) Internationale Zusammenarbeit;

die öffentlichen Fördermaßnahmen sind bei der Beauftragung der Investitionsbank gemäß § 5 zu konkretisieren;

2. Beteiligung an Projekten im Gemeinschaftsinteresse, die von der Europäischen Investitionsbank oder ähnlichen europäischen Finanzierungsinstitutionen mitfinanziert werden;
3. Gewährung von Darlehen und anderen Finanzierungsformen an Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtliche Zweckverbände;
4. Treuhand- und Verwaltungsgeschäfte aus öffentlichen Mitteln;
5. Maßnahmen rein sozialer Art;
6. sonstige Aufgaben, die im öffentlichen Interesse stehen, soweit sie den Grundsätzen und Vorgaben der Europäischen Gemeinschaft für die Geschäftstätigkeit eines Förderinstituts nicht widersprechen; die Konkretisierung erfolgt im Einzelfall bei der Beauftragung der Investitionsbank gemäß § 5 dieser Verordnung.

GVBl. LSA Nr. 3/2004, ausgegeben am 7. I. 2004

(3) Die Förderung erfolgt insbesondere durch die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen, die Übernahme von Bürgschaften, das Eingehen von Beteiligungen sowie durch sonstige Finanzierungshilfen.

(4) Soweit die Mittel nicht aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden, beschafft sich die Investitionsbank die erforderlichen Mittel durch die Aufnahme von Darlehen. Die Investitionsbank darf Zuschüsse nur dann bewilligen, wenn diese ihr aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt wurden; die Verbilligung von Darlehensprogrammen bleibt hiervon unberührt.

(5) Die Investitionsbank kann Bankgeschäfte durchführen und Dienstleistungen erbringen, soweit sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind und mit den Aufgaben in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Soweit es sich hierbei um Effektenhandel, Einlagengeschäft oder Girogeschäft handelt, darf sie diese nur für eigene Rechnung durchführen.

#### § 5

##### Übertragung von Aufgaben

(1) Das Land überträgt der Investitionsbank die Durchführung der bisher vom Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt, Geschäftsbereich der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Mitteldeutsche Landesbank, wahrgenommenen Aufgaben durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag (Investitionsbankvertrag).

(2) Die Durchführung weiterer Aufgaben im Rahmen von § 4 kann auf der Grundlage des Investitionsbankvertrages durch öffentlich-rechtliche Verträge (Geschäftsbesorgungsverträge) zwischen dem jeweils zuständigen Fachministerium und der Investitionsbank vereinbart werden. In den in § 4 Abs. 2 genannten Bereichen ist die Investitionsbank zum Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages verpflichtet, wenn das Fachministerium dies verlangt und die Erstattung der entstehenden Aufwendungen zusagt.

(3) Die Durchführung von Aufgaben für andere Träger der öffentlichen Verwaltung erfolgt ebenfalls aufgrund von öffentlich-rechtlichen Verträgen und bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates.

#### § 6

##### Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben

Die Investitionsbank ist berechtigt, im Rahmen der ihr vom Land übertragenen Aufgaben Verwaltungsakte zu erlassen und öffentlich-rechtliche Verträge zu schließen. Die Berechtigung erstreckt sich auch auf den Abschluss von Vergleichen und die Veränderung von Ansprüchen gemäß den Bestimmungen in §§ 58 und 59 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften. Die Investitionsbank ist insoweit Behörde im Sinne der gesetzlichen Vorschriften.

#### § 7

##### Grundsätze der Geschäftsführung

(1) Der Geschäftsbetrieb der Investitionsbank ist nach

kaufmännischen Grundsätzen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen, wobei den der Investitionsbank gestellten besonderen Aufgaben Rechnung zu tragen ist. Die Tätigkeit der Investitionsbank ist nicht auf Gewinnerzielung gerichtet.

(2) Die Aufwendungen aus der Geschäftstätigkeit der Investitionsbank müssen insgesamt und nachhaltig gedeckt sein. Eine Übertragung oder Änderung von Aufgaben darf nur erfolgen, wenn die Deckung der Aufwendungen gewährleistet ist.

(3) Die Investitionsbank ist bei der Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben zu Wettbewerbsneutralität verpflichtet. Näheres regelt das Statut. Die Einhaltung der Wettbewerbsneutralität wird durch den Verwaltungsrat überwacht.

(4) Die Investitionsbank beachtet bei der Durchführung ihrer Aufgaben das Diskriminierungsverbot sowie das Gebot zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft.

#### § 8

##### Verwaltung von Treuhandvermögen

Die Investitionsbank kann im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß § 4 Vermögenswerte, die ihr vom Land oder von Dritten zur Verwaltung und Verwertung treuhänderisch überlassen werden, nach Maßgabe der zu treffenden Treuhandvereinbarung für Rechnung des Landes oder Dritter verwalten und verwerten.

#### § 9

##### Bildung von Sondervermögen

Für besondere Zwecke können im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß § 4 Sondervermögen bei der Investitionsbank gebildet werden. Die Bildung von Sondervermögen bedarf der Genehmigung des Ministeriums der Finanzen als Rechtsaufsichtsbehörde und des jeweiligen Fachministeriums.

#### § 10

##### Statut

Die Rechtsverhältnisse der Investitionsbank werden durch ein Statut geregelt, soweit sie nicht durch diese Verordnung abschließend geregelt sind. Das Statut wird vom Verwaltungsrat beschlossen und bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Es wird von ihr im Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht.

#### § 11

##### Organe der Investitionsbank

(1) Organe der Investitionsbank sind der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung.

(2) Aufgaben und Befugnisse der Organe regelt das Statut, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt.

GVBl. LSA Nr. 3/2004, ausgegeben am 7. 1. 2004

§ 12  
Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat berät die Geschäftsleitung und überwacht ihre Geschäftsführung. Er kann jederzeit Auskunft über alle Angelegenheiten der Investitionsbank verlangen.

(2) Der Verwaltungsrat beschließt über die ihm durch diese Verordnung und das Statut zugewiesenen Aufgaben.

(3) Der Verwaltungsrat kann beschließen, dass weitere Angelegenheiten, die für die Investitionsbank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung oder der Zustimmung eines seiner Ausschüsse bedürfen.

(4) Der Verwaltungsrat kann zur vorbereitenden Behandlung oder abschließenden Entscheidung bestimmter Aufgaben Ausschüsse bilden.

(5) Die Beschlussfassung des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse werden im Einzelnen im Statut geregelt.

§ 13  
Mitglieder des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus:

1. dem Minister der Finanzen, dem Minister für Bau und Verkehr, dem Minister für Wirtschaft und Arbeit, dem Minister für Landwirtschaft und Umwelt, dem Minister für Gesundheit und Soziales, dem Kultusminister, dem Minister der Justiz sowie dem Chef der Staatskanzlei,
2. einem Mitglied des Vorstandes der Landesbank sowie je einem Vertreter der in Sachsen-Anhalt ansässigen Sparkassen, genossenschaftlichen Kreditinstitute und Privatbanken,
3. einem Vertreter der Industrie- und Handelskammern, einem Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände sowie einem Vertreter der Handwerkskammern in Sachsen-Anhalt,
4. einem Vertreter der Beschäftigten der Investitionsbank.

Vorsitzender ist der Minister der Finanzen, stellvertretender Vorsitzender ist der Chef der Staatskanzlei. Die Mitglieder des Verwaltungsrates können sich vertreten lassen, jedoch nicht in der Funktion als Vorsitzender oder als stellvertretender Vorsitzender.

(2) Die Mitglieder des Verwaltungsrates, die nicht nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 Mitglieder aufgrund ihres Amtes sind, werden auf Vorschlag der sie entsendenden Stelle vom Ministerium der Finanzen für vier Jahre bestellt; den Vertreter der Beschäftigten schlägt der für die Investitionsbank zuständige örtliche Personalrat aus seinem Kreis vor. Ihre Wiederbestellung ist zulässig. Sie bleiben bis zum Zeitpunkt der Neu- oder Wiederbestellung im Amt.

(3) Die Mitglieder des Verwaltungsrates können jederzeit von der sie entsendenden Stelle abberufen werden. Sie können ihr Amt durch schriftliche Erklärung an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates niederlegen. Scheidet ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus dem Verwal-

tungsrat aus, so ist für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied zu bestellen.

§ 14  
Geschäftsleitung

(1) Die Geschäftsleitung führt die Geschäfte der Investitionsbank. Die Geschäftsleitung vertritt die Investitionsbank gerichtlich und außergerichtlich. Das Nähere regelt das Statut.

(2) Die Gesamtverantwortung des Vorstandes der Landesbank für die Investitionsbank nach den Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen bleibt unberührt. Dies gilt auch in Förderangelegenheiten im Sinne von § 4 Abs. 2, in denen die Geschäftsleitung nach Maßgabe der Förderbestimmungen des Landes und unter Beachtung bankaufsichtsrechtlicher Vorschriften entscheidet.

§ 15  
Beirat

Zur sachverständigen Beratung der Investitionsbank und zur Förderung der Kontakte mit dem Parlament, der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und der Kreditwirtschaft wird ein Beirat gebildet. Näheres regelt das Statut.

§ 16  
Deckung der Aufwendungen

(1) Die Investitionsbank erhebt im Zusammenhang mit der Durchführung von Fördermaßnahmen von den Antragstellern Gebühren und Auslagen, Entgelte und laufende Verwaltungskostenbeiträge nach Maßgabe des Investitionsbank-Begleitgesetzes. Die Höhe der Entgelte und laufenden Verwaltungskostenbeiträge wird auf Vorschlag der Investitionsbank vom zuständigen Fachministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen jeweils durch Verwaltungsvorschriften bestimmt.

(2) Soweit von den Antragstellern Entgelte oder sonstige Kostenbeiträge nicht erhoben werden dürfen oder soweit erhobene Entgelte und Kostenbeiträge die Aufwendungen der Investitionsbank nicht decken, erhält die Investitionsbank für die betreffende Tätigkeit vom Land eine angemessene Vergütung. Einzelheiten werden in den gemäß § 5 zu schließenden öffentlich-rechtlichen Verträgen geregelt.

(3) Soweit zwingende europarechtliche Vorgaben dies vorsehen, ist zu gewährleisten, dass die Endempfänger den jeweiligen Förderbetrag, auf den sie Anspruch haben, möglichst rasch und vollständig erhalten, ohne dass irgendein Abzug, Einbehalt oder eine später erhobene spezifische Abgabe, z. B. Bearbeitungs- und Verwaltungsgebühren, diesen Betrag verringern darf.

(4) Reichen die Entgelte und sonstigen Erträge der Investitionsbank zur Deckung der Aufwendungen nicht aus, ist der Fehlbetrag aus der Rücklage zu entnehmen. Soweit die Rücklage zur Deckung der Aufwendungen nicht ausreichend ist, wird der Fehlbetrag aus dem Landeshaushalt ausgeglichen; die Ausgleichszahlungen sind nach Vorlage des bestätigten Jahresabschlusses fällig.

GVBl. LSA Nr. 3/2004, ausgegeben am 7. 1. 2004

§ 17  
Geschäftsvermögen

(1) Überschüsse sind am Ende des Geschäftsjahres einer Rücklage zuzuführen.

(2) Die Mittel aus der Rücklage sind unter Berücksichtigung von Liquiditätserfordernissen zu marktüblichen Zinsen anzulegen, soweit sie nicht im Anlagevermögen der Investitionsbank gebunden sind. Soweit die Rücklage mit Zustimmung des Verwaltungsrates zur Finanzierung von Fördermaßnahmen herangezogen wird, kann der marktübliche Zinssatz unterschritten werden. Die Zinsen fließen dem Geschäftsvermögen zu.

(3) Sobald die vom Aufsichtsrat der Landesbank auf Empfehlung des Verwaltungsrates festgesetzte Rücklage überschritten wird, sind die darüber hinausgehenden Beträge nach Maßgabe eines Beschlusses des Verwaltungsrates für Förderzwecke einzusetzen.

§ 18  
Geschäftsjahr, Jahresabschluss

(1) Das Geschäftsjahr der Investitionsbank ist das Kalenderjahr.

(2) Die Investitionsbank hat einen Jahresabschluss und einen Tätigkeitsbericht zu erstellen. Der Jahresabschluss ist von einem Wirtschaftsprüfer zu prüfen und über den Verwaltungsrat dem Aufsichtsrat der Landesbank vorzulegen. Näheres regelt das Statut.

§ 19  
Aufsicht

(1) Die Investitionsbank untersteht der Aufsicht des Landes. Die Rechtsaufsicht wird vom Ministerium der Finanzen, die Fachaufsicht vom jeweils zuständigen Ministerium ausgeübt.

(2) Die Rechtsaufsichtsbehörde hat das Recht, sich bei der Investitionsbank über alle Sachverhalte, deren Kenntnis für die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht erforderlich sind, zu informieren. Das entsprechende Informationsrecht der jeweiligen Fachaufsichtsbehörde beschränkt sich auf die von ihr der Investitionsbank übertragenen Förderprogramme. Soweit hiermit für die Investitionsbank außergewöhnlich hohe Kosten verbunden sind, kann der Verwaltungsrat auf Antrag der Geschäftsleitung beschließen, dass diese Kosten von der veranlassenden Aufsichtsbehörde zu erstatten sind. Die jeweilige Aufsichtsbehörde kann durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass die Investitionsbank ihre Aufgaben unter Beachtung der maßgeblichen gesetzlichen Regelungen, dieser Verordnung, des Statuts sowie der sonstigen maßgeblichen Vorschriften und Regelungen im Interesse des Landes erfüllt.

Magdeburg, den 30. Dezember 2003.

**Die Landesregierung  
Sachsen-Anhalt**

Prof. Dr. Böhmer

Prof. Dr. Paqué

§ 20  
Prüfung durch den Landesrechnungshof

Die Investitionsbank unterliegt dem Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes. Die Investitionsbank hat sicherzustellen, dass das unmittelbare Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes auch gegenüber den eingeschalteten Kreditinstituten gewahrt bleibt. Soweit es sich um Fördermittel des Bundes oder der Europäischen Gemeinschaft handelt, bleibt das jeweilige Prüfungsrecht des Bundesrechnungshofes und des Rechnungshofes der Europäischen Gemeinschaft unberührt.

§ 21  
Siegelführung

(1) Die Investitionsbank führt ein Siegel mit dem kleinen Landeswappen und der Umschrift „Investitionsbank Sachsen-Anhalt – Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale“.

(2) Die von der Investitionsbank ausgestellten und mit Siegel der Investitionsbank versehenen Urkunden sind öffentliche Urkunden.

§ 22  
Auflösung

Die Investitionsbank kann durch Verordnung der Landesregierung aufgelöst werden. Die Einzelheiten der Auflösung, insbesondere die Verwendung der Vermögenswerte, sind in dieser Verordnung zu regeln. Das Land tritt in noch fortdauernde Verpflichtungen der Investitionsbank ein.

§ 23  
Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 24  
Schlussvorschriften

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich Satz 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2004 in Kraft. § 5 tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Das als rechtlich unselbständiger Geschäftsbereich der Landesbank geführte Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt wird auf die Investitionsbank übergeleitet. Die Investitionsbank wird insoweit Rechtsnachfolgerin des Landesförderinstituts Sachsen-Anhalt. Der Zeitpunkt und die Einzelheiten der Überleitung werden durch Vereinbarungen zwischen dem Land, der Landesbank und der Investitionsbank geregelt.

GVBl. LSA Nr. 34/2006, ausgegeben am 6. 12. 2006

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung über die  
Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt.**

**Vom 2. Dezember 2006.**

Aufgrund des § 4 Abs. 5 Satz 2 des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – vom 16./23./24. März 2005 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – vom 13. Juli 2005 (GVBl. LSA S. 338), wird verordnet:

§ 1

Dem § 16 Abs. 4 der Verordnung über die Errichtung der

Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 30. Dezember 2003 (GVBl. LSA 2004 S. 20) werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Im Einvernehmen zwischen dem Land und der Investitionsbank können Fehlbeträge auf die folgenden Jahre vorgetragen und einschließlich des Finanzierungsaufwandes mit Überschüssen späterer Jahre verrechnet werden. Spätestens nach jeweils drei Jahren sind die Fehlbeträge aus dem Landeshaushalt auszugleichen.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2006 in Kraft.

Magdeburg, den 2. Dezember 2006.

**Die Landesregierung  
Sachsen-Anhalt**

Prof. Dr. Böhrner

Bullerjahn

GVBl. LSA Nr. 47/2003, ausgegeben am 29. 12. 2003

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit nach Gegenzeichnung ausgefertigt wird und zu verkünden ist:

### Investitionsbank-Begleitgesetz.

Vom 18. Dezember 2003.

#### § 1

##### Übertragung des Wohnungsbaufördervermögens des Landes Sachsen-Anhalt

Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt – Anstalt der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – – (Investitionsbank)

1. das vom Land zur Förderung des Wohnungsbaues eingesetzte Fördervermögen (Zweckvermögen Wohnungsbau), das vom Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt verwaltet wird, auf die Investitionsbank als Eigenkapital zum Verkehrswert zu übertragen,
2. das Land zu verpflichten, die nach Nummer 1 übertragenen Vermögenswerte in ihrer Summe auf einem bankaufsichtsrechtlich als Haftkapital anerkannten Verkehrswert von mindestens 100 Millionen Euro zu halten.

#### § 2

##### Haftung des Sondervermögens

Das als Eigenkapital auf die Investitionsbank übertragene Zweckvermögen Wohnungsbau und das sonstige Vermögen der Investitionsbank bilden ein Sondervermögen, das ausschließlich für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank haftet.

#### § 3

##### Nutzung des Eigenkapitals der Investitionsbank

Das Eigenkapital der Investitionsbank darf nur für die Aufgaben genutzt werden, die der Investitionsbank im Rahmen ihrer Errichtung durch Verordnung zugewiesen werden.

#### § 4

##### Haftung des Landes für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank

- (1) Das Land haftet für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank, soweit die Befriedigung aus dem Vermögen der Investitionsbank nicht möglich ist.
- (2) Das Land haftet unmittelbar für die von der Investitionsbank im Rahmen der Refinanzierung von Fördermaßnahmen aufgenommenen Darlehen oder Kredite sowie für Kredite, soweit sie von der Investitionsbank im Rahmen von Fördermaßnahmen ausdrücklich gewährleistet werden.

#### § 5

##### Befreiung von Abgaben

Soweit die Investitionsbank durch Überleitung von Aufgaben Dritter deren Rechtsnachfolgerin wird, sind daraus erforderlich werdende Rechtshandlungen frei von Steuern, Kosten und Gebühren, soweit eine Befreiung nach Landesrecht angeordnet werden kann. Dies gilt auch für Beurkundungs- und Beglaubigungsgebühren.

#### § 6

##### Vergünstigungen

- (1) Die Investitionsbank genießt bei Kosten die gleichen Vergünstigungen wie das Land.
- (2) Die Behörden des Landes und die Kommunen sind verpflichtet, der Investitionsbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unentgeltlich Amtshilfe zu leisten.

#### § 7

##### Erhebung von Kosten und Entgelten

- (1) Die Investitionsbank ist berechtigt, im Zusammenhang mit der Durchführung von Fördermaßnahmen Gebühren und Auslagen, Entgelte und laufende Verwaltungskostenbeiträge zu erheben. Soweit für einzelne Amtshandlungen Gebühren und Auslagen erhoben werden, gilt das Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt.
- (2) Darüber hinaus kann die Investitionsbank Entgelte für besondere Dienstleistungen erheben.

#### § 8

##### Vollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen

Abweichend von § 62 Satz 3 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ist die Investitionsbank berechtigt, Vollstreckungstitel wegen privatrechtlicher Geldforderungen im Rahmen der ihr vom Land übertragenen Aufgaben auszufertigen.

#### § 9

##### In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Das Gesetz zur Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf das Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt vom 7. Dezember 1993 (GVBl. LSA S. 728) tritt mit Ablauf des 30. April 2004 außer Kraft.

GVBl. LSA Nr. 47/2003, ausgegeben am 29. 12. 2003

Magdeburg, den 18. Dezember 2003.

**Der Präsident des Landtages  
von Sachsen-Anhalt**

Prof. Dr. Spotka

**Der Ministerpräsident  
des Landes Sachsen-Anhalt**

Prof. Dr. Böhmer

**Der Minister der Finanzen  
des Landes Sachsen-Anhalt**

Prof. Dr. Paqué

MBI. LSA Nr. 12/2004 vom 22. 3. 2004

## D. Ministerium der Finanzen

### **Statut der Investitionsbank Sachsen-Anhalt**

**Bek. des MF vom 25. 2. 2004 – 32-10812**

In der **Anlage** wird gemäß § 10 der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 30. 12. 2003 (GVBl. LSA 2004 S. 20) das vom Verwaltungsrat beschlossene und vom Ministerium am 23. 2. 2004 genehmigte Statut der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bekannt gemacht.

#### **Anlage**

##### **Statut der Investitionsbank Sachsen-Anhalt**

Aufgrund des § 10 Satz 1 der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 30. Dezember 2003 (GVBl. LSA 2004 S. 20) hat der Verwaltungsrat in der Sitzung am 23. 02. 2004 das nachstehende Statut beschlossen, das vom Ministerium der Finanzen als Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt wurde.

#### **§ 1**

##### **Rechtsform, Sitz**

(1) Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt – Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale (Investitionsbank) ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Mitteldeutsche Landesbank (Landesbank).

(2) Die Investitionsbank kann im Rechtsverkehr unter ihrem Namen handeln, klagen und verklagt werden.

(3) Die Investitionsbank hat ihren Sitz in Magdeburg.

#### **§ 2**

##### **Geschäftstätigkeit**

(1) Die Investitionsbank führt die ihr übertragenen Aufgaben sowohl für das Land oder für Dritte als auch im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durch.

(2) Die Investitionsbank ist bei der Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben zu Wettbewerbsneutralität verpflichtet. Dies wird insbesondere durch die folgenden Regelungen gewährleistet:

- Wettbewerbsneutrale Ausgestaltung der Beratung und der Abwicklung der Förderaufgaben,
- Einschaltung der Hausbanken im Bereich der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, soweit dies möglich ist,
- Eigenständiges Auftreten nach außen, einschließlich separater Postanschrift,
- Organisatorische und personelle Eigenständigkeit,
- Ausschluss der Nutzungsmöglichkeit von Kundendaten der Investitionsbank durch Wettbewerbsbereiche der Landesbank,
- Besondere Verpflichtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Investitionsbank zur Einhaltung der Wettbewerbsneutralität.

(3) Die Investitionsbank soll bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit den Förderinstituten des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft zusammenarbeiten.

#### **§ 3**

##### **Organe**

(1) Organe der Investitionsbank sind der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung.

(2) Die Mitglieder der Organe haben über vertrauliche Angaben sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Investitionsbank, die ihnen durch ihre Tätigkeit in den Organen der Investitionsbank bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren. Diese Pflicht bleibt auch nach dem Ausscheiden aus dem Organ bestehen. Die Genehmigung, abweichend von Satz 1 Erklärungen abzugeben oder in gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfahren auszusagen, erteilt den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Vorsitzende des Verwaltungsrates und den Mitgliedern der Geschäftsleitung die Landesbank im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates. Die Befugnis der Geschäftsleitung, die im Rahmen ihrer Geschäftsführung üblichen und notwendigen Erklärungen im Interesse der Investitionsbank abzugeben, bleibt unberührt; dies gilt auch für gerichtliche und außergerichtliche Verfahren, in denen die Investitionsbank Partei ist.

#### **§ 4**

##### **Sitzungen des Verwaltungsrates, Beschlussfassung**

(1) Der Verwaltungsrat muss vom Vorsitzenden oder

MBL LSA Nr. 12/2004 vom 22. 3. 2004

dessen Stellvertreter einmal im Kalenderhalbjahr einberufen werden und darüber hinaus, wenn es die Lage der Geschäfte erfordert.

(2) Der Verwaltungsrat muss auch einberufen werden, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde, der Vorstand der Landesbank, die Geschäftsleitung oder mindestens 5 Mitglieder des Verwaltungsrates dies unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangen.

(3) Der Verwaltungsrat ist schriftlich unter Angabe von Zeit, Ort und Tagesordnung und – soweit möglich – unter Beifügung der Beschlussvorlagen einzuberufen. Die Einladung soll den Mitgliedern spätestens zwei Wochen vor der Sitzung zugehen.

(4) An den Sitzungen des Verwaltungsrates nimmt die Geschäftsleitung beratend teil. Sachverständige und Auskunftspersonen können auf Beschluss des Verwaltungsrates hinzugezogen werden.

(5) Der Vertreter der Rechtsaufsichtsbehörde hat das Recht, an allen Sitzungen des Verwaltungsrates teilzunehmen.

(6) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder oder deren Vertreter und der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter anwesend sind. Ist eine ordnungsgemäß einberufene Verwaltungsratssitzung nicht beschlussfähig, so ist eine binnen zwei Wochen danach einberufene Verwaltungsratssitzung für die Tagesordnungspunkte der nicht beschlussfähigen Verwaltungsratssitzung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Verwaltungsratsmitglieder beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß unter Beifügung der ursprünglichen Tagesordnung und unter ausdrücklichem schriftlichen Hinweis auf diese Bestimmung einberufen worden ist.

(7) Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen; § 5 Abs. 4 bleibt unberührt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die Stimme des stellvertretenden Vorsitzenden.

(8) In eiligen Fällen kann der Vorsitzende des Verwaltungsrates die Beschlüsse im Wege der schriftlichen Abstimmung herbeiführen. Sie gelten als gefasst, sobald eine zustimmende schriftliche Erklärung von mindestens der Hälfte der Mitglieder oder deren Vertreter beim Vorsitzenden des Verwaltungsrates eingegangen ist.

(9) Über jede Sitzung des Verwaltungsrates ist ein Protokoll anzufertigen, das von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter zu unterzeichnen ist.

#### § 5

##### Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat berät die Geschäftsleitung und überwacht deren Geschäftsführung.

(2) Der Verwaltungsrat beschließt insbesondere über

1. den Erlass des Statuts und dessen Änderung,
2. die Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat,
3. die Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung,

4. die Zustimmung zur Bestellung und Abberufung der Mitglieder der Geschäftsleitung; § 7 Abs. 1 S. 3 bleibt unberührt,
5. die Zustimmung zu dem von der Geschäftsleitung vorzulegenden Wirtschaftsplan,
6. die Empfehlung an den Aufsichtsrat der Landesbank über die Bestellung des Abschlussprüfers,
7. die Prüfung des Jahresabschlusses und die Empfehlung an den Aufsichtsrat der Landesbank zur Feststellung des Jahresabschlusses,
8. die Empfehlung an den Aufsichtsrat der Landesbank über die Entlastung der Geschäftsleitung,
9. die Empfehlung an den Aufsichtsrat der Landesbank zur Höhe der Rücklage,
10. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung (§ 12 Abs. 3 der Verordnung),
11. Verwendung von Überschüssen für Förderzwecke (§ 17 Abs. 3 der Verordnung),
12. die Erstattung außergewöhnlicher Kosten im Zusammenhang mit der Aufsicht (§ 19 Abs. 2 S. 3 der Verordnung).

(3) Die Geschäftsleitung bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates zu folgenden Angelegenheiten:

1. Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen, soweit die dafür im Wirtschaftsplan festgelegte Grenze um mehr als 10 % überschritten wird,
2. Kreditgewährung im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen, sobald die Gesamtverbindlichkeiten eines Kreditnehmers gegenüber der Investitionsbank einen vom Verwaltungsrat festgesetzten Betrag überschreiten,
3. Verzicht auf Forderungen der Investitionsbank aus ihrem Eigengeschäft, die eine vom Verwaltungsrat festgelegte Grenze überschreiten,
4. Erwerb, Gründung, Veräußerung und Liquidation von Unternehmen sowie Erwerb, Aufstockung und Veräußerung von Beteiligungen, soweit sie nicht im Rahmen von Förderprogrammen für Rechnung des Landes erfolgen,
5. Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten auf eigene Rechnung, sofern sie nicht zur Vermeidung von Verlusten freihändig oder im Zwangsversteigerungsverfahren erworben werden,
6. Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung, des Verwaltungsrates und des Beirates,
7. Anmietung, Erstellung oder Erwerb eines Geschäftsbäudes als Dienstsitz der Investitionsbank,
8. Übernahme von Aufgaben für andere Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 5 Abs. 3 der Verordnung),
9. Verwendung der Rücklage zur Finanzierung von Fördermaßnahmen (§ 17 Abs. 2 der Verordnung).

Der Verwaltungsrat kann weitere Geschäfte und Maßnahmen von besonderer Bedeutung von seiner Zustimmung abhängig machen.

MBL LSA Nr. 12/2004 vom 22. 3. 2004

(4) Die Beschlüsse gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5, Abs. 3 Nrn. 1, 4 und 5 dürfen nicht gegen das Votum des Ministeriums der Finanzen ergehen.

#### § 6

##### Ausschüsse des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat kann gemäß § 12 Abs. 4 der Verordnung Ausschüsse bilden.

(2) Zusammensetzung, Zuständigkeit und Befugnisse der Ausschüsse werden durch den Verwaltungsrat geregelt.

#### § 7

##### Geschäftsleitung

(1) Die Geschäftsleitung besteht aus zwei Mitgliedern. Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder erfolgt durch den Vorstand der Landesbank und bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates. Die Abberufung eines oder mehrerer Mitglieder der Geschäftsleitung aus wichtigem Grund bleibt dem Vorstand der Landesbank auch gegen das Votum des Verwaltungsrates vorbehalten.

(2) Die Mitglieder der Geschäftsleitung werden auf die Dauer von fünf Jahren bestellt. Wiederholte Bestellungen für jeweils höchstens fünf Jahre sind zulässig.

(3) Die Geschäftsleitung hat den Verwaltungsrat über alle wesentlichen Angelegenheiten, den Gang der Geschäfte und die beabsichtigte künftige Geschäftspolitik zu unterrichten. Ferner hat die Geschäftsleitung den Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder dessen Stellvertreter über wichtige Vorkommnisse zu unterrichten. Die vorgenannten Unterrichtungspflichten bestehen auch gegenüber dem Vorstand der Landesbank.

#### § 8

##### Zeichnungsbefugnis

Rechtsverbindliche Erklärungen der Investitionsbank bedürfen der Unterschrift zweier Mitglieder der Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung kann die Vertretungsbefugnis so regeln, dass ein Mitglied der Geschäftsleitung mit einem sonstigen Beschäftigten oder dass zwei Beschäftigte gemeinsam verbindlich zeichnen können. Für den laufenden Geschäftsverkehr kann die Geschäftsleitung eine andere Regelung treffen. Die Zeichnungsbefugnisse werden durch ein bankübliches Unterschriftenverzeichnis dokumentiert.

#### § 9

##### Beirat

(1) Zur sachverständigen Beratung und zur Unterstützung der Investitionsbank bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Förderung der Kontakte mit dem Parlament, der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und der Kreditwirtschaft wird ein Beirat gebildet. Die Mitglieder werden vom Verwaltungsrat bestellt und abberufen.

(2) Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Verwaltungsrates oder sein Stellvertreter. Der Verwaltungsrat kann für den Beirat eine Geschäftsordnung erlassen.

#### § 10

##### Jahresabschluss, Tätigkeitsbericht, Rechnungslegung

(1) Die Investitionsbank hat einen Jahresabschluss und einen Tätigkeitsbericht aufzustellen.

(2) Der Jahresabschluss und der Tätigkeitsbericht sind innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf eines Geschäftsjahres von der Geschäftsleitung zu erstellen. Der Jahresabschluss ist von einem Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) zu prüfen, der auf Empfehlung des Verwaltungsrates im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen und dem Landesrechnungshof vom Aufsichtsrat der Landesbank zu bestellen ist. Der Verwaltungsrat der Investitionsbank beschließt über die Prüfung des Jahresabschlusses und die Empfehlung an den Aufsichtsrat der Landesbank zur Feststellung des Jahresabschlusses.

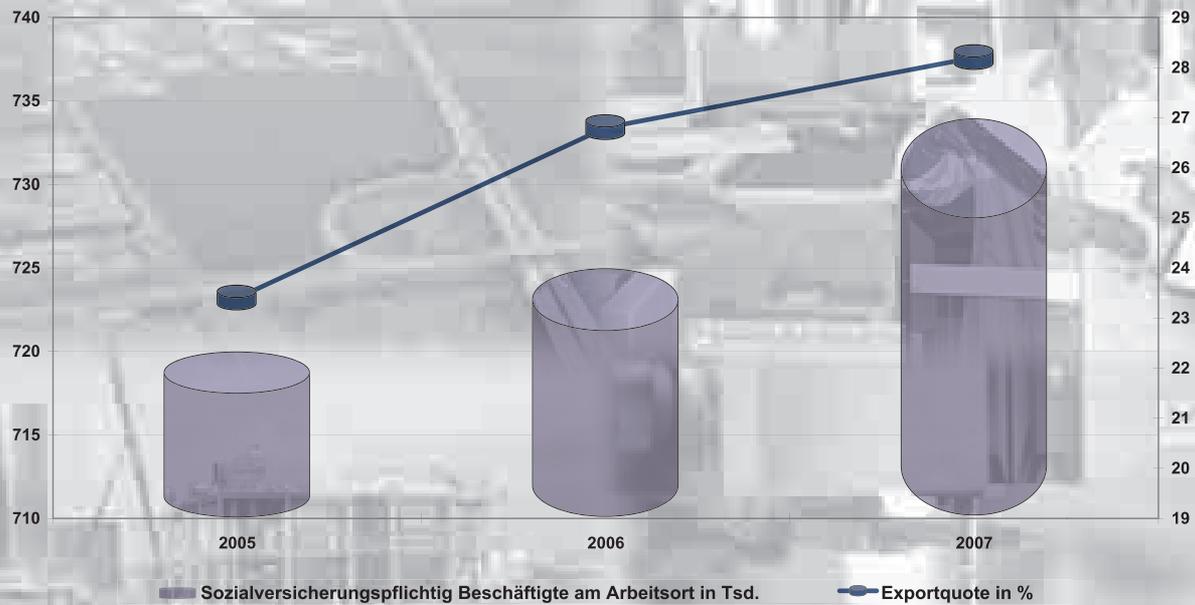
(3) Über das Vermögen der Investitionsbank sowie über von ihr gehaltene Treuhandvermögen und Sondervermögen ist getrennt vom übrigen Vermögen der Landesbank Rechnung zu legen.

(4) Jahresabschlüsse, Prüfungsberichte, Tätigkeitsberichte, Wirtschaftspläne sowie Niederschriften über Sitzungen des Verwaltungsrates sind dem Ministerium der Finanzen, den Fachministerien und der Staatskanzlei zu übersenden. Die Unterlagen sind auch dem Ausschuss für Finanzen des Landtags sowie dem Landesrechnungshof zu übersenden.

#### § 11

##### In-Kraft-Treten

Dieses Statut tritt mit der Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat und der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

# IB – Partner für Wachstum und Beschäftigung

 **Investitionsbank**  
Sachsen-Anhalt





Grafik: B. Rulf, Staatskanzlei, Presse- und Informationsamt  
Stand: 01.07.2007

### Planungsregion Altmark

	Investitionsförderung Gewerbliche Wirtschaft/ Infrastruktur1991-2007	Dauerarbeitsplätze	
		neu geschaffen	gesichert
Landkreis Stendal	346,4	4 184	4 702
Altmarkkreis Salzwedel	259,8	4 376	8 997
<b>Summe</b>	<b>606,2</b>	<b>8 560</b>	<b>13 699</b>

### Planungsregion Magdeburg

	Investitionsförderung Gewerbliche Wirtschaft/ Infrastruktur1991-2007	Dauerarbeitsplätze	
		neu geschaffen	gesichert
Magdeburg Landeshauptst.	570	11 499	10 724
Landkreis Börde	849,8	12 158	22 976
Salzlandkreis	884,2	11 852	17 673
Landkreis Jerichower Land	353,1	5 467	7 668
<b>Summe</b>	<b>2.657,1</b>	<b>40 976</b>	<b>59 041</b>

### Planungsregion Anhalt-Bitterfeld

	Investitionsförderung Gewerbliche Wirtschaft/ Infrastruktur1991-2007	Dauerarbeitsplätze	
		neu geschaffen	gesichert
Dessau-Roßlau Stadt	242,7	4 309	10 036
Landkreis Anhalt-Bitterfeld	1.128,7	13 228	19 304
Landkreis Wittenberg	453,7	8 528	14 902
<b>Summe</b>	<b>1.825,1</b>	<b>26 065</b>	<b>44 242</b>

### Planungsregion Harz

	Investitionsförderung Gewerbliche Wirtschaft/ Infrastruktur1991-2007	Dauerarbeitsplätze	
		neu geschaffen	gesichert
Landkreis Harz	820,0	13 328	27 820
Landkreis Mansfeld-Südharz	402,5	6 987	12 601
<b>Summe</b>	<b>1.222,5</b>	<b>20 315</b>	<b>40 421</b>

### Planungsregion Halle

	Investitionsförderung Gewerbliche Wirtschaft/ Infrastruktur1991-2007	Dauerarbeitsplätze	
		neu geschaffen	gesichert
Halle (Saale) Stadt	428,3	10 524	12 415
Saalekreis	1.455,8	15 107	17 702
Burgenlandkreis	628,7	8 695	10 553
<b>Summe</b>	<b>2.512,8</b>	<b>34 326</b>	<b>40 421</b>

# **IB – Partner für Wachstum und Beschäftigung**



# Inhalt

<b>Grußwort</b>	Vorsitzender des Verwaltungsrates	4
<b>Grußwort</b>	Geschäftsleitung	6
<b> 1.  </b>	<b>IB - Die Förderbank</b>	
1.1.	Beitrag zur positiven Bilanz des Landes	10
1.2.	Strategie als Förderbank entwickelt	11
1.3.	Kerndaten der Leistungsfähigkeit 2007	13
1.4.	Neue Produkte für die Förderzukunft	14
1.5.	Die “innere Verfassung” unserer Förderbank	16
<b> 2.  </b>	<b>IB - Netzwerk- und Kooperationspartner</b>	
2.1.	Förderberatungszentrum	18
2.2.	ego.-Pilotennetzwerk	19
2.3.	IB - Verlässlicher und akzeptierter Partner	20
2.4.	Business Angels Netzwerk	20
2.5.	Starke Partner an den Universitäten	21
2.6.	IB - Premiumpartner beim Businessplanwettbewerb	22
2.7.	Gründerangebote - ego.-Modellprojekte, Finanzierung, Coaching	22
2.8.	EFRE Consult, Control und Clearing	24
2.9.	Internationaler Erfahrungsaustausch “FinNetSME - Experiences and Practices”	25

3.	<b>IB - Motor für Investition und Innovation</b>	
3.1.	<b>Gemeinschaftsaufgabe zur “Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“</b>	26
	Förderung der gewerblichen Wirtschaft 2007	27
	Infrastrukturförderung 2007	28
3.2.	<b>Mittelstandsförderung</b>	28
3.3.	<b>Technologie- und Innovationsförderung</b>	31
3.4.	<b>Beratungshilfeprogramm</b>	34
3.5.	<b>Agrarförderung</b>	35
3.6.	<b>Medienförderung</b>	37
4.	<b>IB - Förderbausteine für Familien</b>	
	<b>Wohnen in Sachsen-Anhalt</b>	39
	Die Förderklassiker	39
	Die Neuen	41
5.	<b>IB - Projektpartner 2007</b>	
	Wirtschaftsförderung: Sachsen-Anhalt Automotive e.V., Barleben	44
	Eldisy GmbH, Gardelegen	46
	Malibu GmbH & Co. KG, Osterweddingen	48
	Mittelstandsförderung: Baugeschäft Stettin, Inh. Andreas Hübe, Magdeburgerforth	50
	PREUSS Blechbearbeitung GmbH, Linda	52
	Technologie- und Innovationsförderung: HARDTOP Gießereitechnologie GmbH, Harzgerode	54
	Immobilienförderung: Torsten und Sybille Hoke, Magdeburg	56
	Agrarförderung: Winzervereinigung Freyburg-Unstrut eG	58
	Medienförderung: Mitteldeutsche Medienförderung GmbH, Halle (Saale)	60
6.	<b>Jahresabschluss 2007</b>	
	Lagebericht 2007	64
	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007	80
	Gewinn- und Verlustrechnung (1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007)	82
	Anhang	84
	Bestätigungsvermerk	100

## Grußwort

Nachdem die Aufbauphase der Investitionsbank erfolgreich abgeschlossen werden konnte, bieten sich nunmehr neue Chancen der künftigen Ausrichtung der Investitionsbank als zentrales Förderinstitut des Landes. Ein wesentlicher Aspekt ist die neue EU-Strukturfonds-Periode 2007 bis 2013. Mit den zur Verfügung stehenden EU-Mitteln und den Nationalen Kofinanzierungen werden für Sachsen-Anhalt neue Spielräume eröffnet.

Die EU ermöglicht und erwartet in der neuen Strukturfondsperiode die verstärkte Nutzung von alternativen Finanzierungsinstrumenten, insbesondere sogenannter revolvingender Fonds. Revolvingende Fonds sind - vereinfacht dargestellt - Konstruktionen, bei denen die ausreichenden Fördermittel am Ende der Laufzeit zurückfließen. Dies ist vor allem für die Zeit nach Ende der Strukturfondsperioden interessant, da aus den Rückflüssen neue Förderprogramme gespeist werden können.

Die Tätigkeit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt ist seit 2007 geprägt durch die Umsetzung von EU-Programmen im Rahmen der EU-Förderperiode 2007 bis 2013. In diesem Zeitraum werden Sachsen-Anhalt im Rahmen europäischer Förderpolitik rund 3,4 Milliarden Euro EU-Fondsmittel zufließen. Land und Bund werden rund 900 Millionen Euro an nationaler Kofinanzierung aufbringen.

Hauptziel des Fondseinsatzes ist die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung im Land, weshalb der Mitteleinsatz fondsübergreifend auf die Schwerpunkte Forschung, Entwicklung Bildung und Stärkung der Wirtschaftskraft kon-

zentriert wird. Dabei wird künftig ein deutlich größerer Teil der Fondsmittel über revolvingende Darlehensfonds umgesetzt, deren Rückflüsse in Form von Zinsen und Tilgungen erneut unmittelbar wieder für Förderzwecke eingesetzt werden können. Die Förderung erhält dadurch eine finanzielle Grundlage, die auch über das Ende der Strukturfondsperiode hinaus bestehen bleibt, da das gebildete Fondsvermögen dauerhaft zur Verfügung steht.

Dies eröffnet dem Land die Chance, mittel- und langfristig auch bei rückläufigen externen Zuweisungen von Bund und EU ausreichende Gestaltungsspielräume für die Förderung im Land aufzubauen. Im Zentrum der Förderpolitik des Landes steht weiter die Unterstützung der Gründung und Profilierung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Freiberuflern der gewerblichen Wirtschaft.

Im November 2007 konnten IB und Land die Ära des revolvingenden Darlehensfonds für Sachsen-Anhalt eröffnen. Die neue Finanzierungsstrategie basiert auf vier Produkten, die von der IB im Auftrag des Landes aktiv vertrieben werden.

- Sachsen-Anhalt **IMPULS** -  
Das IB-Mittelstands- und Gründerdarlehen
- Sachsen-Anhalt **MUT** -  
Die IB- Auftragsvorfinanzierung
- Sachsen-Anhalt **WACHSTUM** -  
Das IB-Mezzaninedarlehen
- Sachsen-Anhalt **IDEE** -  
Das IB-Innovationsdarlehen



Der revolving Darlehensfonds wurde mit einem Gesamtfördervolumen von 237,9 Mio. Euro aufgelegt. Das Geld für den Fonds wird über EU und die Investitionsbank finanziert. 174,8 Mio. Euro fließen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und 63,1 Mio. Euro werden über die Investitionsbank kofinanziert.

Auf dieser Basis wird die Investitionsbank auch in Zukunft die Modernisierung und Gestaltung des Landes unterstützen. Das wird neue Perspektiven und Spielräume für Sachsen-Anhalt schaffen.

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen des gesamten Verwaltungsrates der Investitionsbank bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Geschäftsleitung für die im Jahr 2007 geleistete Arbeit bedanken.

A handwritten signature in black ink that reads "Jens Bullerjahn". The signature is written in a cursive style with a large, stylized 'A' at the end.

**Jens Bullerjahn**

Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Investitionsbank Sachsen-Anhalt

## Grußwort

Sehr geehrte Partner,

mit dem Geschäftsverlauf des Jahres 2007 hat die Investitionsbank nahtlos an die positive Entwicklung der letzten Jahre angeknüpft. Die im vorliegenden Bericht dokumentierte Vermögens- und Ertragslage unterstreichen das eindrucksvoll. Wir konnten unser Profil als Förderbank des Landes Sachsen-Anhalt weiter schärfen und werden als solche in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen, nachgefragt sowie geschätzt. Dazu hat vor allem auch die vielschichtige und enge Zusammenarbeit mit Ihnen beigetragen.

Die Investitionsbank ist eine attraktive Adresse für Investoren, für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), für Gründer sowie für Freiberufler. Unser Portfolio bietet interessante und wichtige Förderbausteine, die wir gemeinsam mit unseren Partnern für Wachstum und Beschäftigung im Land einsetzen. Die wirtschaftlich und strukturell beachtlichen Effekte des Treuhandgeschäftes bestätigen das im Berichtsjahr ebenso wie die Förderaktivitäten im Eigengeschäft. Dabei haben wir stets den Bedarf der Wirtschaft und der einzelnen Unternehmen im Blick. Die Investitionsbank wird sich auch künftig den Anforderungen des Strukturwandels im Land stellen, der von demografischen, technisch-innovativen, ökologischen und standortpolitischen Faktoren bestimmt wird.

Eine Prüfung durch die Bankenaufsicht BaFin hat uns die Handlungsfähigkeit als Bank eindrucksvoll

bescheinigt. Dazu haben alle Mitarbeiter mit hoher Fachkompetenz und vorbildlicher Einsatzbereitschaft beigetragen.

Die Investitionsbank verbindet die Vorzüge einer Förderbank mit denen eines modernen Finanzdienstleisters. Wir verstehen uns daher als enger Partner der Landesregierung, der im Rahmen der Förderpolitik zugleich unternehmerisch handelt. Dies ist ein wesentlicher strategischer Ansatz, der die künftigen Aufgaben der Investitionsbank bestimmt. Der Koalitionsvereinbarung folgend, hat die Landesregierung weitere Aufgaben und Programme auf die Investitionsbank als zentrales Förderinstitut übertragen. Dies ist ganz im Sinne der Kunden und verbessert Effizienz sowie Qualität der Beratungs- und Förderangebote, die zudem deutlich erweitert wurden.

Das Förderberatungszentrum gewährleistet vom ersten Kontakt an eine enge Zusammenarbeit mit unseren Kunden, berät kompetent über das Förderangebot, diskutiert Finanzierungspläne und bezieht dabei weitere Partner wie die Hausbanken ein. Ziel ist es, die Unternehmen mit maßgeschneiderten Produkten zu unterstützen.

Was mit dem Geschäftsbericht 2006 noch angekündigt wurde, ist inzwischen Praxis: Wirtschaftsförderung mit revolvingenden Darlehensfonds, für die etwa zehn Prozent der EU-Fondsmittel in der Förderperiode 2007-2013 eingesetzt werden. Mit der Entwicklung und dem Vertrieb von vier Darlehensprodukten für kleine und mittlere Unternehmen haben wir in enger Zusammenarbeit mit dem Finanz- sowie dem Wirtschaftsministerium eine erfolgreiche



Finanzierungsstrategie auf den Weg gebracht. In Kürze werden weitere Darlehensprodukte folgen.

Die eigene gestalterische Rolle der Investitionsbank wächst. Unser Ziel ist es, mit bedarfsorientierten Förderprodukten regionalen Bedingungen noch besser entsprechen und differenzierte Lösungen für Wachstum und Beschäftigung anbieten zu können. Wir sehen uns als Förderbank in der Verantwortung, zukünftige Lebensverhältnisse mitzugestalten und dafür Förderansätze aufzuzeigen. Auf diese Weise tragen wir zur Profilierung von Wirtschaftsregionen bei. Vorhandene Potenziale erhalten, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, innova-

tive Unternehmen sowie wachstums- und technologieorientierte Gründer fördern - das sind die Aufgaben, die dahinter stehen und unsere Arbeit bestimmen werden. Auf diese Anforderungen stellen wir uns organisatorisch und strukturell ein und setzen dabei unsere Strategie "IB-Future 2015" um.

Uns ist es ein Bedürfnis, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte Arbeit im Geschäftsjahr 2007 herzlichst zu danken. Wir freuen uns auf die weitere gemeinsame, zielorientierte Zusammenarbeit in einem starken Team und mit unseren Partnern zum Nutzen der Kunden und des Landes Sachsen-Anhalt.

**Manfred Maas**  
Sprecher der Geschäftsleitung

**Henning Schwarz**  
Geschäftsleiter



# IB – Die Förderbank

Beitrag zur positiven Bilanz des Landes	10
Strategie als Förderbank entwickelt	11
Kerndaten der Leistungsfähigkeit 2007	13
Neue Produkte für die Förderzukunft	14
Die “innere Verfassung” unserer Förderbank	16

### 1.1. Beitrag zur positiven Bilanz des Landes

Sachsen-Anhalt hat seinen wirtschaftlichen und finanziellen Konsolidierungskurs im Jahr 2007 erfolgreich fortgesetzt. Im Dynamik-Ranking aller Bundesländer lag Sachsen-Anhalt mit an der Spitze, beim Zuwachs der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigem sogar auf Platz eins. Jeder Erwerbstätige trug im Durchschnitt mit 51.000 Euro zur Bruttowertschöpfung des Landes bei. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt sind das 83 Prozent.

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs real um rund 2,4 Prozent. Vor allem die Metallbranche und der Maschinenbau legten im letzten Jahr deutlich zu. Zusammen mit der Ernährungsbranche und der chemischen Industrie prägen diese Bereiche das wirtschaftliche Leistungsniveau im Land. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft Sachsen-Anhalts kletterte bis Ende letzten Jahres auf 21 Prozent. Neben diesen traditionellen Wirtschaftsfeldern haben auch Zukunftsbranchen wie die in atemberaubendem Tempo wachsende Solarindustrie für Zuwächse von über 13 Prozent gesorgt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg 2007 um 1,1 Prozent an und erhöhte sich bezogen auf alle Erwerbstätigen auf rund 74 Prozent. Die neuen Länder erreichten im Durchschnitt etwa 71 Prozent. Im Vergleich der Ostländer leiten Konjunkturforscher auch für die Zukunft beste Prognosen ab. Sie gehen 2008 von weiterem Wachstum aus, vor allem weil die Investitionsneigung der Unternehmen in Sachsen-Anhalt anhält.

Es wird deutlich: Die immer wieder beschriebenen industriellen Kerne, die "Leuchttürme", machen mehr und mehr von sich reden. Die zielgenaue Investitions- und Förderpolitik trägt Früchte. Die

wirtschaftliche Basis im Land verbreitert sich insgesamt stetig, in manchen Regionen sogar rasant. Das bringt landesweit Vorteile für die Menschen und trägt zu weiter wachsender Lebensqualität bei.

Diese bemerkenswerte Bilanz beruht neben allgemeinen konjunkturellen Impulsen vor allem auf einem erfolgreichen Strukturwandel. Dem gingen wichtige landespolitische Weichenstellungen zur Standort-, Investitions- und Förderpolitik voraus. Die Profilierung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt gehört zweifellos dazu.

Wir konnten wie in den Jahren zuvor auch 2007 erneut mit unseren Produkten, mit unserer fachlichen und personellen Kompetenz und unserem Know-how positive Akzente setzen und zu Wachstum und Beschäftigung im Land beitragen. Die Ergebnisse unserer Arbeit bestätigen die Konsequenz, mit der wir seit der Gründung der Investitionsbank im Jahr 2004 die Förderkompetenzen des vormaligen Landesförderinstitutes (LFI) Schritt für Schritt zusammengeführt, gefestigt und ausgebaut haben. Die Gesamtbilanz des Fördergeschehens unterstreicht das: Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit wurden über die Investitionsbank rund 6 560 Zuschüsse mit einem Volumen von fast 1.450 Millionen Euro bewilligt. Hinzu kommen noch mehr als 2 000 Darlehen mit einer Gesamtsumme von über 240 Millionen Euro. Unser Engagement als Investitionsbank war und bleibt übereinstimmend mit den landespolitischen Entwicklungszielen auf alle Regionen zwischen Arendsee und Zeitz wie auch Wernigerode und Wittenberg ausgerichtet. Unser Hauptaugenmerk gilt weiterhin den kleinen und mittleren Unternehmen. Wir wollen zu deren dauerhaftem Wachstum beitragen, moderne Technologien und Ideen fördern und sie unterstützen, damit sie dauerhaft Arbeitsplätze schaffen können.

“Die EU stellt dem Land Sachsen-Anhalt in der Förderperiode 2007-2013 rund 2.575 Millionen Euro EFRE- und ESF-Mittel bereit. Zusammen mit den Landwirtschaftsfonds ELER und EFF erhält das Land rund 3.396 Millionen Euro. Diese EU-Mittel sind eine Investition in Sachsen-Anhalts Zukunft. Es gilt die Förderperiode intelligent zu nutzen.”

Jens Bullerjahn



Finanzminister Jens Bullerjahn (li.) und Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff (2.v.li.) sowie EU-Vertreter erläutern der Presse die neue EU-Strukturfondsperiode.

## 1.2. Strategie als Förderbank entwickelt

Strategisch besonders bedeutsam ist für uns das von der Regierungskoalition im April 2006 vereinbarte Ziel, die Investitionsbank als die Förderzentrale des Landes zu entwickeln. Wir begreifen diese eindeutige politische Willenserklärung als Chance und Herausforderung zugleich. Im Geschäftsjahr 2007 haben wir daraus weitere mittel- und langfristige Aufgaben abgeleitet. Es ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, in dessen Verlauf wir unablässig und verantwortlich daran arbeiten, unsere Möglichkeiten als Bank mit denen eines modernen Förderdienstleisters zu verbinden. Wir verfolgen aufmerksam, welche wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Tendenzen sich ausprägen und wie sich Handlungsspielräume verändern. Das gilt für Sachsen-Anhalt insgesamt und für uns als Förderbank des Landes gleichermaßen. Markante, für die Geschäftstätigkeit der nächsten Jahre bedeutende, Veränderungen ergeben sich insbesondere aus folgenden drei Zusammenhängen: Erstens sind die absehbaren demografischen Veränderungen in Sachsen-Anhalt zu beachten. Es wird ein Bevölkerungsrückgang um etwa neun Prozent zwischen 2005 und 2015 erwartet. Dies führt zu zunehmender Überalterung, verändertem Konsumverhalten und infrastrukturellen Veränderungen. Zweitens wird das Haushaltsvolumen des Landes von 2007 bis 2015 voraussichtlich um mehr als

18 Prozent sinken. Dies hat mit der notwendigen Haushaltskonsolidierung und dem Schuldenabbau ebenso zu tun, wie mit demografisch bedingten Einnahmeverlusten, dem Rückgang von Solidarpaktmitteln sowie abnehmenden Zuweisungen von EU-Mitteln.

Drittens leiten sich wesentliche Arbeitsschwerpunkte aus der Förderpolitik des Landes und der inhaltlichen Ausrichtung der Europäischen Strukturfonds EFRE, ESF sowie des Fonds für Landwirtschaft und den ländlichen Raum (ELER) ab.

Mittelfristig ist der Beschluss der Landesregierung, ca. zehn Prozent der EU-Fondsmittel über revolvingende Darlehensinstrumente einzusetzen, von enormer Bedeutung, wie wir uns strategisch als Förderbank aufstellen und fit für die Zukunft machen. Im Jahr 2007 haben wir in diesem neuen Bereich unseres Fördergeschäftes bereits einen revolvingenden Darlehensfonds für kleine und mittlere Unternehmen entwickelt und innovative Produkte kreiert (vgl. S.14). Es werden weitere revolvingende Fonds folgen, damit EU-Mittel gesichert und der Landeshaushalt entlastet werden. Wir schaffen damit langfristig, weit über das Ende der aktuellen Strukturfondsperiode hinaus, entscheidende Voraussetzungen für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung.

Wir haben uns in enger Abstimmung mit der Landespolitik gut darauf vorbereitet und begonnen, die für die Periode 2007-2013 relevanten

Förderprogramme zu bündeln und über unser Haus kundenorientiert, effizient und mit hoher fachlicher Qualität umzusetzen. Wachstum und Beschäftigung bestimmen dabei die Förderaktivitäten. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen sich nachhaltig entwickeln und am Markt etablieren können. Das Gründergeschehen bleibt gezielt im Blick. Die Schwerpunktbereiche Forschung, Entwicklung, Innovation, Investitionsförderung sowie Bildung und Qualifizierung rücken weiter ins Zentrum.

Die Führungskräfte unserer Bank haben vor diesem Hintergrund in einem längeren Prozess daraus entstehende Konsequenzen analysiert und im April 2007 strategische Ziele im Konzept "IB Futur 2015" zusammengefasst. Die Strategie wird durch drei Säulen bestimmt:

- Zuerst geht es um eine noch stärkere Kundenorientierung. Die Bedürfnisse von Kundengruppen rücken noch mehr in den Fokus. Professionelles, zügiges, kostengünstiges und zugleich einfaches Handeln gewinnen weiter an

Bedeutung. Trends und neue Förderthemen sollen erkannt, neue Produktideen kreiert werden. Die Beratungskompetenz der zentralen Förderberatung wird deutlich ausgeprägt.

- Zielgenauer, aktiver und ergebnisorientierter Vertrieb bildet eine zweite Säule. Im Blickpunkt stehen die aktive Marktbeobachtung, die auf Zielkundengruppen orientierte Arbeit sowie das frühzeitige Erkennen potenzieller Förderbedarfe und Kundengruppen.

- Drittens beinhaltet das strategische Konzept die Faktoren Unternehmenskultur und Kommunikation. In den Mittelpunkt der Anstrengungen rücken hier neben Teamarbeit, Transparenz, der Servicegedanke und vor allem vernetztes Denken.

Wir knüpfen die Umsetzung dieser Ziele an eine stetig wachsende und hohe Kompetenz im Fördergeschäft sowie an eine zunehmend effiziente, kostendeckende Arbeit in allen Bereichen, was ein wachsendes und ertragsorientiertes Kreditgeschäft einschließt. Auf diese Weise werden wir dazu beitragen, den Landeshaushalt zu entlasten und innovative Grundlagen für die Förderpolitik im kommenden Jahrzehnt legen. Wir haben es uns zur ständigen Aufgabe gemacht, die internen Prozesse fortgesetzt zu optimieren und 2007 weitere Weichen gestellt.

Wie erfolgreich wir unsere Strategie umsetzen und welche Arbeitserfolge wir erzielen, hängt ganz wesentlich von qualifizierten und motivierten Mitarbeitern ab, aber auch wie es uns gelingt, gemeinsam auf veränderte Strukturen und Arbeitsschwerpunkte einzustellen. Wir wollen bei jedem Mitarbeiter den Blick für das Ganze, das kundenorientierte Gesamtbankdenken, ausprägen. Nur so kann dieser ehrgeizige Weg bewältigt werden.



Start zum KMU-Darlehensfonds, denn eine zukunftsfähige Strategie braucht neue Produkte.

Ergebnisse der Investitionsbank 2007 nach Förderbereichen	Zuschüsse		Darlehen	
	Anzahl	Volumen in Mio. Euro	Anzahl	Volumen in Mio. Euro
Wirtschaftsförderung	945	250,81	245	28,00
Immobilienförderung	510	6,42	382	19,56
Kultur/Bildung/Medien/Tourismus	91	3,16	55	9,95
Agrarförderung	13	1,33	11	3,85

### 1.3. Kerndaten der Leistungsfähigkeit 2007

Inzwischen sind bereits weitere wichtige Entscheidungen gefallen, die unseren eingeschlagenen Weg hin zur Förderzentrale - zur Förderbank - des Landes mittel- und langfristig festigen. Wir haben auch im zurück liegenden Jahr erfolgreich daran gearbeitet, uns als Investitionsbank weiterhin einen guten Namen zu machen. Die Kerndaten der Geschäftstätigkeit in 2007 unterstreichen das:

Im **Treuhandgeschäft** erteilte die Investitionsbank Sachsen-Anhalt 2007 insgesamt rund 1 700 Bewilligungen. Der Löwenanteil an Zusagen und Darlehensverträgen entfiel auf die klassischen Förderbereiche Wirtschaft mit 1 026, den Wohnungsbau mit 510 sowie den Bereich Kultur, Bildung, Medien mit 127. Zudem wurden 19 touristische Projekte gefördert. Besonders zufriedenstellend und hervorhebenswert: Die bereitgestellten Fördergelder wurden in vollem Umfang gebunden und in Anspruch genommen. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" entstanden fast 4 700 Arbeitsplätze neu, rund 14 800 wurden gesichert, über 40 Prozent davon in KMU. Mit insgesamt 324 bewilligten Anträgen und einem Fördervolumen von mehr als 240 Millionen Euro wurden Investitionen von fast 1.400 Millionen Euro angeschoben. Der Wirtschaftsstruktur Sachsen-Anhalts entsprechend erhielten KMU 219 Bewilligungen über rund

82 Millionen Euro, die 430 Millionen Euro Gesamtinvestitionen auslösten.

Im **Eigengeschäft** gab es 557 Bewilligungen für Darlehen in Höhe von rund 36 Millionen Euro. Im Bereich der Wirtschaftsförderung als einer wichtigen Säule des Eigengeschäftes kam dem Angebot und Vertrieb geeigneter Förderprodukte für KMU noch größere Aufmerksamkeit zu. Mit unseren Produkten haben wir Lösungen angeboten, die dazu beitragen, die immer noch in vielen Fällen dünne Eigenkapitaldecke der Betriebe aufzubessern und die Haftkapitalbasis zu stärken.

Mit dieser Dienstleistung füllen wir eine echte Finanzierungslücke, die von Geschäftsbanken nach wie vor nicht geschlossen wird. Deshalb suchen wir die unmittelbare Zusammenarbeit mit den Hausbanken und pflegen eine enge Partnerschaft. Mit insgesamt 63 Zusagen über die Summe von 10,5 Millionen Euro für Gründer- und Mezzaninedarlehen konnten wir chancenreichen Unternehmen wichtige finanzielle Hilfen geben sowie positive Beschäftigungs- und Leistungsimpulse setzen. In 101 Förderfällen mit insgesamt 1,7 Millionen Euro haben wir die KfW-Produkte Mikrodarlehen (97 Zusagen) und StartGeld (4) durchgeführt.

Einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt bildete die Wohneigentumsförderung mit 382 Darlehenszusagen, für die insgesamt mehr als 19 Millionen Euro ausgereicht wurden.

#### 1.4. Neue Produkte für die Förderzukunft

Wachstum und Beschäftigung sowie Dynamik und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt werden auch künftig von einem starken, wettbewerbsfähigen Mittelstand mitbestimmt. Gründung und Profilierung von KMU und Freiberuflern der gewerblichen Wirtschaft bleiben weiterhin im Zentrum der wirtschaftspolitischen Anstrengungen. Niveau und Wirksamkeit der künftigen Förderpolitik hängen ganz wesentlich von innovativen, modernen Förderideen und -produkten ab.

Es ist absehbar, dass die bisher aus EU-Fördertöpfen bereitgestellten Mittel abnehmen. Landespolitik und Investitionsbank haben deshalb gemeinsam den Weg für einen Paradigmenwechsel in der Förderpraxis geebnet - weg von verlorenen Zuschüssen hin zu Darlehen. Durch den revolvierenden Charakter soll aus Rückflüssen dieser Darlehen Fondsvermögen aufgebaut werden, das auch über die bis 2013 hinausreichende

Förderperiode eine langfristige Förderpolitik ermöglicht. In der Folge ergibt sich eine gewisse Unabhängigkeit vom Landeshaushalt, der zugleich entlastet wird.

Aus diesen Zusammenhängen heraus war es eine wichtige und folgerichtige Weichenstellung des Landes, für das Fördergeschäft der nächsten Jahre noch 2007 einen revolvierenden KMU-Darlehensfonds mit einem Gesamtfördervolumen von 237,9 Millionen Euro aufzulegen. 174,8 Millionen Euro fließen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), 63,1 Millionen Euro werden über die Investitionsbank Sachsen-Anhalt kofinanziert.

Zuvor wurden die bisher erfolgreiche Förderpraxis gründlich überarbeitet und neue Produkte entwickelt. Die Investitionsbank führte eigens einen Wettbewerb durch, um möglichst einprägsame Namen für die verschiedenen Förderinstrumente zu finden. Die zusammengefassten Ergebnisse mündeten in die Finanzierungsstrategie Sachsen-Anhalt für den Mittelstand. Dahinter verbergen



Die Kick-off-Veranstaltung zum Start der neuen Finanzierungsstrategie für den Mittelstand fand im passenden Ambiente eines Sportcenters statt.

“Die Darlehen aus dem revolvingen Fonds geben dem Mittelstand langfristig Sicherheit, weit über Förderperioden von Bund und Europäischer Union hinaus. Hier haben wir ein Instrument geschaffen, das modern auf die noch immer schwierigen Finanzierungsbedingungen von kleinen und mittleren Unternehmen eingeht.”

Dr. Reiner Haseloff



Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff begründete die Finanzierungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalts für den Mittelstand.

sich vier moderne Finanzierungsprodukte, die von der Investitionsbank im Auftrag des Landes aktiv vertrieben werden:

- Sachsen-Anhalt **IMPULS** -  
Das IB-Mittelstands- und Gründerdarlehen
- Sachsen-Anhalt **MUT** -  
Die IB-Auftragsvorfinanzierung
- Sachsen-Anhalt **WACHSTUM** -  
Das IB-Mezzaninedarlehen
- Sachsen-Anhalt **IDEE** -  
Das IB-Innovationsdarlehen

**IMPULS** richtet sich an solvente Unternehmen und Existenzgründer sowie an Freiberufler der gewerblichen Wirtschaft. Es steht z. B. für betriebliche Investitionen, für Betriebsmittel, die Vorfinanzierung von Zuschüssen und Zulagen oder auch Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation bereit.

**MUT** dient dem potenziell gleichen Kundenkreis insbesondere zur Auftragsvorfinanzierung.

**WACHSTUM** stärkt das wirtschaftliche Eigenkapital erfolgreich agierender Unternehmen sowie von Freiberuflern der gewerblichen Wirtschaft und kann für Investitionen, für Betriebsmittel, zur

Auftragsvorfinanzierung oder Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation eingesetzt werden.

Besonders interessant ist das Innovationsdarlehen **IDEE**. Es ist speziell für Gründer attraktiv, die in der Forschung tätig sind, ebenso für bereits wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen und Freiberufler der gewerblichen Wirtschaft. Finanziell schwierige Phasen können dann erfolgreich gemeistert werden. Das eigenkapitalähnliche Darlehen trägt dazu bei, die Markteinführung von Produkten und Dienstleistungen im innovativen Bereich abzusichern.

Im Rahmen einer Kick-off-Veranstaltung am 7. November 2007 wurde die Finanzierungsstrategie mit den neuen Produkten unter dem Motto "Mitgemacht 2008!" präsentiert. Die Resonanz darauf war und ist durchweg positiv. Das gilt für Unternehmen, Bestands- und Neukunden, Vertreter von Banken, Sparkassen und Beteiligungsgesellschaften sowie für Kammern, Verbände, Netzwerkpartner oder Wirtschaftsförderer gleichermaßen.

### 1.5. Die "innere Verfassung" unserer Förderbank

Dass wir im Land, insbesondere von der Wirtschaft, zunehmend als Förderbank wahrgenommen, akzeptiert und nachgefragt werden, hängt ganz entscheidend auch mit der "inneren Verfassung" der Investitionsbank zusammen. Deshalb sind hinsichtlich der Organisation und Steuerung in unserem Haus wichtige Entscheidungen gefallen und Veränderungen vorgenommen worden.

Seit Jahresmitte 2007 ist der Bereich Finanzen im Haus der Investitionsbank in Magdeburg eingebunden. Zuvor wurden sämtliche damit zusammenhängende Dienstleistungen von der unter dem Dach der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB) in Hannover angesiedelten Niedersächsischen Landestreuhandstelle (LTS) erbracht. Die Eingliederung in unser Haus und die Verlagerung der damit verbundenen Dienste wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2008 vollzo-

gen. Der Prozess zur Integration der Aufgaben- und Leistungspalette in die Investitionsbank wurde unverzüglich in Gang gesetzt und mit der Einrichtung des neuen Sachgebietes "Treasury" sowie der Abteilung "Finanzen" abgeschlossen.

Im Juni 2007 erfolgte eine BaFin-Prüfung gemäß § 44 KWG hinsichtlich der Organisation des Kreditgeschäftes und der Einbindung in die NORD/LB durch die beauftragte Deutsche Bundesbank Hannover. Die dreiwöchige Prüfung verlief für die Investitionsbank außerordentlich positiv und sehr zufrieden stellend. Im Ergebnis wurde unserer Bank ein exzellentes Urteil ausgestellt und die fachlich kompetente "innere Verfassung" bescheinigt. Das hat, auch im Lichte anderer Bankprüfungen, besonderes Gewicht.

Innerbetriebliche Steuerungsinstrumente wurden aktiv eingesetzt, um die Ertragslage weiter zu verbessern. Wir haben Effizienzsteigerungen als



Der Geschäftsleiter der Investitionsbank, Henning Schwarz (Mitte), im Gespräch mit Dr. Uta Blümel, Geschäftsführerin der TGL, und Dr. Jürgen Ude, Vorstandsvorsitzender von MAHREG Automotive, dem Kompetenznetzwerk der Automobilzulieferer Sachsen-Anhalts.



Dienstleister im öffentlichen Auftrag erzielt, auch weil die Mitarbeiter gerade in dieser Hinsicht über wichtige Erfahrungen und notwendige Eigenschaften verfügen.

Ausdrücklich alle Bereiche unseres Hauses konnten den fachlichen und wirtschaftlichen Anforderungen jederzeit gerecht werden, die sich aus der fortgesetzten Bündelung von Förderprogrammen des Landes in der Investitionsbank ergeben haben. Dabei zeigte sich sehr deutlich, wie vorteilhaft es ist, die Möglichkeiten einer Bank mit denen eines zentralen Förderdienstleisters eng verbinden und nutzen zu können. Wir haben engagiert und zielstrebig unser Profil als Förderbank ausgeweitet. Das bisherige Angebot wurde verbreitert und durch die Übernahme einer ganzen Reihe weiterer Dienstleistungen ausgeweitet. Neu hinzugekommene Tätigkeitsfelder bewirken auch eine engere Verzahnung mit Partnern, Netzwerken und Auftraggebern.

Insgesamt hat es sich ausgezahlt, die internen Abläufe und Prozesse technisch und personell rechtzeitig anzupassen oder auch neu zu gestalten. Die gewachsene Flexibilität unserer Prozess- und Organisationsstruktur kommt immer deutlicher zum Tragen. Das trifft in besonderer Weise

auf die breit angelegte und qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit zu. Ausdruck dessen sind, neben den zahlreichen und differenzierten Förderberatungen vor Ort, über 40 Veranstaltungen unter unserer Regie oder mit unserer Beteiligung. Das Spektrum reicht von Pressekonferenzen, Messeteilnahmen über den Mittelstandstag, Fachkonferenzen und Beratertage bis hin zu Vernissagen in den Räumen der Bank. Besondere Anerkennung fand unsere kompetente und professionelle Mitarbeit bei der Durchführung der Auftaktkonferenzen für die Europäischen Fonds EFRE, ESF und ELER für die Förderperiode 2007-2013.

Gerade auch bei der verantwortungsbewussten und vorgabengetreuen Verwaltung von Strukturfondsmitteln verfügt die Investitionsbank Sachsen-Anhalt über langjährige umfangreiche Erfahrungen und liefert anerkannte Arbeitsergebnisse. Das betrifft die sach- und fachgerechte Öffentlichkeitsarbeit entsprechend den Publizitätsvorschriften ebenso wie die Betreuung von Controlling-, Monitoring- und Steuerungsinstrumenten (efREporter) sowie die Teilnahme an INTERREG IIC-Projekten und die Finanzkontrolle.

## IB - Netzwerk- und Kooperationspartner

Unsere Funktion als Förderbank des Landes beinhaltet einen anspruchsvollen und strategischen Auftrag, den es tagtäglich zu erfüllen gilt. Die gesamte Arbeit ist letztlich daran messbar, wie erfolgreich wir der sich daraus ergebenden Lotsenfunktion gerecht werden und Wirtschaft und Beschäftigung voranbringen. Für eine effiziente und wirksame Förderpraxis ist es wichtig, eng mit landesweit und auch regional agierenden Netzwerk- und Kooperationspartnern sowie mit anderen Geldinstituten zusammenzuarbeiten. Im Berichtsjahr haben wir bestehende Kontakte gepflegt und ausgebaut, nach neuen Wegen gesucht und das Miteinander qualitativ wie inhaltlich vorangebracht.

Zusammenarbeit erfordert zugleich, die einzelnen Maßnahmen und Ziele klar zu beschreiben. Kompetenzen, Verantwortung, Aufgaben sowie entstehende Kosten sind daher unerlässliche und wichtige Bestandteile abgeschlossener Vereinbarungen. Wir schaffen für alle beteiligten Partner eine Win-win-Situation.

Unsere verstärkten Kooperationsbeziehungen zu den Wirtschaftsfördereinrichtungen im Land haben vor allem ein Ziel: Wir wollen die sich bietenden Chancen und Angebote nutzen, um die Förderpolitik in Sachsen-Anhalt möglichst nachhaltig und ergebnisorientiert umzusetzen.

### 2.1. Förderberatungszentrum

Das Förderberatungszentrum der Investitionsbank (FBZ) hat sein Profil weiter geschärft. Gemeinsam wurden zusätzliche Schritte unternommen, das FBZ zu der Schaltstelle für Kunden und Partner zu entwickeln. Oberstes Handlungsprinzip dabei: Das Gesicht noch intensiver zum Kunden! Im Vordergrund steht der Förderberatungsgedanke. Mit dem Umzug des FBZ in neue, einladende Räumlichkeiten des Gebäudekomplexes am Standort haben wir dem entsprochen und bieten unseren Kunden besten Beratungsservice. Das FBZ ist ein qualifizierter Ansprechpartner für alle Förderfragen im Land oder auch für Förderprogramme des Bundes und der Europäischen Union, ebenso als Vermittler, Berater und Dienstleister. Das verdeutlichen die landesweit 122 Ver-

anstaltungen, die das FBZ mit seinen Förderberatern bestritten hat. Dahinter verbergen sich die unterschiedlichsten Aktivitäten: gemeinsame KfW-IB-Beratungssprechtage, Unternehmerforen, Gründersprechtage, Zusammenkünfte mit Multiplikatoren aus Wirtschaft und Politik sowie Messen, Tagungen und Wirtschaftsforen. Vor allem die KfW-IB-Beratungssprechtage waren gut nachgefragt. Sie wurden in Magdeburg, Halle, Dessau, Staßfurt, Merseburg, Stendal und Salzwedel durchgeführt. Wir wollen dem Bedarf künftig noch besser gerecht werden und weiten dieses Leistungsangebot deshalb in Richtung Harzregion aus.

Seit Mitte letzten Jahres bietet die Investitionsbank unter dem Motto "IB vor Ort" in ihrem Regionalbüro in Halle Förderberatungen für das südliche Sachsen-Anhalt an und kooperiert dabei eng mit der Wirtschaftsförderung der Saalestadt. Grundlage für die derzeit einmal wöchentlich direkt im Hallenser Rathaus abgehaltenen Sprechstunden ist eine Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Halle. Existenzgründer, Investoren und Interessenten werden direkt beraten. Sie erhalten Informationen über die Förderprodukte oder auch Empfehlungen zu weiterführenden Kontakten. Die Resonanz auf dieses Angebot ist außerordentlich positiv. Pro Tag gibt es durchschnittlich zehn Gespräche. Der Beratungsservice vor Ort wird von Wirtschaft und Kommunalpolitik im Süden des Landes ausdrücklich begrüßt.

Die Mitarbeiter des FBZ haben auf vielfältige Weise dafür gesorgt, dass die Förderangebote und die konkreten Produkte in Sachsen-Anhalt bekannt gemacht und genutzt wurden. Die rund 1 153 persönlichen Beratungen belegen dies sehr eindrucksvoll.

Schnell, fachlich kompetent beraten, Durchlaufzeiten und Bearbeitungsfristen minimieren, flexibel reagieren - all das liegt im Interesse der Unternehmen, unserer Kunden und gehört immer mehr zum Förderalltag. Dem FBZ obliegt es, die Philosophie und die Vertriebsziele unseres Hauses fachkundig umzusetzen und dabei die entsprechenden Prozesse anzupassen.

“Das große Interesse der Unternehmen an Beratung ist ein gutes Zeichen, dass die Kompetenz unserer Halleschen Wirtschaftsförderer genauso gefragt ist wie die weiterführende Beratung durch die Investitionsbank. Das spricht für den Standort Halle, der damit für die Unternehmen des südlichen Sachsen-Anhalts Anlaufpunkt ist.”

Dagmar Szabados



Finanzminister Jens Bullerjahn und die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale), Dagmar Szabados, beim Vertragsabschluss über das Beratungsbüro vor Ort.

Das FBZ bringt sich in das landesweite Netzwerk ein, welches aus Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Kammern, Banken, Versicherungen und speziell auch Einrichtungen der Existenzgründungsoffensive ego. besteht.

Eine 2007 von uns beauftragte und vom Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen durchgeführte Kundenbefragung unterstreicht die positive Entwicklung und Akzeptanz des FBZ als Anlaufpunkt für Gründer und Unternehmer. Mehr als zwei Drittel der Befragten wurden demnach bereits im Vorfeld ihrer Antragstellung auf das FBZ aufmerksam. Rund 70 Prozent bezeichneten die Informationen über Fördermöglichkeiten und Bedingungen als sehr gut oder gut. Fast 80 Prozent bewerteten die Kompetenz der Berater ebenfalls mit diesen Noten. Ein solch hoher Zufriedenheitsgrad gilt auch für die Kundenfreundlichkeit. Die Mehrzahl der Befragten hatte Bewilligungen für Mittelstands- und Technologiedarlehen, KfW-Mikrodarlehen, Gründer- und Mezzaninedarlehen, zur Unternehmensförderung, für Forschung, Entwicklung, Innovation oder auch für Messebeteiligungen erhalten.

Am meisten schätzten die befragten Existenzgründer die Investitionsbank als Kapitalgeber und als Partner zur Absicherung der Gesamtfinanzierung. Nicht Wenige fanden die Hilfe wichtig, um den Businessplan zu erstellen oder auch um Kontakte zu anderen Förderern herzustellen.

## 2.2. ego.-Pilotennetzwerk

Die Investitionsbank eröffnet in Kooperation mit dem ego.-Pilotennetzwerk Sachsen-Anhalt Existenzgründern den Zugang zu passgenauen Finanzierungsangeboten, insbesondere auch zum KfW-Mikrodarlehen, wenn sich keine Geschäftsbank zur Durchleitung bereit erklärt. Die Vorteile des Netzwerkes: kürzere Bearbeitungszeiträume und fachlich fundierte Begleitung der Unternehmen auf ihrem Weg zu dauerhafter und stabiler Wettbewerbsfähigkeit.

Das Netzwerk wird als Modellprojekt durch die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds (ESF) und durch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes gefördert. Die 23 ego.-Pilotinnen und -Piloten erhielten im Dezember 2007 aus den Händen des Wirtschaftsministers des Landes, Dr. Reiner Haseloff, das Zertifikat "Gründungsberater/in". Darüber hinaus gibt es zwei ego.-Enterprise-Piloten, die als mobile Ansprechpartner speziell jugendliche Gründer zwischen 18 und 27 Jahren beraten.

Die Zusammenarbeit zwischen der Investitionsbank und dem ego.-Pilotennetzwerk wurde entsprechend der Kooperationsvereinbarung vom April 2006 organisiert und vorangetrieben. Bis zum 31. Dezember 2007 war das Bildungswerk der Unternehmerverbände Sachsen-Anhalt e.V. (BdU) Träger des Modellprojektes. Ab 1. Januar 2008

erfolgte im Rahmen des Operationellen Programms für den ESF ein Wechsel der Trägerschaft, die auf die Investitionsbank Sachsen-Anhalt überging. Damit mündete die bisherige Zusammenarbeit organisatorisch in die Eingliederung des ego.-Pilotennetzwerkes unter dem Dach der Förderbank. Daraus werden sich künftig weitere Vorteile für eine effiziente und zielgenaue Gründungsberatung ergeben, die den Unternehmen hilft, sich zu stabilisieren bzw. sich am Markt zu behaupten.

### 2.3. IB - Verlässlicher und akzeptierter Partner

Gegenüber den Sparkassen und anderen Kreditinstituten bildet die Wettbewerbsneutralität der Investitionsbank eine wesentliche Grundlage der Zusammenarbeit. Sie stellt zugleich die entscheidende Rahmenbedingung dar. Das vertrauensvolle Miteinander ist tägliche Praxis und erfolgt auf verschiedenste Weise sowie auf unterschiedlichen Ebenen und trägt so zu unserem geschäftlichen Erfolg bei. Sparkassen, Volksbanken und private Geschäftsbanken sind in den Verwaltungsrat der Investitionsbank eingebunden. Wir sorgen gegenüber den Kreditinstituten ständig für eine möglichst umfassende Information über unsere Aktivitäten und Produkte und arbeiten mit den Hausbanken bei zahlreichen Vertriebsprozessen bzw. Projekten eng zusammen. Unter anderem wurde die Hausbankstellungnahme weiter konkretisiert, um den administrativen Aufwand bei den Partnern so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeitsergebnisse des letzten Jahres belegen: Wir sind geachteter Partner und nicht Wettbewerber der anderen Geldinstitute und tragen positiv zu deren Geschäftsverlauf bei. Im Gegenzug wurden zahlreiche Kundenkontakte über die Hausbanken hergestellt, die wiederum die Möglichkeiten zur Risikoteilung erkannt haben und nutzen. Die Investitionsbank übernimmt im Rahmen von Gesamtfinanzierungen zunehmend eine wichtige Funktion. Besonders erfolgreich arbeiten wir mit bislang drei Partnern im Bereich von Immobilienprodukten zusammen. Insgesamt

wurden hier 208 Anträge gemeinsam bearbeitet. Dies unterstreicht die wachsende Intensität der gegenseitigen Beziehungen. Wir schätzen die Banken als gute und starke Vertriebspartner.

### 2.4. Business Angels Netzwerk

Das Business Angels Netzwerk Sachsen-Anhalt (BAN), das unter dem Dach der Investitionsbank agiert, hat sich weiterhin aktiv in das Förder- und Gründergeschehen im Land eingeschaltet. Das Netzwerk wurde vor zwei Jahren vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Sachsen-Anhalt ins Leben gerufen und in die Investitionsbank eingegliedert. Im BAN waren Ende 2007 insgesamt 35 Business Angels gelistet. Diese sind erfahrene Unternehmerpersönlichkeiten, die Existenzgründern sowie innovativen, wachstumsorientierten Firmen Know-how vermitteln und sie als private Geldgeber unterstützen. Chancenreiche Unternehmer mit zukunftsfähigen Geschäftsideen lernen auf diese Weise Kapitalgeber und Investoren kennen, die zum wirtschaftlichen Erfolg entscheidend beitragen können. Zwischen März 2005 und Dezember 2007 brachte das BAN zehn dieser so genannten "Deals" auf direktem Weg über die Business Angels unter Dach und Fach. Weiteres Kapital wurde zusätzlich über Banken und Beteiligungsgesellschaften mobilisiert. Etwa 80 Finanzierungsanfragen und Know-how-Gesuche jährlich unterstreichen die gute Arbeit des Netzwerkes. Besonders lohnend waren die vier Matching-Veranstaltungen im Berichtsjahr, auf denen sich junge, innovative Unternehmen vor ihren potenziellen "Engeln", Netzwerkpartnern und Finanziers präsentierten und hilfreiche Kontakte knüpften. Zwei Gründerwerkstätten, eine Informationsveranstaltung zum High-Tech-Gründerfonds und ein Strategiegeläch in Freyburg sind ebenso auf der Habenseite des BAN zu verbuchen.

Am 8. Oktober 2007 fand der 7. Deutsche Business Angels Tag in Halle (Saale) statt, zum ersten Mal in den neuen Bundesländern - auch eine Anerkennung der aktiven Netzwerkarbeit hierzulande. Das Business Angels Netzwerk

“Business Angel des Jahres 2007 zu sein, ehrt mich sehr. Doch die Auszeichnung betrachte ich als Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit des gesamten Business Angels Netzwerk Sachsen-Anhalts. - Was nützt uns der schönste Sonnenaufgang, wenn keiner aufsteht? Ich glaube wir haben verstanden, denn Sachsen-Anhalt ist das Land der Frühaufsteher.”

Klaus Juch



Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff (li.) überreicht dem engagierten Business Angel Klaus Juch die Auszeichnung "Goldene Nase 2007".

Deutschland e.V. (BAND) konnte als Veranstalter die Rekordteilnahme von über 100 Ausstellern vermelden. Netzwerke und Dienstleister aus dem gesamten Bundesgebiet nutzten das Treffen als Präsentationsplattform und Kontaktbörse.

Besonders erfreulich: Unternehmer Klaus Juch, einer der ersten in Sachsen-Anhalt gelisteten "Engel", erhielt die jährlich vom BAND vergebene Auszeichnung "Goldene Nase" für den Business Angel des Jahres.

Juch ist zugleich einer der geschäftsführenden Gesellschafter der im März 2007 notariell gegründeten Business Angels Fonds GmbH, die über ein Fondsvolumen von 200.000 Euro verfügt. Die Gesellschaft ist faktisch ein juristischer Business Angel, in der neben den privat gelisteten BAN-Mitgliedern auch die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg mitwirkt.

Durch den gezielten Einsatz des Fonds können unter anderem Mittel des High-Tech-Gründerfonds des Bundes oder des ERP-Startfonds der KfW mobilisiert werden. Durch die uneingeschränkte Kumulierungsmöglichkeit mit diesen Finanzierungsbausteinen sind auch größere Finanzierungsvolumina denkbar.

## 2.5. Starke Partner an den Universitäten

Für die Wettbewerbsfähigkeit und eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft Sachsen-Anhalts ist es unerlässlich, Forscher- und Erfindergeist sowie hohes

fachliches Können möglichst am Standort zu binden. Die Investitionsbank arbeitet deshalb mit starken externen Partnern an den Universitäten des Landes zusammen:

**IMPULS** heißt das Gründernetzwerk der Magdeburger Otto-von-Guericke-Universität und **UNIVATIONS** das der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Deren Ziel ist es, Absolventen, Studenten oder wissenschaftlichen Fachkräften Wege in die Selbstständigkeit zu ebnet bzw. sich auszugründen. Mit beiden Uni-Netzwerken agieren wir über das BAN als Schnittstelle, beispielsweise in Form gemeinsam und erfolgreich mit Teilnehmern aus Hochschulkreisen abgehaltener Gründerwerkstätten. Dort wurden Geschäftskonzepte vorgestellt. Existenzgründer haben sich dem Training "Praktische Emotionale Kompetenz" gestellt und haben sich so für den Unternehmeralltag besser gerüstet und zielgerichtet qualifiziert. Unter anderem trugen die Werkstätten auch dazu bei, Kapitalgeber zu gewinnen. BAN und die Netzwerke der Universitäten führten regelmäßige Arbeitstreffen durch. Einzelfälle kamen zur Sprache und in konkreten Fällen konnte weitergeholfen werden.

Sowohl IMPULS als auch UNIVATIONS haben ihren festen Platz bei BAN-Aktivitäten und nehmen an den vierteljährlichen Matching-Veranstaltungen teil. Dort präsentieren Gründer und Unternehmer ihre Konzepte, holen sich Rat und knüpfen nützliche Kontakte.

## 2.6. IB - Premiumpartner beim Businessplanwettbewerb

2007 hat sich der Businessplanwettbewerb Sachsen-Anhalt (BPW) wiederum als wichtiger Baustein der Existenzgründungsoffensive ego bewährt. Im Rahmen dieses Wettbewerbes hat jeder Existenzgründer die Möglichkeit, seine Geschäftsidee in Form eines Businessplanes darzustellen. Diese werden dann von unabhängigen Wirtschaftsexperten (Banker, Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Branchen- und Existenzgründungsfachleute) geprüft und bewertet. Der trag- und bankfähige Businessplan ist die entscheidende Basis für den wirtschaftlichen, unternehmerischen Erfolg. Er dient intern als Planungs- und Kontrollinstrument des jeweiligen Vorhabens. Extern kommuniziert, können Kapitalgeber gewonnen werden. An der Fachhochschule Magdeburg-Stendal erhalten die künftigen Unternehmer dabei umfangreiche und kostenfreie Hilfe. Sie können individuelle Beratungen und Betreuungen nutzen oder Seminare besuchen. Die Teilnehmer des BPW sind in ein landesweites Kompetenznetzwerk eingebunden.

Die Investitionsbank hat diesen landesweiten Wettbewerb erneut als Premiumpartner unterstützt, finanziell ebenso wie durch Beratungsangebote oder Fachvorträge. Es hat sich als nützlich erwiesen, den BPW eng mit dem BAN Sachsen-Anhalt zu verzahnen, dessen Geschäftsstelle in das Förderberatungszentrum integriert ist. Durch das Screening von Businessplänen vermittelt das BAN notwendige Qualifizierungsmaßnahmen über geeignete Netzwerkpartner. Existenzgründungen können dadurch präzisiert, geeignete Vorhaben rechtzeitig

zusammengeführt und passende Finanziers gefunden werden. Die intensivere Zusammenarbeit mündet in ein gemeinsames Projekt, für das der BPW und das BAN für 2008/2009 einen gemeinsamen Förderantrag stellen.

## 2.7. Gründerangebote: ego.-Modellprojekte, Finanzierung, Coaching

Nach wie vor wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu einem positiven Umfeld für Existenzgründerinnen und -gründer beizutragen. Sachsen-Anhalt braucht selbstbewusste Menschen, die den Mut zur unternehmerischen Selbständigkeit haben und ideenreich für mehr Beschäftigung im Land sorgen.

Ganz in diesem Sinne wurde die Förderung im Rahmen der ego.-Modellprojekte fortgesetzt und sieben Finanzierungszusagen erteilt, für die insgesamt 0,7 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) flossen. Darüber hinaus gab es zahlreiche individuelle Gespräche als Orientierungsberatungen sowie Informationsveranstaltungen. Im Auftrag des Landes wurden Projekte zielgerichtet gefördert, die den Unternehmergeist entwickeln helfen. Davon sollen Impulse für ein besseres Gründerklima ausgehen. Wir wollen deshalb alle in Frage kommenden Zielgruppen auf die Chancen unabhängiger, selbstständiger Beschäftigung aufmerksam machen - als eine lohnende Alternative zur abhängigen Beschäftigung.

In der EU-Strukturfondsperiode 2007-2013 sollen weitere Maßnahmen und Vorhaben als Modellprojekte gefördert werden, um Existenzgründer zu sensibilisieren, zu motivieren und zu unterstützen. Im letzten Jahr haben wir als Förderbank wiederum ein interessantes und spezielles Leistungs- und Beratungsangebot für Gründer bereitgestellt.

Gründer/Finanzierung Kreditzusagen 2007	Zusagen	Darlehensvolumen in Mio. Euro	Investitionsvolumen in Mio. Euro	
KfW-StartGeld	4	0,14	0,16	
KfW-Mikrodarlehen	97	1,60	1,90	
Gründerdarlehen	21	2,60	6,68	
Gründer/Beratung	Anzahl der Beratungen	Anzahl der Zusagen	Anzahl der Verträge	Fördervolumen in Mio. Euro
KfW-Gründercoaching Sachsen-Anhalt	95	95	85	0,32
Beratungshilfeprogramm	176	120	-	0,40
	Zusagen	Fördervolumen in Mio. Euro	Investitionsvolumen in Mio. Euro	
ego.-Modellprojekte	7	0,68	0,71	
	Business Angels	Finanzierungs- anfragen	Engagements	
Business Angels Netzwerk	1*	65	2	

\* insgesamt wird derzeit auf einen Pool von 35 Business Angels zurückgegriffen

Dies verdeutlichen die insgesamt 122 Kreditzusagen über ein Darlehensvolumen in Höhe von zusammen rund 4,3 Millionen Euro bei einem Investitionsvolumen von mehr als 8,7 Millionen Euro. Dadurch wurden zusätzliche und notwendige Finanzierungsspielräume eröffnet, beispielsweise für Investitionen und Betriebsmittel. Während sich die Zahl der Gründerdarlehen gegenüber dem Vorjahr halbierte und das KfW-Startgeld kaum beansprucht wurde, nahm das Interesse am KfW-Mikrodarlehen zu (97 Zusagen). Für diese betrug die Darlehenssumme durchschnittlich etwa 16.500 Euro.

In der Startphase und manchmal noch in den ersten fünf Jahren sind für Existenzgründer neben Darlehen vor allem auch zielgerichtete Beratungs-

leistungen wichtig. Im Rahmen des KfW-Gründercoaching Sachsen-Anhalt konnten solche Leistungen auch 2007 gefördert und 85 Verträge (im Vorjahr 71) durch die Investitionsbank abgeschlossen werden. Damit wurden eine professionelle, fachliche Unternehmensbegleitung organisiert und Kosten für Beraterhonorare konnten finanziell abgedeckt werden. Junge Unternehmen erhielten ihrem Firmenprofil entsprechend einen ausgewählten Coach, der ihnen in der Regel für zehn, in einigen Fällen auch bis zu 20 Beratungstage zur Seite stand.

Die bisherige Form des KfW-Gründercoachings Sachsen-Anhalt konnte zum 30. Juni 2007 erfolgreich beendet werden.

## 2.8. EFRE Consult, Control und Clearing

Im Geschäftsjahr 2007 wurde die erfolgreiche Arbeit von EFRE Consult, Control und Clearing (ECCC) als Bestandteil des Begleit- und Kontrollsystems des Landes zur Umsetzung des Operationellen Programms Sachsen-Anhalt 2000-2006 kontinuierlich fortgesetzt. Umfassende unterstützende Tätigkeiten zum Start in die neue Förderperiode 2007-2013 und zu deren beginnender Umsetzung kamen hinzu.

Im Auftrag des Landes setzen wir Finanzkontrollen bei Projekten um, die mit Mitteln des EFRE kofinanziert werden. Gemäß den Verordnungen der Europäischen Kommission sind Prüfungen der Funktionsfähigkeit der vorhandenen Verwaltungs- und Kontrollsysteme sowie der ordnungsgemäßen, projektbezogenen Mittelverwendung erforderlich, wenn EU-Strukturfondsmittel eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang waren wir beauftragt, Finanzkontrollen in Ressorts der Landesregierung, in der Investitionsbank und in anderen

Institutionen, die EFRE-Mittel bewilligen, sowie bei Endempfängern durchzuführen.

Im Bereich Finanzkontrolle auditieren (first level control) wir zusätzlich halbjährlich die Finanzberichte von Teilnehmern des Landes Sachsen-Anhalt an den INTERREG IIIC Operationen RFO TouriSME, RFO Perspective 2007-2013 sowie dem Europäischen Netzwerk der Chemieregionen (ECRN).

Die Clearingstelle von ECCC hat in bewährter Weise die Interministerielle Geschäftsstelle zur Steuerung der Strukturfonds (EU-Verwaltungsbehörde des Landes) als Datenadministrator des efReporters u. a. beim Monitoring unterstützt sowie Validitätstests durchgeführt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das zentrale Datenbanksystem efReporter I zum efReporter II weiterentwickelt. Die Begleitung des Umstellungsprozesses auf die neue Datenbank bildete einen weiteren wichtigen Aufgabenschwerpunkt. Darüber hinaus war die Clearingstelle für Anwender des efReporters bei Fragen aller Art jederzeit ein kompetenter Ansprechpartner.



Wie diese Delegation aus Polen nutzen ausländische Gäste gern die Gelegenheit, sich im Hause der Investitionsbank über die Arbeitsweise der Förderbank zu informieren.



Christian Saublens (Foto li.), Direktor der European Association of Development Agencies - EURADA während einer Diskussion. FinNetSME-Teilnehmer (Foto re.) aus Thessaloniki (GR), Valle d'Aosta (I), Castilla y León (E), Kainuun Etu Oy (FIN), Brüssel (B) sowie aus Berlin (D) und Magdeburg (D).

Der Bereich Berichterstattung von ECCC unseres Hauses erstellte auch im Geschäftsjahr 2007, in enger Zusammenarbeit mit der EU-Verwaltungsbehörde und den fachlich verantwortlichen Ressorts, die gegenüber der Europäischen Kommission erforderlichen - fondsübergreifenden - Berichte zur Durchführung der EU-Strukturfonds in Sachsen-Anhalt.

### 2.9. Internationaler Erfahrungsaustausch "FinNetSME - Experiences and Practices"

KMU sind mit ihrem wirtschaftlichen Potenzial überall in Europa enorm wichtig für Wachstum und Beschäftigung, auch für die gesellschaftliche Stabilität. Ihre Existenz sowie ihre nachhaltige Leistungsfähigkeit sind regional, kommunal und sozial bedeutend.

Zur Optimierung der Unterstützung dieser Unternehmen nutzt die Investitionsbank die Möglichkeiten des internationalen Erfahrungsaustausches innerhalb der EU. Genannt werden kann hier das internationale Netzwerk "FinNetSME" (Network for Regional SME Finance), das im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIC zielgerichtet innovative Ansätze für die Finanzierung von KMU entwickelte. Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt arbeitete in die-

sem Netzwerk als Regionalpartner engagiert mit 19 Förderbanken und Entwicklungsagenturen aus neun EU-Mitgliedstaaten zusammen.

Ende 2007 wurde das INTERREG IIIC-Projekt erfolgreich abgeschlossen. Vertreter und Partner aus den beteiligten Ländern präsentierten die Ergebnisse von FinNetSME am 6. Juni 2007 in Brüssel auf einer Abschlusskonferenz.

Neben konkreten Finanzierungsbeispielen erarbeitete das Netzwerk einen Finanzierungsleitfaden "FinNetSME - Experiences And Practices". Darin werden Handlungsempfehlungen für regionale Förderinstitutionen und Entscheidungsträger formuliert. Eine elektronische Fassung des Leitfadens kann unter [www.finnetsme.org](http://www.finnetsme.org) unter der Rubrik "Project/Results" heruntergeladen werden. Das Projektende von FinNetSME stellt jedoch nicht das "endgültige Aus" für das Netzwerk dar, sondern es lebt in den vielfältig gewonnenen Erfahrungen, neu generierten Finanzprodukten und in persönlichen Kontakten weiter.

Unter der genannten Internetadresse sind weitere Informationen zur Arbeit von "FinNetSME" oder die entwickelten Finanzierungsmodelle zu finden.

## IB - Motor für Investition und Innovation

Seit der Wiedervereinigung 1990 hat das Land Sachsen-Anhalt einen schwierigen und anstrengenden Weg bewältigt. Es ist heute ein innovativer Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort mit Zukunftspotenzial in Deutschland, mitten im Herzen Europas. Das Schienen-, Straßen- und Wasserstraßennetz ist gut entwickelt und ausgebaut. Diese Vorzüge und die Anbindung an das Luftdrehkreuz Leipzig/Halle sind beste Voraussetzungen für einen optimalen Zugang zu Märkten und Lieferanten.

Unternehmer und Investoren aus dem In- und Ausland schätzen die zunehmende Anziehungskraft und die Standortvorteile, die das Land inzwischen bietet. An vorderster Stelle stehen neben der vielerorts modernen Infrastruktur, das weiter wachsende Innovationspotenzial sowie die qualifizierten und bestens motivierten Arbeitskräfte. Die Hochschulen sind leistungsstark und haben einen anerkannt guten Ruf. Attraktive Gewerbeflächen, günstige Mieten und Grundstückspreise wirken positiv. Das Umfeld ermöglicht eine hohe Lebensqualität, von der Kinderbetreuung über einzigartige Natur bis hin zu niveauvoller Kunst und Kultur.

Die erreichten Veränderungen sind gewaltig und historisch bedeutend, auch die damit verbundenen Anstrengungen. Allerdings wäre dies ohne die verschiedensten Förderinstrumente und -mittel nicht möglich gewesen. Sachsen-Anhalt verfügt heute über ein starkes Profil, das dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg für Wachstum und Beschäftigung sichern kann. Ernährungsgewerbe, Chemieindustrie, der Maschinenbau sowie die Metallbranche bilden die Säulen der Industrielandschaft, nicht zu vergessen die neuen, technologieorientierten Branchen wie die Solarindustrie. Wesentliche Grundlage dieses sichtbaren

Aufschwungs war eine gezielte Förderpolitik im Land, an deren Umsetzung die Investitionsbank in vielfältiger Weise mitgewirkt hat. Seit nunmehr acht Jahren in Folge sind alle von EU, Bund und Land bereitgestellten Fördermittel auch tatsächlich abgeflossen. Das ist nur noch im Freistaat Sachsen gelungen.

### 3.1. Gemeinschaftsaufgabe zur "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

Die gesetzlich verankerte Gemeinschaftsaufgabe zur "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) erwies sich in den zurückliegenden Jahren als der entscheidende Handlungsrahmen für nachhaltige Veränderungen. Sie bleibt auch in nächster Zeit das wichtigste Instrument der Bundesländer zur Förderung von Investitionen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und von Infrastrukturmaßnahmen. Bund und Länder finanzieren ihren Anteil an den nicht rückzahlbaren Zuschüssen je zur Hälfte. Wie in den Jahren zuvor hat Sachsen-Anhalt in 2007 wiederum zusätzliche Gelder aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) als wichtige Förderquelle in die GA eingebunden.

Die seit Einführung der GA-Förderung in Sachsen-Anhalt erreichten Dimensionen sind riesig: Von 1991 bis 2007 flossen insgesamt 8.820 Millionen Euro an Zuschüssen in die gewerbliche Wirtschaft und in Infrastrukturmaßnahmen. Dahinter verbergen sich Gesamtinvestitionen von rund 34.800 Millionen Euro. Mehr als 130 000 Arbeitsplätze entstanden neu und 198 000 Arbeitsplätze wurden gesichert. Landespolitik und Wirtschaft haben gemeinsam die strukturellen Stärken zielstrebig ausgeprägt und die Standortbedingungen Schritt für Schritt attraktiver gestaltet. Mit ihrer Investitionspolitik hat die Landesregierung die

Investitionsförderung 2007	Zusagen	Fördervolumen in Mio. Euro	Investitionsvolumen in Mio. Euro
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur - gewerbliche Wirtschaft"	290	211,45	1.357,56
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur - Infrastrukturförderung"	34	31,45	40,31
<b>Bergbausanierung 2007</b>	<b>3</b>	<b>3,05</b>	<b>3,17</b>

Wachstumsimpulse in den letzten Jahren weiter verstärkt. Die Investitionsbank ist landesweit erster Ansprechpartner bei der Umsetzung der darin verankerten Förderpraxis, wenn es um aktuelle Projekte und Entwicklungen geht.

Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2004 hat die Investitionsbank bis einschließlich 2007 rund 1 070 Zuschüsse mit einem Gesamtvolumen von 1.063 Millionen Euro bearbeitet. Für die gewerbliche Wirtschaft wurden davon 866 Millionen eingesetzt und in die Infrastruktur flossen 197 Millionen Euro. Darüber hinaus führen wir eine Vielzahl von Förderaktivitäten des vormaligen Landesförderinstitutes verantwortlich fort. Das betrifft beispielsweise die zahlungstechnische Begleitung von laufenden Investitionen sowie die Kontrolle der fünfjährigen Zweckbindung bei gewerblichen Fördervorhaben und der 15jährigen bei Infrastrukturmaßnahmen. Im Berichtsjahr erfolgten 883 Kontrollen zur Zweckbindung. Zudem gehört die Verwendungsnachweisprüfung nach Abschluss der jeweiligen Vorhaben zum ständigen Aufgabenspektrum; per Jahresende 2007 waren das 453 Prüfungen.

#### Förderung der gewerblichen Wirtschaft 2007

Im Jahr 2007 wurde die Förderkontinuität zielorientiert fortgesetzt. Insgesamt erhielten 290 Unter-

nehmen der gewerblichen Wirtschaft Zuschüsse von rund 211 Millionen Euro. Fast 80 Prozent setzten die Mittel ein, um Betriebsstätten zu errichten oder zu erweitern.

In 42 neu entstandenen Betriebsstätten realisierten die Unternehmen mit rund 70 Millionen Euro Fördergeldern Gesamtinvestitionen von 475 Millionen Euro. Deutliche Akzente gingen von Unternehmenserweiterungen aus. Hier wurden Gesamtinvestitionen von rund 700 Millionen Euro getätigt. Besonders hervorhebenswert sind die durch die vorgenannten Förderaktivitäten sowie mittels weiterer Zuschüsse für Rationalisierung und Lohnkosten erzielten Beschäftigungseffekte: Rund 14 800 Dauerarbeitsplätze wurden gesichert und 4 700 entstanden neu.

Die höchsten Fördersummen und zugleich die größte Anzahl an Förderfällen kamen solchen strukturbestimmenden Branchen Sachsen-Anhalts zugute, wie der Chemiebranche, den unternehmensnahen Dienstleistungen, der Metall-erzeugung und -bearbeitung, dem Ernährungsgewerbe, dem Maschinenbau sowie den Bereichen Glas, Recycling, Baugewerbe und Gummi/Kunststoffwaren.

In das Fördergeschehen sind auch 25 Projekte ausländischer Unternehmen aus zwölf Ländern mit einer Gesamtinvestitionssumme von 293

Millionen Euro eingebunden. Die höchsten Investitionen realisieren Firmen aus den Niederlanden, der Schweiz, den USA, Österreich, Großbritannien und China.

### **Infrastrukturförderung 2007**

Von der Bedeutung der Infrastruktur für die Standortqualität war bereits die Rede. Sie ist in ihrer Komplexität maßgebend für das Investitionsklima und die wirtschaftliche Leistungskraft in den jeweiligen Regionen. Optimale Erreichbarkeit und Lage, schnelle Verkehrs- und Transportwege, moderne Ver- und Entsorgungssysteme, günstige Gewerbeflächen und -gebiete sind für die Wirtschaft im Allgemeinen und potenzielle Investoren im Besonderen von vorrangigem Interesse. Ebenso wichtig erweisen sich immer wieder die "weichen" Standortfaktoren: zeitgemäßes Wohnen, touristische Anziehungskraft, ein vielfältiges Bildungsangebot, lebenswerte Umwelt sowie das kulturelle Angebot.

Folgerichtig bildete die Infrastrukturförderung im Berichtsjahr einen Arbeitsschwerpunkt. Insgesamt wurden über die Investitionsbank für 34 Vorhaben 31,4 Millionen Euro Fördergelder bereitgestellt.

Die wirtschaftsnahe Infrastruktur erhielt davon mit 27,9 Millionen Euro den größten Anteil, während die übrigen Gelder für 14 Projekte der touristischen Infrastruktur ausgereicht wurden.

Wirtschaftspolitisch und -strategisch wichtig: 18,1 Millionen Euro kamen für attraktive Industrie- und Gewerbegebiete zum Einsatz. Hier werden die vorhandenen Gestaltungsspielräume von heute für die Unternehmensansiedlungen der Zukunft sinnvoll verwendet.

### **3.2. Mittelstandsförderung**

Die Wirtschaft Sachsen-Anhalts ist nach wie vor kleinbetrieblich bzw. mittelständisch geprägt. Rund 65 000 Unternehmen arbeiten mit weniger als zehn Mitarbeitern. Etwa 8 000 Unternehmen erbringen ihre Leistungen mit weniger als 50 Beschäftigten und 225 Unternehmen verfügen über mehr als 250 Beschäftigte. Die Landesregierung hat deshalb - neben ihrer Akquisestrategie zur Ansiedlung neuer Unternehmen - den Fokus besonders darauf gerichtet, bestehende Firmen zu unterstützen, dass diese sich stabil entwickeln, wachsen und für mehr Beschäftigung sorgen können. Mit verstärkten Anstrengungen zur Mittelstandsförderung trägt sie den strukturellen Tatsachen Rechnung. Die Investitionsbank setzt diese Linie konzentriert um und fördert gezielt KMU, damit sie besser in der Lage sind, gegenwärtig und vor allem dauerhaft im Wettbewerb bestehen zu können. Mit den zur Verfügung gestellten Darlehensmitteln konnten die im letzten Jahr gestellten Kreditanfragen, die die Zusagevoraussetzungen erfüllten, bedient und positiv beschieden werden.

Der Förderstrategie entsprechend bildete die Vergabe von **Mittelstands- und Technologie-darlehen (MuT)** im Jahr 2007 erneut einen Schwerpunkt. Es gab 81 Zusagen über insgesamt 15,7 Millionen Euro. Während die Fördersumme etwa der des Vorjahres entsprach, erhöhte sich das Gesamtinvestitionsvolumen um rund 50 Prozent auf 30,2 Millionen Euro. Obwohl die verlängerte Annahmefrist für Anträge bereits am 30. September 2007 endete, konnten so zehn Prozent

Mittelstand Zusagen 2007	Zusagen	Fördervolumen in Mio. Euro	Investitionsvolumen in Mio. Euro
Mezzaninedarlehen	42	7,94	18,27
Mittelstands- und Technologiedarlehen	81	15,74	30,20
Messeförderung	277	0,92	-

mehr Unternehmen die günstigen Rahmenbedingungen dieses Darlehensprogramms nutzen. Besondere Vertriebsaktionen und eine weiter optimierte Analyse der Kreditanträge haben zu dieser guten Entwicklung wesentlich beigetragen.

**Mezzaninedarlehen** als fester Bestandteil unserer Produktpalette erwiesen sich im Berichtsjahr erneut als gefragte Finanzierungsalternative für KMU. Neben der auf die Beschäftigtenzahl bezogenen Kleinteiligkeit engt die schwache Eigenkapitalausstattung den Handlungsspielraum der meisten Unternehmen im Land immer noch ein. Bankenfinanzierte Investitionen sind daher häufig nur schwer realisierbar. Mezzaninekapital hilft diesen Mittelständlern durch seine eigenkapitalähnliche Funktion, die Finanzbasis zu verbreitern und stärkt die Verhandlungsposition gegenüber den Hausbanken bei der Aufnahme neuer Kredite. Auch der Rangrücktritt der Investitionsbank macht das Produkt nach wie vor interessant.

Über die Investitionsbank wurden 2007 insgesamt 42 Mezzaninedarlehen und rund acht Millionen Euro ausgereicht, die letztlich zu einer Investitionssumme von 18,3 Millionen Euro führten. Die Antragsannahmefrist für das bisherige

Mezzaninedarlehen endete im Dezember 2007. Das Antragsvolumen pro Darlehen verringerte sich leicht. Beim MuT betrug die durchschnittliche Förderung im letzten Jahr 0,19 Millionen Euro, gegenüber 0,21 Millionen Euro in 2006. Dieser Trend war bei Mezzaninedarlehen etwas deutlicher. Hier sank die durchschnittliche Fördersumme von 0,27 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 0,19 Millionen Euro im Berichtsjahr. Die verstärkte Finanzierungs Kooperation mit anderen Kreditinstituten wirkte dem entgegen. Geteiltes Engagement und geteiltes Risiko trugen dazu bei, die vorhandenen Mittel optimal einzusetzen und sie als wichtige Finanzierungsbausteine für die Darlehensnehmer zu verwenden.

Unabhängig davon bleibt festzuhalten, dass die KMU weiterhin wachsendes Interesse an beiden Förderprodukten zeigen. Vor allem wurden insbesondere im zinsgünstigen MuT-Bereich die damit verbesserten Möglichkeiten zur Vorfinanzierung von Aufträgen deutlich positiv bewertet. Die Anzahl der MuT- und Mezzaninedarlehen erhöhte sich zusammen von 113 Zusagen im Jahr 2006 auf 123 Zusagen, obwohl der Antragszeitraum für MuT bereits im September 2007 endete.

“Die Politik der Landesregierung zielt darauf ab, das Wachstum der kleinen und mittleren Unternehmen weiter voranzutreiben, indem sie die Instrumente der Unternehmensfinanzierung und -förderung gezielt weiterentwickelt und die Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaftsentwicklung verbessert.”

Dr. Reiner Haseloff



Gespräch mit dem Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff (2.v.r.) während einer Tagungspause am Mittelstandstag im Juni 2007 (v.l.): Prof. Dr. Ulrich Blum, Präsident des IWH, Detlef Schubert, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Hans-Joachim Hennigs, Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium und Manfred Maas, Sprecher der Geschäftsleitung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt.

Das letzte Jahr war gewissermaßen die Schnittstelle zwischen der zu Ende gegangenen EU-Förderperiode 2000-2006 und dem sich anschließenden Förderzeitraum 2007-2013. Das hatte auch bestimmte Auswirkungen auf die Mittelstandsförderung. Einerseits liefen verschiedene Produkte und Angebote aus, andererseits können sich neu entwickelte Produkte und Fördermaßnahmen erst im Verlauf des Jahres 2008 auswirken.

Parallel zur genannten Förderpraxis wurden in 2007 die neuen Förderprodukte für den Mittelstand entwickelt (vgl. Kap. 1.4.), die bereits ab November beantragt werden konnten. Damit haben sich durch den KMU-Darlehensfonds die Rahmenbedingungen für die potenziellen Antragsteller nachhaltig verbessert, sind spezialisierter und zugleich vielfältiger geworden. Die Chancen für Wachstum und Beschäftigung in jungen, sich erfolgreich entwickelnden Unternehmen haben sich durch diese mittel- und lang-

fristig angelegte Finanzierungsstrategie weiter verbessert.

Für den wirtschaftlichen und unternehmerischen Erfolg sind Marketingmaßnahmen, Produkt- und Vertriebspräsentationen unerlässlich. Der regionale, überregionale sowie internationale Markt kann nur auf Leistungen und Unternehmen reagieren, die bekannt sind bzw. aktiv agieren. Nur wer neue Märkte erschließt und über aktuelle Trends und Marktkenntnisse verfügt, kann bestehen. Allerdings sind derartige Aktivitäten immer auch mit Kosten verbunden, die die Firmen nicht immer allein bewältigen können. Die mit EU-Mitteln kofinanzierte **Messeförderung** gehörte folgerichtig auch im vergangenen Jahr zu den gern beanspruchten Zuschussmöglichkeiten. Es gab 277 Zusagen zur finanziellen Unterstützung von Messebeteiligungen. Mit der Summe von rund einer Million Euro erhielten die beantragenden Firmen im Durchschnitt etwa 3.500 Euro für ihre Messeauftritte.

Technologie- und Innovationsförderung 2007	Zusagen	Fördervolumen in Mio. Euro
Forschung und Entwicklung	18	2,97
FuE - Verbundförderung	5	0,71
EFRE - Bonusförderung	< 5	0,17
Patentförderung	70	0,22
Wissens- und Technologietransfer	17	1,03
Innovationsassistentenförderung	21	0,49

### 3.3. Technologie- und Innovationsförderung

Der Standort Sachsen-Anhalt ist mit seinem leistungsfähigen, innovativen und fachlich speziellen Wirtschafts- und Wissenschaftspotenzial deutschlandweit konkurrenzfähig. Er wird zunehmend auch international beachtet. Die konzeptionell abgestimmte und strategisch ausgerichtete Technologie- und Innovationsförderung hat dazu entscheidend beigetragen. Hier wurde an historisch gewachsene industrielle sowie wissenschaftliche Traditionen im mitteldeutschen Wirtschaftsraum angeknüpft und zugleich moderne Zukunftsfelder entwickelt.

In Sachsen-Anhalt hat sich, 1990 beginnend, eine wettbewerbsfähige Wissenschafts- und Wirtschaftsstruktur herausgebildet. Allein für Forschung und Entwicklung flossen aus Mitteln des Landeshaushaltes bis einschließlich 2007 in die Hauptstadt Magdeburg rund 56 Millionen Euro. Die Saalestadt Halle erhielt 31 Millionen Euro. Für den ehemaligen Ohrekreis mit dem unmittelbar an der A2 gelegenen Technologiepark Ostfalen wurden 23 Millionen Euro bereitgestellt. In den früheren Landkreisen Wernigerode, Bitterfeld und Schönebeck setzte das Land für Forschungs- und Entwicklungsprojekte zwischen

11 und 13 Millionen Euro ein. Dies alles trug dazu bei, eine breite Basis für nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungsdynamik zu legen. Forschung und Entwicklung haben bereits einen hohen Standard und Stellenwert erreicht, der in den nächsten Jahren konzentriert ausgebaut werden soll.

Es bleibt eine wichtige strategische Aufgabe, die im Land vorhandenen Netzwerke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern und zu stärken sowie weitere dieser Cluster auszuprägen. Die Innovationsnetze entwickeln sich mehr und mehr zu Kompetenzzentren. Von ihnen gehen spürbare Impulse für Wachstum und Beschäftigung aus.

Die Vorteile praxisorientierter Forschung liegen auf der Hand. Schwerpunkte bilden die Branchen und Bereiche Chemie, Maschinen- und Anlagenbau, Automotive, die Ernährungswirtschaft sowie Life Science (Medizintechnik, Biotechnologie, Pharma-Industrie). Beispielhafte Ergebnisse sind auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien zu verzeichnen, was vor allem die beachtlichen Leistungen und Entwicklungen der Solartechnik, der Umwelttechnik und im Bereich der Biomassenutzung aufzeigen.

In diesem Rahmen richten sich die gemeinsamen

Anstrengungen besonders darauf, mehr solche technologieorientierten Unternehmen anzusiedeln und zu unterstützen, die sich gut in vorhandene Produktionsketten einfügen oder diese ergänzen. Gleiches gilt für unternehmensnahe Dienstleister. Projekte wie die Profilierung des Technologieparks *weinberg campus* in Halle oder des Wissenschaftshafens in Magdeburg entsprechen diesem strategischen Ansatz. Dabei ergeben sich neben den bisherigen auch neue Möglichkeiten, den Fördermitteleinsatz in diesem Bereich noch wirksamer zu steuern.

Im Berichtsjahr wurden über die Investitionsbank im Auftrag des Landes insgesamt 133 Projektzusagen im Rahmen der **Technologie- und Innovationsförderung** über ein Fördervolumen von 5,6 Millionen Euro ausgereicht. Die Inanspruchnahme von Förderleistungen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr zum Teil deutlich, was mit dem Übergang von der bis 2006 reichenden EU-Förderperiode zum neuen Förderzeitraum von 2007-2013 zusammenhängt. Die noch bis Dezember 2006 in der zu Ende gegangenen Förderperiode bewilligten Projekte wurden im Jahr 2007 weiter betreut und auch zum Teil abge-

schlossen. Die restlichen Vorhaben sind bis Ende 2008 abzuschließen und werden bis dahin durch die Investitionsbank weiter begleitet.

Eine Ausnahme bildet die Förderung von **Wissens- und Technologietransferleistungen**. Hier erhöhte sich sowohl die Anzahl von drei Zusagen im Vorjahr auf 17, für die 2007 über eine Million Euro ausgegeben wurden. Damit konnten die Innovations- und Gründerzentren in den Regionen des Landes unterstützt werden, die modern ausgestattet sind und die notwendigen Rahmenbedingungen bieten. Sie fungieren als wichtige Schaltstelle für Jungunternehmer und Gründer mit lohnenden Geschäftsideen. Neuen, Erfolg versprechenden Firmen ermöglichen sie, sich zu festigen und auszugründen, um dauerhaft bestehen zu können.

In 18 Förderfällen im Rahmen der **Forschung und Entwicklung** konnte insbesondere KMU mit den von der EU kofinanzierten Maßnahmen geholfen werden, ihre betrieblichen Innovationen zu realisieren oder Forschungsleistungen zur Produktentwicklung zu finanzieren. Dafür wurden knapp drei Millionen Euro Fördergelder gezahlt. Auch die **Innovationsassistentenförderung** wurde



Der Forschungsscheck ist neu im Förderprogramm.

fortgeführt. Diese spezielle Form der Förderung versetzt KMU in die Lage, betriebliche Lösungen im Bereich von Forschung und Entwicklung umzusetzen, indem sie fachlich geeignetes Personal genau für diese Aufgabe finanzieren können. Junge Absolventen von Universitäten oder Hochschulen erhalten eine Chance, ihr gerade erworbenes Wissen für betriebliche Innovationen einzusetzen. Die Zuwendungen belaufen sich auf bis zu 45 Prozent der Bruttolohnkosten und werden in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses bei einer Laufzeit bis zu 24 Monate gewährt. Seit dem Jahr 2007 sind auch Freiberufler förderfähig.

Für die **Patentförderung**, insbesondere für den wirksamen Schutz vor Nachahmungen von kreativen Geschäftsideen und Produkten sowie für die Anmeldung und Aufrechterhaltung von Patenten, erfolgten entsprechend der Nachfrage 70 Förderzusagen.

Noch im Berichtsjahr entwickelten Land und

Investitionsbank gemeinsam neue Förderinhalte, die - neben den bereits bekannten - künftig in den Fokus rücken. Zu nennen ist hier unter anderem eine weiterentwickelte **Verbundförderung**, die sich auf das Zusammenwirken von Betrieben mit Universitäten und Hochschulen konzentriert. Der Wissenschafts- und Technologietransfer wird hier direkt durch die entsprechenden Unternehmen umgesetzt.

Neu im Förderprogramm ist der **Forschungsscheck**, der für KMU bei der erstmaligen Initiierung innovativer Forschungs- und Entwicklungsprojekte ausgestellt werden kann. Die Vergabe erfolgt über einen vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalts ausgelobten Wettbewerb.

Schließlich ist der Investitionsbank 2007 auch die Projektträgerschaft im **"Sonderprogramm zum Aufbau der Informationsgesellschaft"** übertragen worden. Der in diesem Rahmen erfolgende Wettbewerb wird mit von uns beauftragten Partnern realisiert.

### 3.4. Beratungshilfeprogramm

Bereits seit Mai 2007 wurde mit dem Beratungshilfeprogramm eine weitere unternehmensnahe Förderung in die Investitionsbank integriert. Für unsere Förderberater ist diese Form der Gründungs- und Entscheidungshilfe aufgrund der vorliegenden Erfahrungen kein Neuland mehr. Vielmehr kommt unser Haus dem Ziel - Förderberatung aus einer Hand - mit dem neu hinzugefügten Baustein einen wichtigen Schritt näher. Beachtliches Ergebnis: In nur acht Monaten gab es 120 Zusagen zur Beratungshilfe. Dahinter verbergen sich Zuwendungen von 0,4 Millionen Euro für 1 337 Tagewerke.

Diese spezielle Form der Beratung hilft Unternehmen, die bereits mindestens fünf Jahre bestehen, sich marktgerecht zu entwickeln und ihre Existenz dauerhaft zu sichern. In dem dafür eingesetzten Beraterpool sind zurzeit

272 Fachleute gelistet. Sie besetzen die förderfähigen Themenfelder Außenwirtschaft, Risikomanagement, Unternehmensnachfolge, Marketing, Ausgründung, Energie-/Umweltberatung, Organisationsoptimierung und Stärkung des Innovationspotenzials. Es obliegt der Investitionsbank, die individuellen Voraussetzungen, die Referenzen, die Kompetenzen der einbezogenen Experten entsprechend den Anforderungen verantwortlich zu prüfen. Die Beratungsleistungen werden im Sinne der Qualitätssicherung kontinuierlich überwacht und nach ihrem Abschluss sowohl seitens der Unternehmen als auch der Investitionsbank bewertet.

Im Oktober 2007 haben wir in Dessau und Magdeburg zwei Informationsveranstaltungen für die bei der Investitionsbank gelisteten Berater durchgeführt, auf denen Richtlinien erörtert und Neuerungen vorgestellt wurden. Beide Veranstaltungen waren mit jeweils etwa 80 Teilnehmern gut besucht.



Die Beratertage fanden reges Interesse. Dort wurden wichtige Informationen ausgetauscht, Erfahrungen vermittelt und neue Richtlinien besprochen.

Agrarförderung 2007	Zusagen	Fördervolumen in Mio. Euro	Investitionsvolumen in Mio. Euro
Agrarinvestitionsförderung - Zuschüsse	-	-	-
Investitionen in der Rinderhaltung	< 5	0,10	0,29
Investitionen in der Schweinehaltung	< 5	0,37	1,00
Investitionen im Garten- und Weinbau	-	-	-
Marktstrukturförderung	10	0,86	3,69
Betriebsberatung	-	-	-
Bürgschaften	5	2,10	-

	Zusagen	Darlehensvolumen in Mio. Euro	Investitionsvolumen in Mio. Euro
Agrarinvestitionsförderung - refinanzierte Darlehen*	11	3,85	14,52

\* in Verbindung mit der AFP-Förderung

### 3.5. Agrarförderung

Die Land- und Forstwirtschaft trug im Vorjahr mit rund 800 Millionen Euro zur Bruttowertschöpfung in Sachsen-Anhalt bei. Dieses Ergebnis ist Ausdruck stabiler und erfolgreicher Strukturen der Landwirtschaft. Darauf kann sich die seit Jahren stetig wachsende und leistungsfähige Ernährungsbranche Sachsen-Anhalts stützen. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung des Landes liegt mit etwa 17 Prozent doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt und beträgt mehr als 7.000 Millionen Euro.

Der Agrarsektor in Sachsen-Anhalt verfügt insgesamt über günstige Voraussetzungen, die langfristig Wachstum und Beschäftigung ermöglichen. Seine Entwicklung muss und wird auch weiterhin nachhaltig organisiert und wirtschaftlich ausgerichtet sein. Das Land unternimmt deshalb vielfältige Anstrengungen, solche Rahmenbedingungen zu setzen, die dem Stellenwert der Landwirtschaft als einer Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Die Maßnahmen betreffen den gesamten ländlichen Raum, einschließlich des räumlichen und sozialen Umfeldes der Menschen, die dort leben und arbeiten.

#### Regionale Vorzüge ausprägen und fördern

Bereits über Jahre hinweg wurden entsprechende

Fördermöglichkeiten entwickelt, gebündelt und gezielt eingesetzt. Neue Förderansätze und Handlungsfelder ergeben sich infolge der voranschreitenden Globalisierung der Märkte, in Verbindung mit modernen Technologien und aus demografischen Veränderungen. So rückt die Erzeugung von Bioenergie noch stärker ins Blickfeld, ebenso auch andere Klima- und Umweltthemen, beispielsweise im Bereich der Abfall- oder der Wasserwirtschaft. Die Biotechnologien beinhalten bedeutendes Zukunftspotenzial. Die Veredlung von landwirtschaftlichen Produkten, etwa in der Tierproduktion, bieten Chancen für Leistungszuwachs und Beschäftigung.

Im Berichtsjahr gab es in Sachsen-Anhalt knapp 4 850 landwirtschaftliche Betriebe mit insgesamt 26 100 Beschäftigten. 3 450 davon waren als Einzelunternehmen tätig, rund 850 wirtschafteten als Personengesellschaften und 550 agierten der Rechtsform nach als juristische Personen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert knapp unter 1,2 Millionen Hektar, 85 Prozent davon als Ackerland.

Die Anbautraditionen wurden in den verschiedenen Regionen des Landes fortgesetzt, wie der Pflanzenanbau in der Magdeburger Börde, rund-

“Lebensqualität und Attraktivität des ländlichen Raumes müssen erhalten bleiben. Er ist langfristig nur mit einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft stark und attraktiv. Deshalb ist die Entwicklung des ländlichen Raumes ein zentrales Thema und muss als integrativer Bestandteil einer Gesamtpolitik angesehen werden.”

Petra Wernicke



Landwirtschaftsministerin Petra Wernicke und Antonis Constantinou, EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, beim ELER-Start (11/2007).

um Halle der Obst- und Gemüseanbau und im Saale-Unstrut-Gebiet der Weinbau. Zusammen mit den dazugehörigen Flächen in Thüringen und Brandenburg bewirtschaftet Sachsen-Anhalt das nördlichste geschlossene Qualitätsweinanbaugebiet Europas. Auch in der Tierzucht gab es keine großen Verschiebungen hinsichtlich der regionalen Schwerpunkte Altmark, Wittenberg und Harzvorland.

#### Ländlicher Raum und innovative Förderpolitik

Über die Investitionsbank wurden 2007 im Rahmen der Agrarförderung insgesamt 13 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund fünf Millionen Euro gefördert. Wir haben unsere Förderaktivitäten vor allem noch auf den Abschluss der EU-Strukturfondsperiode 2000-2006 konzentriert und vorbereitete Maßnahmen weiter auf den Weg gebracht sowie laufende Projekte begleitet. Im Berichtsjahr wurden zugleich vielfältige konzeptionelle Vorbereitungen getroffen und Projektideen im Rahmen der EU-Förderperiode 2007-2013 entwickelt. In diesem Zeitraum fließen über den neuen Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) insgesamt 817 Millionen Euro nach Sachsen-

Anhalt, die entsprechend dem Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum des Landes Sachsen-Anhalt (EPLR) eingesetzt werden.

Dem Beispiel und strategischen Ansatz im Bereich der Mittelstandsförderung folgend, haben wir gemeinsam mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt einen revolvierenden Darlehensfonds zur Agrarförderung entwickelt. Durch die Vergabe von zinsgünstigen Darlehen an KMU der Landwirtschaft wollen wir den Agrarsektor zusätzlich stärken und revolvierende Mittel ansammeln, die über das Ende der eigentlichen EU-Förderperiode hinaus eine gezielte Förderung ermöglichen.

Das Darlehensvolumen beträgt etwa 14 Millionen Euro und wird aus ELER-Mitteln gespeist, die über die Investitionsbank kofinanziert werden. Der Darlehensfonds soll noch im Jahr 2008 starten. Damit ist Sachsen-Anhalt das erste Land in Europa, das einen solchen Fonds für die Landwirtschaft einrichtet.

Weitere revolvierende Darlehensfonds sind bereits in der Entwicklungsphase, so in den Bereichen Klimaschutz/regenerative Energien oder Abfallinfrastruktur.

Medienförderung 2007		Anzahl Verträge	Fördervolumen in Mio. Euro	
Mitteldeutsche Medienförderung GmbH		93	11,07	
Medienanstalt Sachsen-Anhalt		34	1,43	
Tourismusförderung 2007		Zusagen	Fördervolumen in Mio. Euro	Investitionsvolumen in Mio. Euro
Tourismus		19	0,61	-

### 3.6. Medienförderung

Sachsen-Anhalt macht mit dem stetig wachsenden Medienstandort Halle (Saale) weiter von sich reden. Immer wieder lassen positive Schlagzeilen über die dort vorhandenen modernen Möglichkeiten und die vorzeigbaren Ergebnisse aufhorchen - auch international. Zu nennen ist hier beispielsweise das europaweit modernste, auf technisch höchstem Niveau ausgestattete Tonstudio im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH (MMZ), das sich in unmittelbarer Nähe zur Hörfunkzentrale des MDR befindet. Erst Anfang 2008 ging einer der begehrten Film-Oscars in der Kategorie "Bester animierter Kurzfilm" an "Peter & Der Wolf". Daran waren auch Hallenser Firmen beteiligt. So hatte die "Digital Images GmbH" aus der Saalestadt die aufwändige DVD produziert und sieben weitere Sprachversionen erstellt. "Arthaus Musik" wirkte

als Koproduzent von Film und Label mit. Medienpolitik wie Branchenexperten sind sich einig, dass diese Auszeichnung die erfolgreiche und vielversprechende Arbeit am Medienstandort bestätigt und für neue Impulse sorgt. Weitere Produktionen erregen Aufmerksamkeit. Dazu gehören solche im Jahr 2007 geförderten Filme wie "Irina Palm", "Nichts als Gespenster", "Die Frau vom Checkpoint Charlie", "Ossi's Eleven" sowie die Produktionen "Free Rainer" und "Hafen der Hoffnung - Die letzte Fahrt der Wilhelm Gustloff". Desweiteren hat Hollywood Sachsen-Anhalt als attraktiven Drehort entdeckt. Die deutsch-russische Koproduktion "Last Station" über Leo Tolstoi wird mit Helen Mirren und Christopher Plummer in den Hauptrollen überwiegend in Sachsen-Anhalt gedreht.

Alle diese Fakten verdeutlichen, dass sich die Filmwirtschaft im Land auf einem guten Weg

“Die Medienbranche in Sachsen-Anhalt hat für den Arbeitsmarkt inzwischen eine ähnliche Bedeutung wie traditionelle Industrien. Allein im Mitteldeutschen Multimediazentrum in Halle sind gut 200 Arbeitsplätze entstanden. Insgesamt beschäftigt die Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalts, zu der auch die Medien zählen, rund 9 500 Menschen in etwa 2 800 Unternehmen.”



Sachsen-Anhalts Staatsminister Rainer Robra ist neben der Europapolitik für die Medienpolitik Sachsen-Anhalts zuständig.

befindet. Immerhin beschäftigt die so genannte Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalts inzwischen rund 9 500 Menschen in etwa 2 800 Unternehmen.

Hier trägt vor allem die über Jahre konsequent verfolgte Förderung des Standortes und seiner beispielhaften Profilierung über die Mitteldeutsche Medienförderung GmbH (MDM) ihre Früchte. Die MDM ist eine Gesellschaft der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie MDR und ZDF. Gefördert werden Film- und Medienprojekte, die einen kulturellen und wirtschaftlichen Effekt in den drei Ländern bewirken.

Im Berichtsjahr wurden 93 Projektverträge mit einem Fördervolumen von rund elf Millionen Euro abgeschlossen. Unterstützt werden Erfolg versprechende Film-, Fernseh-, Video-, Computer- und weitere audiovisuelle Medienproduktionen. Je nach Beantragung werden Fördermittel für die Stoff- und Projektentwicklung, die Produktion, den Verleih und Vertrieb sowie für die Präsentation bereitgestellt, ebenso zur Nachwuchsförderung oder für thematische Medien-

veranstaltungen verschiedener Art. Die Anträge sind bei der MDM einzureichen. Die Investitionsbank ist für die finanztechnische Umsetzung der Förderung verantwortlich.

Das Land wird auch künftig alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Qualität und Anziehungskraft des Medienstandortes Sachsen-Anhalt kontinuierlich zu verbessern. Wir werden diesen Prozess aktiv unterstützen und begleiten.

Des Weiteren fördert die Investitionsbank im Auftrag der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) in bewährter Weise die Arbeit der Offenen Kanäle, der nichtkommerziellen Hörfunksender, die Entwicklung rundfunktechnischer Infrastruktur sowie medienpädagogische Maßnahmen im Land und sorgt für die haushaltsrechtliche Umsetzung. Im letzten Jahr wurden dafür mehr als 1,4 Millionen Euro durchgeleitet. Beispielhaft sei hier auf die Unterstützung der Hörspielbranche im Rahmen des Halleschen Themenjahres 2007 verwiesen. In Sachsen-Anhalt wurde der erste Hörclub gegründet.

## IB - Förderbausteine für Familien

### 4.1. Wohnen in Sachsen-Anhalt

Arbeit ist ein entscheidender Faktor für die Menschen, in Sachsen-Anhalt zu bleiben, wieder her zu kommen und sesshaft zu werden. Dem trägt der erfolgreiche wirtschaftspolitische Kurs des Landes nachhaltig Rechnung. Immer mehr dauerhafte Arbeitsplätze entstehen, Standorte werden zielgerichtet entwickelt, Regionen gewinnen an Anziehungskraft, der Boden für unternehmerische Innovationen, für Existenzgründer und Dienstleister wird noch fruchtbarer.

Ein zweiter Faktor, um Menschen im Land zu halten oder sie herzuholen, betrifft die Wohnumwelt, einschließlich einer leistungsfähigen wie ansprechenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Infrastruktur. Beide Faktoren bestimmen die Vitalität unseres Gemeinwesens wesentlich mit.

Das Antlitz der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt ist vielerorts schöner, heller, moderner - lebenswerter geworden. Immer mehr Sachsen-Anhalter, besonders junge Familien, entscheiden sich zu bleiben und dauerhaft niederzulassen. Auch die älteren Generationen fühlen sich zunehmend wohler. Gerade deshalb wird überall im Land fortgesetzt daran gearbeitet, weitere attraktive Lebensbereiche zu schaffen, den Stadtumbau fortzuführen und zukunftsfähige Siedlungsstrukturen zu gestalten. Auch wenn, oder gerade weil sich der demografische Wandel in den nächsten Jahrzehnten spürbar auswirken wird, waren und bleiben für uns als Investitionsbank die Themen Immobilienförderung, Stadtumbau und Gebäudesanierung wichtige Arbeitsfelder.

#### Die Förderklassiker:

Die Wohneigentumsförderung gehört traditionell zur Förderlandschaft Sachsen-Anhalts. Die entsprechenden Programme sind durch die zunehmend ins Zentrum gerückte Familienpolitik des

Landes weiter aufgewertet worden. Familien stärken und durch ein kinderfreundliches Umfeld Lust auf mehr Nachwuchs wecken, junge Menschen regional binden - das sind vordringliche landespolitische Ziele. Folgerichtig bieten wir mit unseren Förderprodukten besonders gute Ansätze, damit sich möglichst viele Interessenten ein eigenes Haus bauen oder kaufen und sich familiengerechten Wohnraum schaffen können. Das gilt speziell auch dann, wenn Wohneigentum der Altersvorsorge dient oder wenn generationsübergreifend barrierefreier Wohnraum entsteht.

Die Investitionsbank hat im Berichtsjahr - ergänzend zu den Wohnungsbaukrediten der Hausbanken oder Bausparkassen - wiederum wichtige Finanzierungsbausteine angeboten, damit der Traum von den eigenen vier Wänden erschwingliche Realität werden konnte.

#### Wohneigentumsprogramm des Landes für junge Familien

**0,99 %** - diese Zahl steht seit fast drei Jahren unverändert gleichbedeutend für das IB-Förderdarlehen. Das Land Sachsen-Anhalt und die Investitionsbank unterstützen in den 44 Städten und Gemeinden, die am "Stadtumbau Ost" beteiligt sind, jedes in Frage kommende Projekt, durch das Wohneigentum entsteht. Wer in den betreffenden Kommunen ein selbst genutztes Haus neu baut oder kauft, kann einen Teil der Darlehenssumme (max. 65.000 Euro) über die Investitionsbank Sachsen-Anhalt finanzieren. Dieses nachrangige Baudarlehen, dessen Zins innerhalb der ersten fünf Jahre durch das Land auf besagte **0,99 %** verbilligt wird, richtet sich besonders an einkommensschwächere Haushalte. Familien mit Kindern erhalten weitere Vergünstigungen: In diesen fünf Jahren wird jährlich ein Zuschuss von 800 Euro pro Kind gewährt. Kommt im Förderzeitraum (innerhalb dieser fünf Jahre) ein

weiteres Kind zur Welt, erhält der Darlehensnehmer einen so genannten "Baby-Bonus", der den rückzahlbaren Darlehensbetrag um 5.000 Euro verringert. Kinderzuschüsse und "Baby-Bonus" runden so die Förderung ab. Dies schafft zusätzlichen Spielraum und hilft, die finanzielle Doppelbelastung abzufedern, wenn Nachwuchs betreut und zugleich der Hausbau organisiert werden muss. Es ist erfreulich, dass die Nachfrage nach dem Wohneigentumsprogramm des Landes unverändert anhielt und wir das im Berichtsjahr verfügbare Kontingent mit 204 Bewilligungen restlos ausschöpfen konnten.

#### **IB-KfW-Wohneigentumsprogramm**

Lag das Wunschgrundstück nicht in einem der 51 ausgewählten Fördergebiete, insbesondere in den "Stadtumbau Ost"-Gebieten, nutzten wiederum zahlreiche Bauherren oder Käufer zinsgünstige Programme der KfW Förderbank, um sich ihr Wohneigentum zu schaffen, zu erwerben oder zu modernisieren. Diese Angebote waren und sind unabhängig vom Einkommen, unterliegen keinen regionalen (standortbedingten) Einschränkungen und können auch von Einzelpersonen-Haushalten beansprucht werden. Mit unserem IB-KfW-Wohneigentumsprogramm haben wir den ohnehin günstigen KfW-Zins nochmals verbilligt. Auch bei diesem Produkt registrierten wir eine ungebrochen gute Nachfrage. Insgesamt freuten sich 178 Bauherren über die Förderzusagen.

#### **Gesunde Städte - zufriedene Menschen**

Schrumpfende Städte, sinkende Bevölkerungszahlen und leer stehende Wohnhäuser zwangen bereits vor Jahren zum Handeln. Veränderungen

waren ebenso nötig wie einheitliche Rahmenbedingungen für den Stadtumbau. Die zusammengefassten Schlussfolgerungen mündeten in das Bund-Länder-Programm "Stadtumbau-Ost". Leer stehende Wohnungen mit einhergehendem Verfall der Gebäude belasten noch manches Stadtbild, ebenso Anwohner und Besucher sowie zunehmend auch die Eigentümer solcher Problembauten.

Insbesondere die auf vielen Gebäuden lastenden Altschulden bereiteten vor allem den kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen häufig finanzielle Probleme. Im Jahr 2000 wurde daher der § 6a zum Altschuldenhilfegesetz geschaffen, mit dessen Hilfe sich die Unternehmen unter bestimmten Bedingungen durch Abriss der entsprechenden Wohnungen von den darauf liegenden Altschulden befreien können. Voraussetzung hierfür ist ein mindestens ebenso hoher Landesbeitrag, der durch unser Haus ermittelt und bestätigt wird.

Im Zusammenhang mit diesem immer noch aktuellen Thema erteilten wir 37 Bestätigungen, mit denen dazu beigetragen werden konnte, die vorgelegten Sanierungskonzepte umzusetzen.

Als zusätzliche Hilfe für Wohnungsbaugesellschaften, -genossenschaften sowie private Eigentümer gewährt das Land Zuschüsse zum Abriss. Mit deren Hilfe konnten im Berichtsjahr 273 Auszahlungen vorgenommen und rund 8 460 nicht mehr erforderliche Wohnungen vom Markt genommen werden.

Die Investitionsbank finanziert die mehrjährigen Zuschüsse des Landes vor und bietet Eigentümern zeitnah eine finanzielle Basis. Das verstärkt den Effekt der Fördermittel und beschleunigt den Umbauprozess. Damit verbundene günstige

Immobilienförderung	Zusagen	Fördervolumen in Mio. Euro	geförderte Wohnungen
Wohneigentumsprogramm	204	3,99	204
Energetische Sanierung	302	2,03	783
Altschuldenhilfeentlastung	4	0,40	0
Dauerbürgschaften	10	1,22	52
Übergangsbürgschaften	6	0,62	6
Darlehen der IB 2007	Zusagen	Darlehensvolumen in Mio. Euro	geförderte Wohnungen
IB-Förderdarlehen	204	12,64	204
IB-KfW-Wohnungsbauprogramm	178	6,92	178
	Auszahlungen	Auszahlungsvolumen in Mio. Euro	abgerissene Wohnungen
Stadtumbau Abriss	273	28,18	8 456
Altschuldenentlastung	Bestätigung der Landesbeiträge 37		

Konditionen und unbürokratische Verfahren haben dafür gesorgt, dass nahezu alle Fördermittelempfänger von dieser Sofortauszahlung Gebrauch machen.

Mit dem Abriss von Wohnungen allein gewinnen Wohn- und Siedlungsgebiete nicht automatisch eine höhere Anziehungskraft. Bereits im Jahr 2007 verschob sich der Schwerpunkt der Stadtumbaumittel hin zu Aufwertungsmaßnahmen. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch verstärken.

Es ist beeindruckend, was sich seither alles getan hat. Wir haben als Förderbank dazu beitragen, den Weg für moderne Wohn- und Siedlungsbereiche zu ebnen. Viele weitere Maßnahmen halfen, Wohnquartiere schöner zu machen. Dächer wurden neu gedeckt, Fassaden, Straßen, Wege und Flächen gestaltet. Unansehnliche Wohn- und Lebensbereiche verschwanden - kurzum: die Städte Sachsen-Anhalts sind wieder anziehender geworden, lebenswerter, offener und freundlicher, auch wenn noch so manches zu tun bleibt.

#### Die Neuen:

##### Energetische Sanierung

Der Klimawandel bleibt ein zentrales gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Thema. Parteiübergreifend herrscht seltene Einigkeit und Klarheit über den unausweichlichen Zwang, den alltäglichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch zu verringern - von der Großindustrie bis zum "Otto Normalverbraucher". Das Land Sachsen-Anhalt und die Investitionsbank arbeiten in diesem Bereich eng zusammen und fördern den Einsatz regenerativer Energien im Wohnungsbau. Der Austausch konventioneller Heizanlagen gegen innovative und saubere Heiztechniken oder der Ersteinbau solcher modernen, zeitgemäßen Heizquellen in neu geschaffenem, selbst genutztem Wohneigentum stehen hier im Fokus der Förderung.

Im Jahr 2007 führte das Land Sachsen-Anhalt eigens einen "Öko-Bonus" ein, der beim Einbau umweltfreundlicher Heizungsanlagen, die auf der Nutzung erneuerbarer Energien (solarthermische Anlagen, Wärmepumpen-, Biomasse- und Erdwärmeanlagen oder Blockheizkraftwerke) basieren, angewendet wird. Der nicht

“Von seiner Grundidee her sollte das Programm ‘Stadtumbau Ost’ über das Jahr 2009 hinaus unbedingt fortgeführt werden. Das Problem des strukturellen Wohnungsleerstandes ist noch längst nicht abschließend gelöst. Im Interesse einer strategisch angelegten Stadtentwicklung muss dabei das Prinzip gelten: Abriss von außen nach innen und Aufwertung von innen nach außen.”

Dr. Karl-Heinz Daehre



Der Minister für Landesentwicklung und Verkehr, Dr. Karl-Heinz Daehre (Mitte) im Gespräch mit dem Sprecher der Geschäftsleitung der Investitionsbank Manfred Maas (links) und dem Geschäftsführer der SALEG, Rüdiger Schulz.

rückzahlbare einmalige Zuschuss in Höhe von bis zu 5.000 Euro pro Wohnung im selbst genutzten Wohneigentum ist an eine Einkommensgrenze geknüpft, unterliegt jedoch keinerlei regionalen Beschränkungen.

Wer sein Wohneigentum - selbst genutzt oder vermietet - rundum energetisch sanieren möchte und dazu entsprechend zweckbestimmte Darlehen der KfW Förderbank in Anspruch nimmt, spart im Ergebnis nicht nur jede Menge Nebenkosten, sondern hilft auch der Umwelt. Er erhält hierfür einen Zuschuss in Höhe von zehn Prozent der Darlehenssumme, maximal bis zu 5.000 Euro je Wohnung.

Ein extrem schlankes Antragsverfahren sorgt für schnelle Entscheidungen. Im Berichtsjahr konnten 302 Förderungen mit einem Gesamtvolumen von rund zwei Millionen Euro ausgesprochen werden.

#### **Fördermittelwettbewerb**

Das Land hat ebenfalls neue Wege beschritten, indem es den ersten Fördermittelwettbewerb im Wohnungsbau ausgelobt hat. Nicht mehr die Reihenfolge der Antragstellung soll über die Vergabe der Fördermittel entscheiden, sondern städtebauliche Aspekte und der Innovationsgehalt des Bauprojektes.

Der Wettbewerb steht insbesondere unter dem Zeichen des generationsübergreifenden, sowohl familien- als auch altersgerechten Wohnens. Barrierefreiheit ist ebenso Voraussetzung wie eine beispielhafte Gebäudeenergieeffizienz. Neben rein funktionalen Merkmalen und Effekten sind vor allem nachahmenswerte städtebauliche architektonische Lösungen gefragt.

In einem ersten Durchlauf wurden in der Investitionsbank 68 Projekte im Ausschreibungszeitraum eingereicht und von einer Jury auf Herz und Nieren geprüft. 16 Bewerbungen in Halle, Zerbst, Halberstadt, Magdeburg, Gardelegen, Bitterfeld, Stendal, Sangerhausen, Jessen, Merseburg, Quedlinburg und Burg wurden schließlich ausgewählt und können sich über Zuwendungen von insgesamt rund 11 Millionen Euro freuen.

Alles in allem umfassen die ausgewählten Projekte ein geplantes Gesamtinvestitionsvolumen von rund 49 Millionen Euro. Es sollen fast 500 Wohnungen neu entstehen oder saniert werden. Sowohl die große Bewerberzahl als auch die Qualität der vorgelegten Projekte haben die Jury angenehm überrascht und die geplante Neuauflage des Wettbewerbs - Abgabeschluss 31. März 2008 - bestätigt.

# IB – Projektpartner 2007

Wirtschaftsförderung	44
Mittelstandsförderung	50
Technologie- und Innovationsförderung	54
Immobilienförderung	56
Agrarförderung	58
Medienförderung	60

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	Wirtschaftsförderung
	<b>Partner:</b>	Sachsen-Anhalt Automotive e.V.
	<b>Produkt:</b>	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur - wirtschaftsnahe Infrastruktur"
	<b>Vorhaben:</b>	Stärkung der sachsen-anhaltinischen Zulieferer durch vernetztes, überregionales Agieren - Clustermanagement

“In nur zehn Jahren haben sich die Automobilzulieferer in Sachsen-Anhalt zu einem hoch innovativen Industriezweig entwickelt. Rund 250 Unternehmen mit fast 18 000 Beschäftigten arbeiten für fast alle europäischen Automobilhersteller. Das hat die Branche natürlich in erster Linie ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zu verdanken. Netzwerke wie MAHREG allerdings befördern und beschleunigen solche Entwicklungen - sie sind Motor.”

Was bedeutet eigentlich MAHREG? Wie oft er diese Frage in den vergangenen Jahren gehört hat, weiß Dr. Jürgen Ude nicht genau. “Mit Sicherheit mehr als 100-mal. Und immer gebe ich die gleiche Antwort”, sagt er. MAHREG - das ist ein Netzwerk, in dem mittelständische Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen zusammenarbeiten. Inhaltlich dreht sich alles um das Thema Automobil, speziell um die Zulieferindustrie. Die Abkürzung steht für Magdeburg-Anhalt/Altmark-Harz-Region. Träger des Netzwerks ist der Sachsen-Anhalt Automotive e.V., den der promovierte Werkstoffwissenschaftler und sechs weitere Männer im Jahr 1999 gegründet haben und dessen Vorstandsvorsitzender Ude ist. “Unser Ziel war immer,

Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzubringen, um den Informationsaustausch und Wissenstransfer zu befördern.” Und heute, fast zehn Jahre später? “Haben wir viel erreicht. MAHREG ist zur Marke geworden, die in Fachkreisen weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist.” Im Bündnis engagieren sich mehr als 170 Partner und damit der Großteil aller sachsen-anhaltischen Zulieferer. Kleine und große Fertiger arbeiten mit Forschern und Dienstleistern zusammen. Gemeinsam wollen sie mit Werkstoff-, Verfahrens- und Produktentwicklungen die hohen Anforderungen der Automobilhersteller realisieren und so dem wachsenden Druck des globalen Marktes dauerhaft standhalten. “Im Kern geht es



14 Unternehmen und Partner aus dem MAHREG-Verbund forschen und entwickeln im innovativen Wachstumskern AL-CAST mit dem Ziel, den weltbesten Aluminiumguss in der Harzregion herzustellen.



Dr. Jürgen Ude ist Vorstandsvorsitzender von MAHREG, einem Netzwerk der Automobilzulieferer Sachsen-Anhalts.

bei allen Verbundprojekten darum, das Automobil leichter, sicherer, sparsamer und schneller zu machen“, erklärt Ude. Indem MAHREG die Zukunftsaufgaben der Automobilindustrie aufgreife, leiste es einen Beitrag zu nachhaltiger Mobilität.

Gleichzeitig ist das Netzwerk eine Art Motor für die Zulieferindustrie in Sachsen-Anhalt. Kleine und mittlere Unternehmen hätten oft nicht die Kraft für eigene Forschungs- und Entwicklungsprojekte, müssten aber schnell und flexibel auf die Trends der Industrie reagieren, um Marktpositionen zu erobern oder zu halten. In diesen Fällen bietet sich MAHREG als Vermittler an. “Wir bringen gezielt Unternehmen mit Hochschulen oder ingenieurtechnischen Dienstleistern zusammen, damit sie gemeinsam etwas schaffen, was allein nie möglich gewesen wäre.“ Ein besonderes Beispiel hierfür ist der durch das BMBF-geförderte innovative regionale Wachstumskern AL-CAST. 14 Unternehmen und Partner aus dem MAHREG-Verbund forschen und entwickeln hier mit dem Ziel, den weltbesten Aluminiumguss in der Harzregion herzustellen. Inzwischen haben die Netzwerker die Themenführerschaft “Aluminiumtechnologie“ im Automotive Cluster Ostdeutschland inne. Hier

arbeiten alle in den fünf neuen Bundesländern aktiven Automobilhersteller mit Zulieferern, Dienstleistern, Forschungsinstituten und Verbänden zusammen.

“Ein Netzwerk wie MAHREG entsteht nicht von heute auf morgen“, sagt Ude. Richtig Fahrt aufgenommen habe das Bündnis im Jahr 2000 mit der Förderzusage im Rahmen des Wettbewerbs InnoRegio. Zehn Millionen Euro stellte das Bundesforschungsministerium zur Verfügung - bis 2006. Mehr als 50 Projekte wurden abgeschlossen. Von 2007 bis 2009 sichern Land und Bund finanzielle Unterstützung für gemeinsame Projekte von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung zu.

“Die Finanzierung des Aufbaus eines Clustermanagements mit weiteren Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe war dringend notwendig und richtig“, konstatiert der MAHREG-Chef. Die Förderung für Kommunikation, Marketing, das Anstoßen von Kooperationen und die dazugehörige Koordinierung versetze das Bündnis in die Lage, seine erfolgreiche Arbeit auf neuem Niveau fortzuführen. “Erneut eine Riesenchance für die Zulieferindustrie in Sachsen-Anhalt!“

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	Wirtschaftsförderung
	<b>Partner:</b>	Eldisy GmbH
	<b>Produkt:</b>	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
	<b>Vorhaben:</b>	Erweiterung der Betriebsstätte durch Errichtung eines neuen Gebäudes, Anschaffung neuer Maschinen und Einrichtungen sowie geringwertiger und immaterieller Wirtschaftsgüter. 236 Dauerarbeitsplätze wurden gesichert und mehr als 36 neu geschaffen.

“Die Automobilindustrie ist ein wichtiger Pfeiler der deutschen Wirtschaft. Wir müssen jedoch anerkennen, dass Wachstum in vielen Fällen nur über das Ausland generiert wird. Gerade Mittelständler wie uns stellt die Globalisierung vor große Herausforderungen. Nur wer sich den Kundenwünschen stellt, ist wettbewerbsfähig. Wir sind mit offenen Augen und Ohren am Markt, um langfristig erfolgreich zu sein.”

Dass Joachim Kahl einmal unternehmerische Verantwortung übernehmen würde, war eigentlich schon immer klar. Seine Eltern hatten einen kleinen Kunststoff verarbeitenden Betrieb im Stuttgarter Raum, der unter anderem auch für die Automobilindustrie arbeitete. “Die Firma zu übernehmen, das war für meinen Bruder und mich immer schon eine sehr wahrscheinliche Option”, erzählt er. Um Erfahrungen zu sammeln, zog es ihn allerdings erst einmal hinaus. Die Lehrzeit absolvierte er bei einem großen Automobilisten in Stuttgart, dann das Maschinenbaustudium mit Schwerpunkt

Kunststofftechnik.

Wie für jeden Absolventen stellte sich eines Tages auch für Kahl die Frage nach der Zukunft. Sollten sein Bruder und er es wagen, den über Jahrzehnte erfolgreich laufenden elterlichen Betrieb zu verändern? “Wir hatten uns in den Kopf gesetzt, Direktlieferant der Automobilhersteller zu werden und bauten unsere Kontakte nach und nach aus.” Nach relativ kurzer Zeit dann der Paukenschlag: Ein Generalauftrag von Volkswagen, Türdichtungssysteme für das neue Modell “Touran” zu entwickeln und zu produzieren.



Moderne Fertigungstechnologien und engagierte Mitarbeiter sind für den wirtschaftlichen Erfolg der Eldisy GmbH entscheidende Faktoren, um mit der Entwicklung des Marktes langfristig Schritt zu halten.



Joachim Kahl setzt auf Qualität und Wachstum. Sein Motto: Erfolg ist kein Zufall!

“Eine Sache stand da allerdings noch im Raum“, so der 36-Jährige. “Wir brauchten einen Produktionsstandort in der Nähe von Wolfsburg.“ Weil sowohl die Lage als auch die guten Ansiedlungsbedingungen die Brüder überzeugten, kamen sie nach Gardelegen im Norden Sachsen-Anhalts und gründeten die Eldisy GmbH. Den Betrieb der Eltern integrierten sie in das neue Unternehmen.

“2002 haben wir die Produktion von Elastomerprofilen hochgefahren“, sagt Kahl. Damals noch mit einer Handvoll Mitarbeitern. Heute sind es bereits mehr als 250, die die verschiedensten Gummi- und Kunststoffteile für fast alle deutschen Automobilhersteller fertigen: Türdichtungen, Heckklappendichtungen, Dichtungen für Mittelkonsolen und seit neuestem auch Fensterführungen. Entwicklung und Vertrieb finden am süddeutschen Standort statt. Lässt er die vergangenen Jahre Revue passieren, ist der gebürtige Schwabe schon ein wenig überrascht. “Natürlich hatten wir uns Wachstumsziele gesetzt“, sagt er. “Wir wollten einer der etablierten Zulieferer in der Dichtungswelt werden. Dass

es jedoch so schnell gehen würde, damit haben wir nicht gerechnet.“

Die rasante Entwicklung ist das Ergebnis strategischer Unternehmensführung. Fast jedes Jahr macht Eldisy einen Schritt vorwärts, hat inzwischen sogar eine Niederlassung in der Slowakei. Mit dem zweiten Bauabschnitt, 2005 fertig gestellt, hat das Unternehmen ein weiteres Standbein weiter ausgebaut: den Thermoplastspritzguss. Hier werden unter anderem Wasserfangleisten produziert.

Mittlerweile steht schon die vierte Extrusionslinie, die mit weiteren neun Spritzmaschinen und drei Sonderstananlagen Fensterführungen für verschiedene VW-Modelle fertigt. Im Zuge dieser Erweiterung sollen insgesamt circa 40 neue Mitarbeiter eingestellt werden. “Die größte Herausforderung der nächsten Jahre ist, bei weiterhin starkem Wachstum, den hohen Qualitätsstandard zu halten“, gesteht der freundliche Unternehmer. Einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil hat sein Betrieb jedenfalls: einen ehrgeizigen Chef mit noch ehrgeizigerem Motto “Erfolg ist kein Zufall!“.

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	Wirtschaftsförderung
	<b>Partner:</b>	Malibu GmbH & Co. KG
	<b>Produkt:</b>	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
	<b>Vorhaben:</b>	Errichtung einer Betriebsstätte zur Herstellung von Photovoltaik-Dünnschichtmodulen und Schaffung von insgesamt 85 Dauerarbeitsplätzen am Standort Osterweddingen

"Zukünftig sollen auch Gebäude einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Schließlich verbrauchen sie mehr als 30 Prozent der gesamten Energie - allein in Deutschland. Maßnahmen zur Energieeinsparung in Kombination mit klimaneutraler Sonnenenergie tragen erheblich dazu bei, den Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Ausstoß nachhaltig zu senken."

Ein Haus, das seinen Strom durch Fenster, Dach und Fassade direkt aus dem Sonnenlicht erzeugt - ein faszinierender Gedanke. Die notwendigen Module dazu kommen demnächst aus Sachsen-Anhalt.

Schüco, Spezialist für die Integration von Photovoltaik in modernste Metall-Glas-Fassaden, und die Düsseldorfer E.ON AG, wollen gemeinsam die Nutzung des Sonnenstroms künftig wirtschaftlicher machen. Die dazu gegründete Gesellschaft Malibu GmbH & Co.

KG wird die besonders aussichtsreiche Dünnschichttechnologie weiter vorantreiben, sodass sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei der Integration von Dünnschichtmodulen in die Fassade eines Hauses entscheidend verbessert. Schüco und E.ON sehen ein großes Potential bei Büro- und Verwaltungsgebäuden, die über zahlreiche Flächen verfügen, die für Photovoltaik genutzt werden können. Malibu wird diese effizienteren Dünnschichtmodule selbst weiter entwickeln und herstellen.



Solche Dünnschichtmodule (Foto li.) sollen nach der Fertigstellung der Produktionsstätte in Osterweddingen (Ansicht re.) noch in diesem Jahr produziert werden.



Die beiden Geschäftsführer der Malibu GmbH & CO. KG Konrad Kaiser und Dr. Markus Ewert mit Produktionsleiter Norbert Atzler während der Grundsteinlegung für das neue Werk zur Solarmodulproduktion in Osterweddingen (v.l.n.r.).

“Die Kraft der Sonne so effizient wie möglich nutzen - das ist das Credo von E.ON als Partner in der Malibu-Solarstromproduktion. Wenn wir die Potenziale der innovativen Dünnschichttechnik konsequent ausnutzen, kann Solarstrom ein wichtiger Teil der Energieversorgung moderner Gebäude werden,” betont Dr. Markus Ewert, Geschäftsführer der Malibu GmbH & Co. KG.

Der Zeitplan des Vorhabens ist ehrgeizig: Mitte 2007 gegründet, gab es im Februar 2008 die Grundsteinlegung. Noch in diesem Jahr soll die Produktion in Osterweddingen/Sachsen-Anhalt beginnen. Das neue Werk entsteht derzeit auf einer Fläche von rund 100 000 Quadratmetern, dies entspricht rund 14 Fußballfeldern, und ist verkehrsgünstig an der Autobahn A14 gelegen. Applied Materials, weltweit führender Lieferant mit langjähriger Erfahrung, liefert die notwendige Produktionsanlage. Mit ihr wird es ab 2008 möglich sein, bis zu 5,7 m<sup>2</sup> große Dünnschicht-

Module mit einer Leistung von bis zu 460 Watt pro Modul zu bauen. Gerade diese Modulgröße eignet sich hervorragend für den Einsatz als Fassadenelement und verbessert damit die bereits heute starke Position von Schüco als Marktführer im Bereich der gebäudeintegrierten Photovoltaik (kurz: BIPV, Building Integrated Photovoltaik). Mit der Investition in Höhe von rund 100 Millionen Euro werden zugleich rund 150 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen.

“Die Dünnschichttechnologie hat das Potenzial, bei einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis fester Bestandteil der Gebäudefassade zu werden. Immer mehr Architekten beschäftigen sich mit den neuen ästhetischen Möglichkeiten, aber auch mit dem klimaneutralen Beitrag der Solarenergie. Ich bin sicher, dass Solaranlagen bereits in naher Zukunft zum natürlichen Erscheinungsbild eines Gebäudes gehören werden,” so Konrad Kaiser, Geschäftsführer der Malibu GmbH & Co. KG.

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	Mittelstandsförderung
	<b>Partner:</b>	Baugeschäft Stettin, Inhaber Andreas Hübe
	<b>Produkt:</b>	Gründerdarlehen
	<b>Vorhaben:</b>	Übernahme eines bestehenden Baugeschäfts mit dem Ziel der Weiterführung, Erwerb der Betriebs- und Geschäftsausstattung und des Warenlagers

“Unser Baubetrieb ist regional fest verankert. Unsere Mitarbeiter und nahezu alle Kunden und Partner stammen aus der unmittelbaren Umgebung. Auf diese Weise ist ein Vertrauensverhältnis gewachsen, das uns stark macht. Wir freuen uns auf die Zukunft.”

Unternehmer zu werden, das war im Lebensplan von Andreas Hübe eigentlich nicht vorgesehen. Nach der Schule hatte der heute 33-Jährige den klassischen Weg eingeschlagen: Handwerkerlehre, dann die erste Anstellung. Recht bald führte ihn der Weg in den Westen, der Liebe hinterher. Als das erste Kind unterwegs war, kamen die Hübés zurück in ihre Heimat, einer 250-Seelen-Gemeinde bei Genthin.  
 “Ich fand Arbeit im Baugeschäft Stettin, einem kleinen Betrieb im Nachbardorf”, sagt der sym-

pathische junge Mann. “Werner Stettin, der damalige Inhaber, sprach immer wieder davon, dass er einen Nachfolger suche und ob nicht jemand aus der Belegschaft den ‘Laden’ übernehmen wolle. Allerdings konnte sich niemand so recht mit dem Gedanken anfreunden”, erzählt er. Mit der Zeit wichen die Zweifel. Als Andreas Hübe, damals im siebenten Jahr angestellt, winterbedingt frei hatte, fand er Zeit zum Nachdenken. “Ich fragte mich, was werden würde, wenn mein Chef in den Ruhestand geht und die Firma schließt”, blickt er zurück. Ein



Die Auftragslage ist gut, die nächsten Monate sind fast ausgebucht. Jetzt kommt es für Andreas Hübe und sein Team darauf an, qualitäts- und termingerechte Arbeit zu leisten.



Gründer Andreas Hübe hat den Schritt vom Kollegen zum Chef und Inhaber gemeistert. Seine Mitarbeiter vertrauen ihm und setzen auf ihn.

neuer Job in einer neuen Gegend, Frau und Kinder nur am Wochenende sehen, Hobbys aufgeben? Das alles wollte er nicht. "Werner Stettin hatte die Firmenübernahme oft genug angeboten, jetzt war sie ernsthaft ein Thema für mich, eine echte Alternative."

Andreas Hübe entschloss sich, das am Markt etablierte Baugeschäft Stettin fortzuführen. "Ich kannte die Kollegen, die Kunden, das Kerngeschäft", erzählt er. Gute Voraussetzungen für einen Gründer. Was fehlte, war das finanzielle Polster, um die Betriebs- und Geschäftsausstattung wie Bagger, Transporter, Werkzeuge und das Warenlager seines Vorgängers abzulösen. Hier half das Gründerdarlehen der Investitionsbank. Daneben begann er mit der Meisterschule im Maurer- und Betonhandwerk. Doch wie geht der junge Mann damit um, über Nacht vom Kollegen und

Kumpel zum Inhaber und Chef aufgestiegen zu sein? "Immer locker bleiben", so seine Devise. Der freundliche Unternehmer von nebenan zu sein, diese Rolle scheint dem angehenden Meister plötzlich wie auf den Leib geschneidert. Der Schritt in die Selbstständigkeit hat ihn vorangebracht - beruflich und menschlich. Kunden sind in erster Linie Auftraggeber aus der Region: landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksfirmen oder Privatpersonen. Die Zahlungsmoral sei gut, ebenso die Aussicht. "Dort an der Wand hängt mein Auftragsplan", sagt er und zeigt auf eine Tafel. "Sie sehen, die nächsten Monate sind wir so gut wie ausgebucht." Hier einen Melkstand, dort einen Rinderstall, dann eine Fassade in einem Magdeburger Wohnviertel - die acht Angestellten haben gut zu tun. Langfristig will Andreas Hübe noch zwei weitere Mitarbeiter einstellen. "Wir wollen langsam wachsen, dafür aber solide." Wieder ein guter Plan.

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	Mittelstandsförderung
	<b>Partner:</b>	PREUSS Blechbearbeitung GmbH
	<b>Produkt:</b>	Mittelstands- und Technologiedarlehen
	<b>Vorhaben:</b>	Auftragsvorfinanzierung

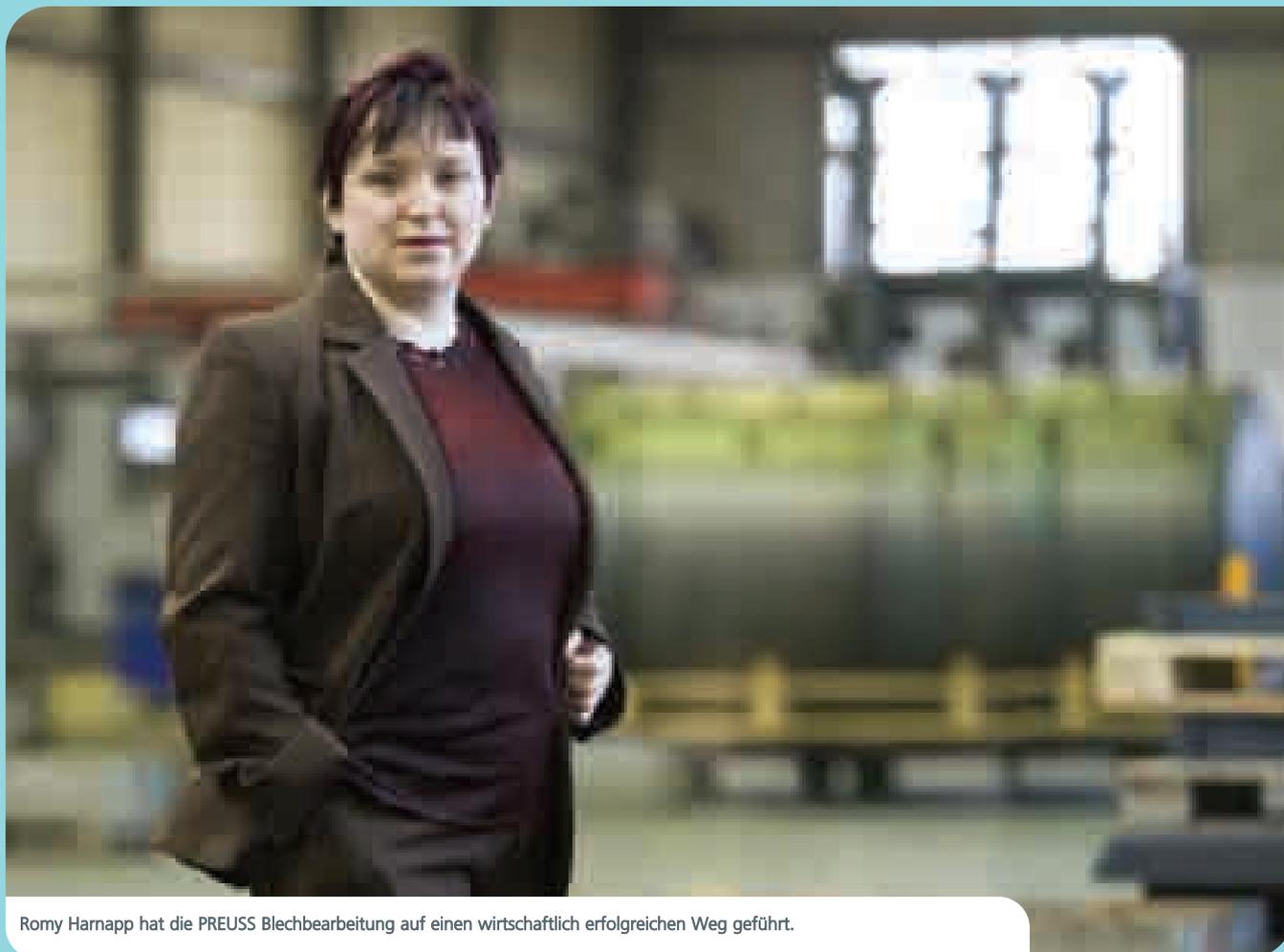
“Unsere Strategie ist darauf gerichtet, die Palette und Fertigungstiefe der bisherigen Angebote langsam, aber stetig auszubauen. Nur so können wir langfristig unsere Marktposition sichern und weiter wachsen.”

Wer freitags einen Termin bei der PREUSS Blechbearbeitung GmbH in Linda hat, muss ein wenig Geduld mitbringen. Über die schmale Zufahrtsstraße schlängeln sich dutzende LKW in den kleinen Ort bei Jessen. “Wir erhalten fast jeden Freitag mehrere Lieferungen Blech”, sagt Geschäftsführerin Romy Harnapp. “In manchen Wochen bearbeiten wir 100 Tonnen.” Laserschneiden, Abkanten, Stanzen, Nibbeln, Schweißen und Schleifen von Stahl, Edelstahl und Aluminium - die junge Frau geht mit den Worten um, als hätte sie nie etwas anderes gehört. “Dabei komme ich eigentlich aus dem kaufmännischen Bereich”, sagt sie und macht Lust, die ganze Geschichte zu erfahren. “Ich kam 2001 als Buchhalterin hierher”, erzählt die heute 32-Jährige. “Es waren spannende Zeiten, denn fast alle

Finanzierungs- und Investitionsfragen landeten auf meinem Tisch.” Offenbar hat sie hier der Ehrgeiz gepackt, denn als vier Jahre später die schwierige Suche nach einem Nachfolger anstand, war sie zur Stelle. “Jemand musste die Verantwortung übernehmen, es ging ja schließlich um 250 Arbeitsplätze.” Romy Harnapp kaufte Teile des Unternehmens, übernahm 35 Mitarbeiter. Die übrigen Angestellten wanderten - ebenfalls im Zuge eines Management-Buy-Outs - in die PREUSS Metallverarbeitung GmbH, die so 200 Jobs sicherte. “Wir haben die Firmenübergabe in sechs Monaten durchgezogen”, sagt sie. “Normal” seien drei Jahre. Romy Harnapp ist zielstrebig. Was sie sich vorgenommen hat, geht sie an. Wachstum gehört dazu. 5,8 Millionen Euro



PREUSS Blechbearbeitung GmbH hat kräftig investiert und ist in der Lage, auf den wachsenden und zugleich individuellen Bedarf der Kunden aus dem Maschinen- und Anlagenbau sowie der Heizungsindustrie zu reagieren.



Romy Harnapp hat die PREUSS Blechbearbeitung auf einen wirtschaftlich erfolgreichen Weg geführt.

Umsatz hat die PREUSS Blechbearbeitung 2007 erzielt. Rund 16 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Zudem sind zehn neue Mitarbeiter hinzugekommen. Der wirtschaftliche Aufschwung im Anlagenbau habe zu der Entwicklung beigetragen. Vor allem die Stammkunden hätten ihr Auftragsvolumen deutlich erhöht. "Wir hatten teilweise so viele Anfragen auf dem Tisch, dass wir Absagen erteilen mussten. Das tut weh." Um flexibler reagieren zu können, hat die PREUSS Blechbearbeitung 2007 eine kombinierte Maschine zum Laserschneiden, Stanzen und Nibbeln in Betrieb genommen, die neue Kapazitäten schafft. Bei der Vorfinanzierung sich daraus ergebender Aufträge half das Mittelstands- und Technologiedarlehen. Zu den Kunden der Metallbearbeiter gehören in erster Linie mittelständische Maschinen- und Anlagenbauer, aber auch die Heizungs-

industrie. Gerade hier sieht Romy Harnapp jede Menge Potenzial für ihr Unternehmen. "Wir haben gerade einen Vertrag für die Produktion von 2000 Pufferspeicherkesseln unterzeichnet." Um den Auftrag effektiv abwickeln zu können, hat sich die Geschäftsführerin zu einer weiteren Investition entschlossen: Ein Schweißroboter, der Teile bis zu einer Länge von drei Metern bearbeiten kann. Sechs neue Mitarbeiter sollen hierfür eingestellt und im Zweischichtbetrieb eingesetzt werden. "Fachkräftemangel? Das ist ein Thema", gesteht sie. "Unser Einzugsbereich wird immer größer."

Für den eigenen Nachwuchs hat Romy Harnapp übrigens schon gesorgt. "Am Nachmittag bin ich für meine beiden Kinder da. Wenn die Kleinen im Bett sind, geht's zurück an den Schreibtisch."

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	Technologie- und Innovationsförderung
	<b>Partner:</b>	HARDTOP Gießereitechnologie GmbH
	<b>Produkt:</b>	Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung
	<b>Vorhaben:</b>	Entwicklung eines Verfahrens zur Herstellung von pulvermetallurgischen Beschichtungswerkstoffen auf Aluminiumbasis

“Ergebnisse aus den Universitätslaboren erfolgreich in die Praxis zu überführen und zur Marktreife weiterzuentwickeln ist eine Herausforderung, aber zugleich eine Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Nur durch Innovationen können wir dem Wettbewerb des globalen Marktes standhalten.”

Es gibt Momente im Leben, da ist die Zeit reif für etwas Neues. Dr. Armin Ibleib hat sie erlebt. Ein Viertel Jahrhundert stand er im Dienste der Universität Magdeburg, war in Forschung und Lehre in der Gießereitechnologie tätig. Vor zehn Jahren, 1998, verabschiedete sich Ibleib aus dem Hochschuldienst, um einen neuen Weg einzuschlagen: Er machte sich selbstständig, gründete die HARDTOP Gießereitechnologie GmbH. “Nach vielen Jahren Grundlagenforschung auf einem speziellen Gebiet wollte ich die Ergebnisse auch einmal so weiterführen, dass man sie in der Praxis wiederfindet”, beschreibt er seine Motivation für diesen Schritt. Thema der universitären Forschung war der sogenannte Bimetallguss. Lassen sich zwei verschiedene Werkstoffe während eines

Gießprozesses zusammenbringen, um innovative Gussteile mit völlig neuen Eigenschaften zu gewinnen? Es wäre ein Segen für so machen Industriezweig, der hoch verschleißfeste und zugleich schweißbare oder auch dynamisch beanspruchbare Bauteile benötigt. Ibleib und sein Arbeitskreis fanden die Lösung im Labormaßstab. Doch wie lässt sie sich in der industriellen Fertigung umsetzen?

Die Aussicht, eine neuartige Technologie zur Marktreife zu führen, weckte den Unternehmergeist des gestandenen Wissenschaftlers. Er trommelte ein Team von zehn Leuten zusammen, darunter Werkstoffwissenschaftler, Gießereitechniker, Konstrukteure und Maschinenbauer.



HARDTOP verbindet traditionelle Gießereitechnologie mit modernstem wissenschaftlichen Know-how. Zur Entwicklung weiterer innovativer Technologien erhielt das Unternehmerehepaar Ibleib einen Förderbescheid aus den Händen von Staatssekretär Detlef Schubert (re.) und Abteilungsleiter der Investitionsbank Martin Speckesser (li.).



Dr. Armin Ibleib wechselte vor zehn Jahren von der Universität in die unternehmerische Praxis. Er entwickelte mit seinem Team eigene Forschungsergebnisse bis zur Marktreife weiter.

Der Know-how-Transfer in die Praxis gelang. Zwei Jahre später stellte HARDTOP die ersten industriell einsatzfähigen bimetallicen Verschleißteile vor. "Typische Einsatzfelder sind z. B. Hämmer für Hammermühlen zum Zerkleinern von Steinen und anderen Mineralien, aber auch Applikationen bei Fahrzeugen oder bei Müll- und Erdverdichtern", erklärt Ibleib. Um seine Kunden weltweit zu bedienen, hat er Produktionsstätten in Polen und China sowie ein globales Vertriebsnetz von Agenturen in 22 Ländern auf sechs Kontinenten aufgebaut.

Mit wachsendem Erfolg in der Gießertechnologie reifte bei dem Unternehmer der Plan, ein zweites Standbein aufzubauen. "Wir haben 2003 eine eigene Pulverschmiedelinie in Harzgerode eröffnet. Hier stellen wir Schaltkontakte auf pulvermetallurgischer Basis her. Speziell geht es um das Nachverdichten von Vorformlingen aus Metallpulvergemischen zur Herstellung von speziellen Schaltkontakten für die Mittel- und Hochspannungstechnik. Dabei kommt es vor allem darauf an, hohe Enddichten zu erzielen", erklärt der 58-Jährige. Eine zweite mögliche Schiene ist die Herstellung von pulvermetallur-

gisch erzeugten Beschichtungskathoden. Weil der Bedarf an solchen Kathoden einer Marktstudie zufolge steigen soll, sich die dafür geeigneten Beschichtungswerkstoffe aber bislang nur sehr aufwändig herstellen lassen, arbeitet HARDTOP an einem neuen Fertigungsverfahren. Finanzielle Unterstützung erhält das Unternehmen im Rahmen der Technologie- und Innovationsförderung des Landes Sachsen-Anhalt. "Wir suchen ein Verfahren, das Teile mit Dichten größer als 99 Prozent erzeugt, bei dem keine Temperaturen größer als 450 °C notwendig sind und das einen hohen Materialausnutzungsgrad besitzt", so der promovierte Gießertechniker. Gelingt das, kann sein Unternehmen auch Kathoden in kleinen Stückzahlen und in nahezu unendlich verschiedenen Zusammensetzungen kostengünstig und in wesentlich schnellerem Produktionsdurchlauf herstellen - ein enormer Wettbewerbsvorteil! Ibleib ist zuversichtlich, dass sein Vorhaben zum Erfolg führt. Erste Tests seien vielversprechend - genau wie die Marktaussichten: Allein sein Hauptkunde prognostiziert einen jährlich steigenden Bedarf von 20 Prozent. "Und nicht nur der braucht zuverlässige Kathoden."

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	Immobilienförderung
	<b>Partner:</b>	Torsten und Sybille Hoke
	<b>Produkt:</b>	Wohneigentumsprogramm für Selbstnutzer
	<b>Vorhaben:</b>	Neubau eines selbst genutzten Eigenheimes in Magdeburg

“Nach 18 Jahren in Niedersachsen konnten wir uns anfangs nicht vorstellen, dem Leben dort den Rücken zu kehren. Doch die Vorstellung vom eigenen Haus in unserer Heimat, wo Familie und Freunde sind, war verlockend. Die Unterstützung der Investitionsbank hat unsere Entscheidung erleichtert. Wir sind glücklich, wieder in Magdeburg zu wohnen.”

Torsten und Sybille Hoke gehören schon seit 30 Jahren zusammen. Das ist eigentlich nichts besonderes, wäre da nicht der Fakt, dass die beiden erst 40 Jahre alt sind. “Wir waren schon ein Klassenpärchen”, sagt Torsten Hoke. “Sechs Kinder wollten wir immer haben.” Ob zu dem Traum von der großen Familie auch ein eigenes Häuschen mit Garten gehörte, bleibt offen.

Nach Schule und Studium zog es das junge Paar aus Magdeburg zunächst nach Niedersachsen aufs Land. Sie bezogen ein Haus zur Miete, bekamen drei Kinder. “Wir fühlten uns rundum wohl.” Auf die Idee, etwas zu verändern, kam der in Hannover arbeitende Kunsttherapeut mit seinem 40. Geburtstag. “An solchem Tag ordnet man sein Leben. Die Gedanken im Kopf kreisen bei

vielen Themen um die Frage: Jetzt oder nie.” Bei den Hokes ging es vor allem um eine Entscheidung: Sollten sie nach Sachsen-Anhalt zurückkehren und dort ein Haus bauen? Zur gleichen Zeit hörte der Finanzberater der Familie von den familienfreundlichen Konditionen der Investitionsbank - ein gutes Zeichen?

“Ich fand die Idee prima”, sagt die neunjährige Maude-Jolynn, die während der Ferien schon öfters bei Oma und Opa in Magdeburg zu Besuch war und die Stadt daher kannte. Ihr vier Jahre älterer Bruder Jonathan allerdings konnte sich nicht gleich mit dem Gedanken anfreunden, Wohnort und damit Schule zu wechseln. Was würde dann aus seinen Freundschaften werden? Ein glücklicher Umstand nahm der Familie schließlich die Entscheidung ab: Das vierte Kind kündigte



Für die Hokes war das familienfreundliche Angebot der Investitionsbank mit ein entscheidender Grund, die Zukunft neu zu planen und nach Magedburg heimzukehren.



Die Magdeburg-Heimkehrer Sybille und Torsten Hoke haben "vorgebaut", denn so ganz wollen sie nicht ausschließen, ob nach Jonathan (13), Maude-Jolynn (9), Bill (7) und Baby Amy-Rose noch weiterer Nachwuchs kommt.

sich an - der Familienrat beschloss Umzug und Hausbau, wenngleich nicht ganz einstimmig. "Es sollte ein Eigenheim in Magdeburg sein, damit wir den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder mit dem Fahrrad in die Innenstadt radeln können", erklärt der Familienvater.

Ein Umzug mit schulpflichtigen Kindern will gut vorbereitet sein, noch dazu, wenn es in ein anderes Bundesland geht. "Wir haben eine Probewoche in der neuen Schule durchgeführt", erzählt Maude-Jolynn. "Ich habe schon am ersten Tag eine Freundin gefunden." Das aufgeweckte Mädchen lernt gern in ihrer neuen Klasse, arbeitet außerdem in der Zirkus-AG und im Chor mit. Auch Bill, sieben Jahre alt, hat sich gut eingelebt. Allein der 13-Jährige Jonathan hat Heimweh. "Ich habe schon ganz oft mit meinen Freunden telefoniert", sagt er.

Momentan hat Familie Hoke mit der Jüngsten im Bunde alle Hände voll zu tun. Amy-Rose kam

noch in Hannover zur Welt, ist aber im Alter von acht Wochen Magdeburgerin geworden. "Wir wissen nicht, ob das unser letztes Kind ist", sagt Torsten Hoke und lacht. "Das haben wir nämlich schon oft genug gesagt - und immer kam es anders." Platz genug wäre jedenfalls: Drei Kinderzimmer und ein geräumiges Wohnzimmer mit heller Spielecke bieten genügend Raum zum Toben. Obendrein kann der Garten zur Spielfläche werden. Viel Zeit zur Gestaltung dürfte dem Familienvater allerdings nicht bleiben, denn von Montag bis Donnerstag pendelt er täglich nach Hannover. Langeweile im Zug? "Die wird wohl nicht aufkommen", ist sich Torsten Hoke sicher. "Ich nutze die Zeit zum Lesen und Musikhören, zuhause komme ich gar nicht dazu." Sybille Hoke, gelernte Floristin und Gartenbauingenieurin, freut sich besonders auf die verlängerten Wochenenden, an denen ihr Mann auch tagsüber daheim ist. Diese Zeit will sie nutzen und arbeiten - am liebsten kreativ und mit Kindern.

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	<b>Agrarförderung</b>
	<b>Partner:</b>	<b>Winzervereinigung Freyburg-Unstrut eG</b>
	<b>Produkt:</b>	<b>Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse</b>
	<b>Vorhaben:</b>	Umbau und weitere Modernisierung der kompletten Produktionskette von der Ernteannahme über die Verarbeitung bis zur Abfüllung und Etikettierung (2007)

“Seit mehr als 1000 Jahren werden an der Saale und Unstrut verschiedene Rebsorten kultiviert. Um diese Tradition aufrecht zu erhalten und damit die Zukunft der Weinbauern zu sichern, setzen wir auf Qualitätsmanagement. Die Fördermittel haben uns in die Lage versetzt, unsere hochgesteckten Qualitätsziele schneller zu erreichen.”

Im Wein ist Wahrheit. In vino veritas! Mit dem altgriechischen Sprichwort hat die Winzervereinigung Freyburg-Unstrut eG schon so manche Erfahrung gemacht. 2001 und 2002 beispielsweise, als die Winzer eine überragende Ernte einfuhren, sich der Wein allerdings schlecht verkaufte - aus Qualitätsgründen, wie Geschäftsführer Dr. Gerald Lange meint. “In solchen Situationen muss man der Wahrheit ins Gesicht sehen”, sagt er. Entweder man investiere und setze rigoros auf Qualität und Marketing, oder man erziele weiterhin unbefriedigende Ergebnisse. Handeln war gefragt.

Die Genossenschaftsmitglieder beschlossen, ein

Qualitätsmanagementsystem einzuführen. Doch wo ansetzen? “Idealerweise schon auf dem Weinberg. Unsere Region liegt im Regenschatten des Harzes. Die Trockenheit des Sommers bedeutet für die Pflanzen Stress. In der Folge produzieren sie Bitterstoffe - eine schlechte Basis für die Verarbeitung”, erklärt Geschäftsführer Lange. Nur, wer die Rebstöcke mit dem Sommerschnitt auslichtet und Trauben abschneidet, könne dem Problem begegnen. Die Mitglieder haben sich deshalb zu einer restriktiven Mengenbeschränkung bekannt. “Glauben Sie nicht, dass dies schon ausreicht”, sagt der promovierte Wirtschaftswissenschaftler. Die Qualitätskontrolle



Die Winzervereinigung Freyburg-Unstrut eG setzt die Tradition der Weinproduktion fort. In riesigen Holzfässern reift vor allem köstlicher Rotwein heran, dessen Qualität regelmäßig geprüft wird.



Geschäftsführer Dr. Gerald Lange zeigt sich sichtlich zufrieden mit der Entwicklung. In modernen Edelstahl tanks reift ein Großteil der Weißweines heran, der auf einer Rebfläche von 276 Hektar wächst.

auf dem Weinberg sei nur ein Schritt zum edlen Tropfen. Die Prozesse und Zeiträume zwischen Ernte und Verarbeitung seien entscheidend. "Es kommt auf Schnelligkeit und Hygiene an. Bei der Ernteannahme entscheidet sich, ob man einen guten oder ein schlechten Wein erhält." Das Ziel der Winzer war klar: Qualitätssteigerung. Der Weg dorthin hieß Modernisierung. Ein Großteil der Technik in der fast 75 Jahre alten Genossenschaft war veraltet - effektives Arbeiten war nahezu unmöglich. 2004 begann die Winzervereinigung mit dem Umbau in der Ernteannahme. Schritt für Schritt kaufte sie moderne Maschinen, sanierte Gebäude und Zufahrtsstraßen. Einen Großteil der Investitionen förderten Bund, Land und EU.

Gegenwärtig bewirtschaften rund 500 Mitglieder der Winzervereinigung 370 ha Rebflächen. Auf knapp 276 ha davon wächst Weißwein, auf 94 ha Rotwein. Ein Großteil der Reben reift in modernen Edelstahltanks, in denen der Most über eine computergestützte Kühlung schonender vergoren wird. "So können sich die Fruchtaromen besser entwickeln", sagt der 52-jährige. Mit Hilfe der von der Investitionsbank ausgereichten Fördermittel konnten die Freyburger 14 solcher

Edlestahltanks mit Kältetechnik ausrüsten - ein weiterer Schritt zu höherer Qualität. Dabei sei das Holzfass keineswegs aus der Mode gekommen, betont der geborene Winzer. In den vergangenen Jahren habe man deshalb den historischen Keller wieder in die Reifezeit der vorwiegend roten Tropfen integriert und neue Holzfässer aufgestellt. Für zwei dieser 4 000-Liter-Fässer erhielten die Freyburger ebenso wie für die Rotweinmaischetanks finanzielle Unterstützung im Rahmen der Agrarförderung. "Wir haben damit unsere Kapazitäten für die hochwertige Rotweinverarbeitung erhöht."

2,7 Millionen Liter brachten die Lesen der Jahrgänge 2006 und 2007 in die Tanks und Fässer der 30 Mitarbeiter beschäftigenden Winzervereinigung. Mithilfe einer modernen Abfüllanlage können bis zu 6 000 Flaschen pro Stunde gefüllt werden, fast dreimal so viele wie zuvor. Eine neue Etikettiermaschine klebt in Windeseile auf jede Flasche das passende Etikett. "Die Verbraucher legen Wert auf eine hochwertige Verpackung", weiß Lange. Und noch in einem Punkt ist sich der Weinkenner sicher. "Qualität ist das A und O. Die Gaumen der zahlreichen Kunden kann man nicht täuschen."

<b>Projekt</b>	<b>Bereich:</b>	Medienförderung
	<b>Partner:</b>	Mitteldeutsche Medienförderung GmbH (MDM)
	<b>Produkt:</b>	Medienförderung durch die Mitteldeutsche Medienförderung (MDM), Finanztechnische Umsetzung der Projekte durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt
	<b>Vorhaben:</b>	Spielfilm "Irina Palm"

"Im Mitteldeutschen Multimediazentrum in Halle finden wir Partner und Firmen, mit denen wir gemeinsam Projekte realisieren. Wir profitieren aber auch von Dienstleistern wie dem Tonstudio, mit denen wir Synergien auf höchstem technischen Niveau erzielen können."

Auf den ersten Blick, so scheint es, haben Karl Baumgartner und Thanassis Karathanos so gar nichts gemeinsam. Der eine ist Ende 50, gebürtiger Südtiroler und lebt in Frankfurt, der andere Anfang 40, Grieche und seit 18 Jahren in Berlin. Dass die Filmproduzenten dennoch geschäftlich zusammenfanden, haben sie ihrer gemeinsamen Leidenschaft zum Film zu verdanken.

"In der Filmbranche kennt fast jeder jeden, das heißt aber nicht, dass auch alle miteinander arbeiten können. Wir jedoch waren uns schnell einig, dass wir unsere filmischen Vorstellungen gemeinsam umsetzen wollten", erzählt Baumgartner. Im Jahr 2003 gründeten sie dafür

die Pallas Film GmbH mit Sitz in Halle (Saale). Bewusst wählten sie den Standort in Mitteldeutschland. "Die Mitteldeutsche Medienförderung ist sehr offen für Themen mit Bezug zu Osteuropa, ja geradezu ein Vorreiter auf diesem Gebiet", sagt der 59-Jährige. Keine Frage also, dass das erste Werk der Pallas Film GmbH eine deutsch-tschechische Koproduktion wird: "Die Jahreszeit des Glücks", eine Liebesgeschichte eines jungen Paares in einer kleinen tschechischen Industriestadt. In Tschechien gilt der Film als einer der erfolgreichsten der vergangenen Jahre. Er wurde mehrfach ausgezeichnet, gewann zum Beispiel bei den Internationalen Filmfesten in San Sebastian,



Der Spielfilm "Irina Palm", eine belgisch-deutsch-französisch-englische Koproduktion unter der Regie von Sam Garbarski feierte auf der Berlinale 2007 Premiere.



Karl Baumgartner (li.) und Thanassis Karathanos verbindet die gemeinsame Leidenschaft zum Film.

Montreal, Athen und Angers jeweils den Hauptpreis. Es sollte allerdings nicht der einzige Renner der Produzenten bleiben. Auf der Berlinale 2007 feierte "Irina Palm" Premiere, eine belgisch-deutsch-französisch-englische Koproduktion unter der Regie von Sam Garbarski. Und darum geht es: Die 50-jährige Maggie, gespielt von Marianne Faithfull, hat Sorgen. Sie braucht Geld für die medizinische Behandlung ihres Enkels und heuert deshalb im Rotlichtbezirk bei Sexclubbesitzer Micky an. Schon bald genießt sie in einschlägigen Kreisen einen legendären Ruf. Zu Hause, in ihrem Londoner Vorort überrascht die flotte Witwe die Freundinnen aus der Nachbarschaft mit ihrer neuen Karriere. Und schließlich bietet das Leben ihr sogar noch die Aussicht auf eine neue Liebe - an einem Ort, wo man sie am allerwenigsten vermutet...

"Als wir das Drehbuch lasen, waren wir sofort fasziniert. Wir stellten uns Schauplätze und Gesichter vor, hatten den Film praktisch schon vor Augen", sagt Baumgartner. Was sich im

Kopf in Minuten abspielte, zog sich in Wirklichkeit hin: Schauspieler auszuwählen, das künstlerische Team zusammenzustellen, Drehorte ausfindig zu machen und vor allem Geldgeber zu überzeugen, dafür brauchen selbst erfahrene Produzenten wie Baumgartner und Karathanos einige Monate. Doch am Ende, sagen sie, setzen sich gute Ideen durch. Viele Partner, darunter die Mitteldeutsche Medienförderung, gaben finanzielle Zusagen.

Alles in allem kamen für den Spielfilm "Irina Palm" 4,3 Millionen Euro zusammen - ein stattliches Budget, das dennoch sorgfältig geplant werden will. Obwohl der Film in London spielt, wurden zum Beispiel nur wenige Szenen dort gedreht. Den Großteil der Innenaufnahmen verlagerten die Produzenten in ein Leipziger Studio. Nachdem "Irina Palm" erfolgreich im Kino gelaufen sei, wollen die Filmemacher ihr Werk auch dem Fernsehpublikum nicht vorenthalten. Aktuell führen sie Vertragsverhandlungen mit der ARD über den Verkauf der Fernsehrechte.



# Jahresabschluss 2007

Lagebericht 2007	64
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007	80
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007	82
Anhang	84
Bestätigungsvermerk	100

# Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007

Investitionsbank Sachsen-Anhalt

– Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale –

## I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

### Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2007 war von einer deutlichen konjunkturellen Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und in Sachsen-Anhalt geprägt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs in Sachsen-Anhalt um 2,4 Prozent und lag nur leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 2,5 Prozent. Dieser Zuwachs beruhte ebenso auf wirtschaftspolitischen Rahmensetzungen des Bundes wie auf wichtigen Weichenstellungen für Wachstum und Beschäftigung im Land.

Die deutlichsten Wachstumsimpulse verzeichnete Sachsen-Anhalt erneut in der Industrie. Die Chemieindustrie, die Solartechnik, die Metallindustrie, der Maschinenbau, die Autozulieferer sowie das Ernährungsgewerbe gehörten im Berichtsjahr zu den wirtschaftlich bedeutendsten Branchen.

Preisbereinigt stieg die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahr um 11,7 Prozent und damit erheblich stärker als im Bundesdurchschnitt (6,2 Prozent). Die Industrieumsätze erhöhten sich um 9,2 Prozent, die Exporte sogar um 17,0 Prozent.

Die Zahl der Erwerbstätigen als wichtiger Indikator für wirtschaftliche Stabilität und Dynamik lag bereits seit dem IV. Quartal 2005 stets über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Im Jahresdurchschnitt 2007 hatten über eine Million Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt, 1,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Dahinter verbirgt sich insbesondere die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2007 belief sich auf 16,0 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr sank sie um 2,3 Prozentpunkte.

Die konjunkturelle Erholung hat auch positive Auswirkungen auf die Statistik der Unternehmensinsolvenzen in Sachsen-Anhalt. Im ersten Halbjahr 2007 wurden insgesamt 458 Unternehmensinsolvenzen registriert, 29 Prozent weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

### Betriebliche Entwicklung und Geschäftsverlauf

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) ist die Förderbank des Landes. Die organisatorisch und wirtschaftlich selbständige IB ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Norddeutschen Landesbank Girozentrale (NORD/LB) mit Sitz in Magdeburg. Die Bankgeschäfte der Investitionsbank werden über die der NORD/LB von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erteilte Erlaubnis getätigt.

Die IB bietet, neben der Wahrnehmung treuhänderischer Aufgaben als Bewilligungsstelle des Landes bei der Vergabe von verlorenen Zuschüssen und Förderdarlehen, am Kapitalmarkt refinanzierte Förderdarlehen im Eigengeschäft an.

Förderschwerpunkte im Treuhandgeschäft sind die Bereiche Wirtschaftsförderung, Immobilienförderung, Agrarförderung, Kultur, Bildung und Medien, Tourismusförderung sowie Bergbausanierung.

Das Fördervolumen wird im Wesentlichen von der Höhe der von Land, Bund und der Europäischen Union bereitgestellten Mittel bestimmt. Die Programmkontingente sind in hohem Maße von der Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte abhängig.

Das Land Sachsen-Anhalt hat die IB beauftragt, bestimmte Fördermaßnahmen im eigenen Namen am Geld- und Kapitalmarkt zu refinanzieren. Die Zins-, Liquiditäts- und Kreditrisiken werden in diesen Fällen vom Land getragen.

Das Eigengeschäft umfasst das vom Land als Eigenkapital in die IB eingebrachte Zweckvermögen Wohnungsbau, Darlehensprogramme der Wohnungsbauförderung, Darlehensprogramme der Wirtschaftsförderung, das in das Eigengeschäft der IB übergeleitete Agrarinvestitionsförderungsprogramm, das Förderberatungszentrum sowie Projekte im Rahmen der Europäischen Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIC.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 hat sich die IB weiter als zentrale Fördereinrichtung des Landes Sachsen-Anhalt etabliert und profiliert. Dabei standen sowohl die Vorbereitung der Umsetzung der Europäischen Strukturfondsperiode 2007-2013 inklusive der Weiterentwicklung bereits in der IB bearbeiteter Förderprogramme als auch die Übernahme neuer Förderprogramme im Fokus. Die verzögerte Genehmigung des Operationellen Programms EFRE 2007-2013 durch die Europäische Kommission wirkte sich dabei auf das Förderergebnis der IB aus. Das zugesagte Fördervolumen durch Darlehen belief sich im Jahr 2007 auf 61,4 Mio. EUR, die bewilligten nicht rückzahlbaren Zuschüsse betragen 262,1 Mio. EUR. Es wurden Dauerbürgschaften in Höhe von 3,3 Mio. EUR sowie Übergangsbürgschaften in Höhe von 0,6 Mio. EUR zugesagt.

Zum 01.04.2007 wurde das Rechnungswesen der IB von der ebenfalls unter dem Dach der NORD/LB angesiedelten Niedersächsischen Landestreuhandstelle (LTS) in Hannover an den Standort der IB in Magdeburg verlagert. Diese Änderung in der Organisationsstruktur der IB erfolgte vor dem Hintergrund der Zusammenführung der LTS und der Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank) zu einer eigenständigen Anstalt öffentlichen Rechts außerhalb der NORD/LB Gruppe zum 01.01.2008.

Die Überführung des Rechnungswesens der IB von der LTS in Hannover nach Magdeburg erfolgte stellenneutral und führte in der IB zu einem Anstieg der Mitarbeiteranzahl.

Insgesamt erhöhte sich die Zahl der in der IB direkt Beschäftigten von 286 Mitarbeitern auf 313 in 2007.

Gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiter sind ein wichtiger Erfolgsfaktor für die weitere Entwicklung der IB. Regelmäßig erfolgen Maßnahmen zur aufgabenorientierten Weiterbildung wie z.B. Seminare zum Verwaltungsrecht und zur Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Das im Geschäftsjahr 2007 erzielte Ergebnis liegt insgesamt über den Erwartungen. Das wirtschaftliche Ergebnis der IB betrug 0,4 Mio. EUR und verbesserte sich damit im Verhältnis zum Vorjahr deutlich (+ 0,7 Mio. EUR). Die positive Entwicklung ist insbesondere auf ein höheres Zinsergebnis in Folge des gestiegenen Eigengeschäftes, höhere Einnahmen aus Bearbeitungsentgelten und Verwaltungskostenbeiträgen sowie auf erhöhte Auflösungen von Prozesskostenrückstellungen zurückzuführen.

Die Ertragslage der Investitionsbank stellt sich entsprechend der GuV-Darstellung nach Abgrenzung der durchlaufenden Posten aus dem Treuhandgeschäft der Förderbereiche wie folgt dar:

<b>Erfolgsrechnung</b>			
	<b>2007</b>	<b>2006</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Zinserträge aus Kredit und Geldmarktgeschäften	10.862	7.404	3.458
Aufzinsungserträge auf den Darlehensbestand des Zweckvermögens Wohnungsbau	17.807	137.137	-119.330
Zinsaufwendungen	-5.030	-3.542	-1.488
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>23.639</b>	<b>140.999</b>	<b>-117.360</b>
Provisionserträge	9.720	9.541	179
Provisionsaufwendungen	0	0	0
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>9.720</b>	<b>9.541</b>	<b>179</b>
Sonstige betriebliche Erträge	15.784	13.911	1.873
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.551	-3.285	1.734
Zuführung zur Schwankungsrückstellung des Zweckvermögens Wohnungsbau	-23.261	-129.181	105.920
<b>Saldo sonstige betriebliche Erträge/ Aufwendungen</b>	<b>-9.028</b>	<b>-118.555</b>	<b>109.527</b>
<b>Summe Erträge</b>	<b>24.331</b>	<b>31.985</b>	<b>-7.654</b>
Personalaufwand	-18.424	-16.902	-1.522
Sachaufwand	-5.623	-4.873	-750
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	-425	-369	-56
<b>Summe Verwaltungsaufwand</b>	<b>-24.472</b>	<b>-22.144</b>	<b>-2.328</b>
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>-141</b>	<b>9.841</b>	<b>-9.982</b>
Wertberichtigungen auf Forderungen	-10.240	-10.103	-137
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen	10.822	29	10.793
<b>Risikovorsorge Forderungen</b>	<b>582</b>	<b>-10.074</b>	<b>10.656</b>
<b>Betriebsergebnis nach Risikovorsorge</b>	<b>441</b>	<b>-233</b>	<b>674</b>
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
<b>wirtschaftliches Ergebnis</b>	<b>441</b>	<b>-233</b>	<b>674</b>
Verlustübernahme	0	233	-233
Verrechneter Überschuss	-441	0	-441
<b>Jahresergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Der Zinsüberschuss in Höhe von 23,6 Mio. EUR blieb erwartungsgemäß um 117,4 Mio. EUR hinter dem durch Sondereffekte geprägten Vorjahreswert zurück. Durch das Auslaufen der generellen Zinsfreiheit der aus dem Wohnungsbauzweckvermögen vergebenen Wohnungsbaufördermittelkredite konnten im Vorjahr Zinserträge aus der Aufzinsung der zum Barwert angesetzten Förderkredite von 137,1 Mio. EUR vereinnahmt werden. Der Provisionsüberschuss in Höhe von 9,7 Mio. EUR erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent (+ 0,2 Mio. EUR). Der überwiegende Teil der Zins- und Provisionsüberschüsse wurde in den Segmenten Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung erzielt.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen in Höhe von -9,0 Mio. EUR (Vorjahr: -118,6 Mio. EUR) enthält neben den programmbezogenen Aufwandserstattungen für Förderaktivitäten der Investitionsbank auch die aus dem Wohnungsbauzweckvermögen gebildete Schwankungsrückstellung. Dieser Zuführungsbetrag zur Schwankungsrückstellung hat sich im Vergleich zum Vorjahr planmäßig reduziert. Der Saldo war im Vorjahr durch die einmalige Aufzinsung der bis dato überwiegend unverzinslichen Wohnungsbaufördermittelkredite beeinflusst.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 2,3 Mio. EUR auf 24,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Anstieg der Personalaufwendungen (+ 1,5 Mio. EUR; + 9,0 Prozent) ist im Wesentlichen auf eine erhöhte durchschnittliche Anzahl an Mitarbeitern zurückzuführen. Hier hat sich vor allem ausgewirkt, dass die bisher von der LTS in Hannover wahrgenommenen Aufgabenbereiche Bilanzen, Kontenservice, Liquiditätssteuerung, Cash-Management und Controlling zum 01.04.2007 in die Investitionsbank integriert worden sind. Im Gegenzug haben sich die unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesenen Kosten aus der Leistungsverrechnung mit der LTS um rd. 2,0 Mio. EUR verringert. Der Anstieg bei den Sachaufwendungen (+ 0,8 Mio. EUR; + 15,4 Prozent) resultiert insbesondere aus erhöhten Aufwendungen für die erstmalig gebildete Rückstellung für Archivierungskosten (+ 0,3 Mio. EUR).

Das Ergebnis aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt + 0,6 Mio. EUR und hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 10,7 Mio. EUR verbessert. Von den Wertberichtigungen auf Forderungen entfallen 7,7 Mio. EUR auf das Zweckvermögen Wohnungsbau und 2,5 Mio. EUR auf die Wirtschaftsförderung.

### III. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der IB hat sich um 32,9 Mio. EUR bzw. 3,1 Prozent auf 1.105,8 Mio. EUR erhöht.  
Die Posten der Bilanz haben sich wie folgt entwickelt:

<b>Aktiva</b>			
	<b>2007</b>	<b>2006</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	216.369	174.960	41.409
Forderungen an Kunden	343.137	318.582	24.555
Schuldverschreibungen	3.557	0	3.557
Treuhandvermögen	540.419	576.965	-36.546
Sonstige Aktiva	2.272	2.334	-62
<b>Summe</b>	<b>1.105.754</b>	<b>1.072.841</b>	<b>32.913</b>

Die Forderungen an Kreditinstitute entfallen mit 169,9 Mio. EUR (Vorjahr: 128,8 Mio. EUR) auf Geldanlagen und mit 46,8 Mio. EUR (Vorjahr: 46,2 Mio. EUR) auf langfristige Ausleihungen der Agrarförderung und des Wohnungsbaus. Die Veränderung der laufenden Bankguthaben ist stichtagsbedingt.

Die Forderungen an Kunden umfassen mit 260,1 Mio. EUR die vom Land Sachsen-Anhalt als Eigenkapital eingebrachten Wohnungsbaufördermittelkredite (Vorjahr: 260,5 Mio. EUR) sowie langfristige Ausleihungen der dem Eigengeschäft der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung zugerechneten Kreditprogramme (82,3 Mio. EUR, Vorjahr: 57,4 Mio. EUR). Planmäßige und außerplanmäßige Bestandsabflüsse wurden durch Volumenausweitungen im Neugeschäft kompensiert.

Die unter dem Treuhandvermögen ausgewiesenen langfristigen Ausleihungen aus den verschiedenen Förderbereichen, die übrigen Forderungen und die Aktiva der Bundestreuhandstelle haben sich insbesondere durch planmäßige Tilgungen der Treuhandkredite um insgesamt 36,5 Mio. EUR auf 540,4 Mio. EUR verringert.

<b>Passiva</b>			
	<b>2007</b>	<b>2006</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	177.177	101.524	75.653
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	114.509	121.088	-6.579
Treuhandverbindlichkeiten	540.419	576.965	-36.546
Andere Rückstellungen	164.849	165.264	-415
übrige Passiva	8.800	8.000	800
Eigenkapital	100.000	100.000	0
<b>Summe</b>	<b>1.105.754</b>	<b>1.072.841</b>	<b>32.913</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen um 75,7 Mio. EUR zu. Ursächlich hierfür war neben der Ausweitung der programmbezogenen Refinanzierung der im Eigengeschäft durchgeführten Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung die Aufnahme eines Globaldarlehens für die Bereiche KMU und Umwelt. Die um 6,6 Mio. EUR geringeren Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind weitgehend auf die Veränderung noch nicht weitergeleiteter zweckgebundener Mittel zurückzuführen.

Innerhalb der anderen Rückstellungen hat sich die aus dem eingebrachten Wohnungsbauzweckvermögen dotierte Schwankungsrückstellung um 0,4 Mio. EUR vermindert. Der erfolgswirksamen Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 23,3 Mio. EUR standen erfolgsneutrale Abgänge in Höhe von 23,7 Mio. EUR gegenüber, die überwiegend auf die an das Land Sachsen-Anhalt abzuführenden Tilgungsrückflüsse (22,2 Mio. EUR, Vorjahr: 20,2 Mio. EUR) und Zinseinnahmen (2,6 Mio. EUR, Vorjahr: 1,1 Mio. EUR) entfallen.

Zum 31.12.2007 wird unverändert ein Eigenkapital von 100,0 Mio. EUR ausgewiesen. Der Betrag entspricht dem vom Land Sachsen-Anhalt nach § 1 Einbringungsvertrag garantierten bankaufsichtsrechtlichen Haftkapital.

Die **Finanzlage** stellt sich zum 31.12.2007 wie folgt dar:

<b>Liquide Mittel</b>			
	<b>2007</b>	<b>2006</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Kurzfristig realisierbare Forderungen	178.746	134.751	43.995
Kurzfristig fällige Verbindlichkeiten	-27.727	-33.550	5.823
<b>Saldo</b>	<b>151.019</b>	<b>101.201</b>	<b>49.818</b>

<b>Mittelbedarf</b>			
	<b>2007</b>	<b>2006</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Auszahlungsverpflichtungen	883.163	1.144.790	-261.627
Finanzierungsüberschuss	51.326	1.147	50.179
<b>Saldo</b>	<b>934.489</b>	<b>1.145.937</b>	<b>-211.448</b>
<b>Unterdeckung</b>	<b>-783.470</b>	<b>-1.044.736</b>	<b>261.266</b>

Aus der Finanz- und Liquiditätslage der Investitionsbank ergibt sich insgesamt ein Mittelbedarf von 783,5 Mio. EUR, um die Auszahlungsverpflichtungen aus bewilligten sowie zugesagten Darlehen und bewilligten Zuschüssen zu erfüllen.

Die Auszahlungsverpflichtungen im Treuhandgeschäft werden durch Mittelzuweisung des Landes, den revolvierenden Einsatz von Zinserträgen und Tilgungsrückflüssen und durch Aufnahme von Fremdmitteln auf dem Geld- und Kapitalmarkt gedeckt.

Der Mittelbedarf für die im Eigengeschäft durchgeführten Förderprogramme ist durch Finanzierungszusagen abgesichert.

Die Liquidität hängt insgesamt davon ab, dass das Land die zur Erfüllung der Auszahlungsverpflichtungen erforderlichen Mittel bereitstellt und die Fremdmittelaufnahmen getätigt werden können. Daneben bestand für das Geschäftsvermögen zum Bilanzstichtag, insbesondere durch die Aufnahme eines Globaldarlehens für die Bereiche KMU und Umwelt, ein Finanzierungsüberschuss von 51,3 Mio. EUR.

Zur weiteren Darstellung des Liquiditätsmanagements verweisen wir auf unsere Ausführungen bezüglich der Liquiditätsrisiken.

#### **IV. Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind im Zeitraum nach dem 31.12.2007 bis zum Berichtsabschluss nicht eingetreten.

#### **V. Resümee**

Mit dem Geschäftsverlauf des Jahres 2007 ist die Geschäftsleitung sehr zufrieden. Die damit verbundene Vermögens- und Ertragslage spiegelt die positive Weiterentwicklung der IB als Förderbank des Landes Sachsen-Anhalt wider.

#### **VI. Risikobericht**

Die IB ist die Förderbank des Landes Sachsen-Anhalt und wird in der Rechtsform der teilrechtsfähigen Anstalt in der NORD/LB betrieben.

### **Risikomanagement**

Das Bankgeschäft ist unabdingbar mit dem Eingehen von Risiken verknüpft. Der Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements in Kreditinstituten wird auf der Grundlage des § 25a KWG von den MaRisk vorgegeben. Eine effiziente Risikosteuerung im Sinne einer risiko-/renditeorientierten Eigenkapitalallokation ist für die Investitionsbank aufgrund der speziellen Rahmenbedingungen des Fördergeschäftes keine primäre Zielstellung. Vielmehr sollen vorhandene Risikopotenziale aufgezeigt und begrenzt werden.

Die Umsetzung der MaRisk wurde zum Anlass genommen, die Strategiedokumentation einer Überprüfung zu unterziehen und vollständig zu überarbeiten. Die Investitionsbank unterscheidet im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit die Risikoarten Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiko sowie Operationelle Risiken. In Arbeitsanweisungen und Leitfäden ist geregelt, wie Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht werden. Die Investitionsbank entwickelt - ausgehend vom Risikohandbuch der NORD/LB - ein analoges Risikohandbuch, das einen Überblick über das Risikosteuerungssystem der IB gewährt.

Die risikobezogene Organisationsstruktur sowie Funktionen, Aufgaben und Kompetenzen der an den Risikoprozessen beteiligten Bereiche sind bis auf Mitarbeiterebene klar und eindeutig definiert. Zwischen Markt- und Risikomanagement-/controllingfunktionen wird bis hin zur Geschäftsleitungsebene eine organisatorische Trennung praktiziert. Dadurch werden Objektivität gewährleistet und Interessenkonflikte vermieden.

Der Vorstand der NORD/LB ist für alle bankaufsichtsrechtlich relevanten Geschäfte der Investitionsbank alleinverantwortlich. In der Investitionsbank nehmen die Gremien Verwaltungsrat, Beirat, Prüfungsausschuss und Kreditausschuss generell Beratungs-, Entscheidungs- und Überwachungsfunktionen wahr.

Die Frequenz der Risikoberichterstattung orientiert sich an aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben. Die Investitionsbank erstellt vierteljährlich einen Risikotragfähigkeitsbericht, der seit dem III. Quartal 2007 um die Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationellen Risiken erweitert worden ist. Mit dem Bericht werden die entsprechenden Vorgaben der MaRisk umgesetzt.

### Risikotragfähigkeit

Die Investitionsbank hat im Jahr 2007 eine Risikostrategie verabschiedet. Sie dient einem einheitlichen Risikoverständnis und integriert alle wesentlichen Risiken gemäß den MaRisk.

Kernelement der Risikostrategie ist das Risikotragfähigkeitsmodell (RTF-Modell), auf dessen Basis die Risikobereitschaft und die Allokation des Risikokapitals auf die einzelnen Risikoarten vorgenommen wird.

Die Investitionsbank verwendet 10 Prozent des Eigenkapitals als rechnerisches Risikokapital für die Abdeckung der Risiken. Ein Kapitalverzehr ist aufgrund der Verpflichtung des Landes zur Aufrechterhaltung des bankaufsichtrechtlichen Haftkapitals<sup>1</sup>, von mindestens 100 Mio. EUR und des erklärten Verlustausgleiches des Landes<sup>2</sup> dauerhaft nicht zu erwarten.

Das Risikokapital alloziert die Investitionsbank wie folgt:

Risikoart	Allokation des Risikokapitals
Kreditrisiken	max. 65 %
Marktpreisrisiken	max. 25 %
Liquiditätsrisiken	max. 5 %
Operationelle Risiken	max. 5 %

Die Risikopotenziale werden in drei Stufen mit unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. In dem RTF-Modell werden die Risiken („Risikopotenzial“) zusammengefasst und dem Risikokapital der IB gegenüber gestellt. Dabei dienen die Quotienten aus Risikokapital und Risikopotenzial (Risikodeckungsgrade) als Maß für die Risikotragfähigkeit.

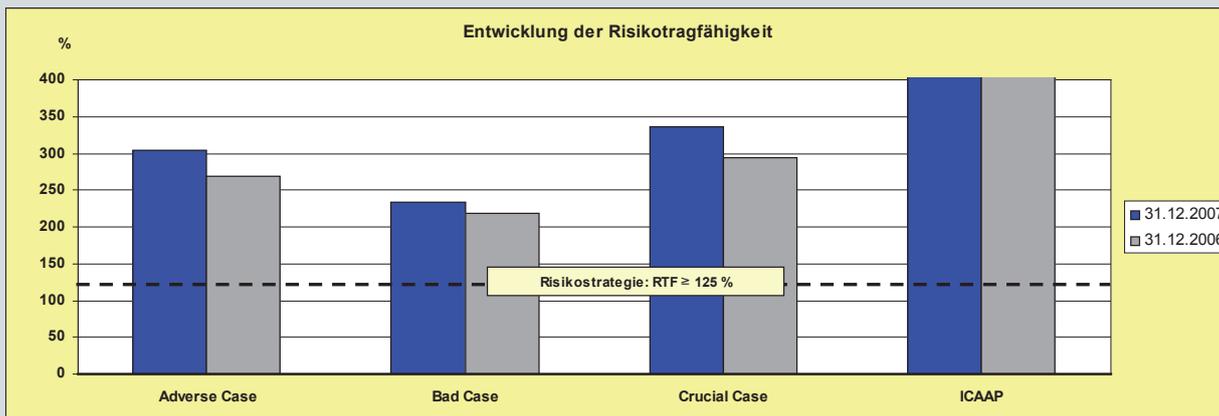
Das RTF-Modell bildet die methodische Grundlage für das Monitoring der Risikostrategie in der Investitionsbank. Die Risikotragfähigkeitsberechnung wird quartalsweise durchgeführt und der Geschäftsleitung der Investitionsbank sowie den entsprechenden Gremien vorgelegt. Das Management der Bank verfügt so über die notwendige Transparenz bezüglich der aktuellen Risikosituation, um im Rahmen strategischer Zielvorgaben entsprechend steuern zu können.

---

<sup>1</sup> § 1 Investitionsbankbegleitgesetz vom 18.12.2003

<sup>2</sup> Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 02.12.2006

Die Risikotragfähigkeit der IB hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen und war in 2007 jederzeit gegeben:



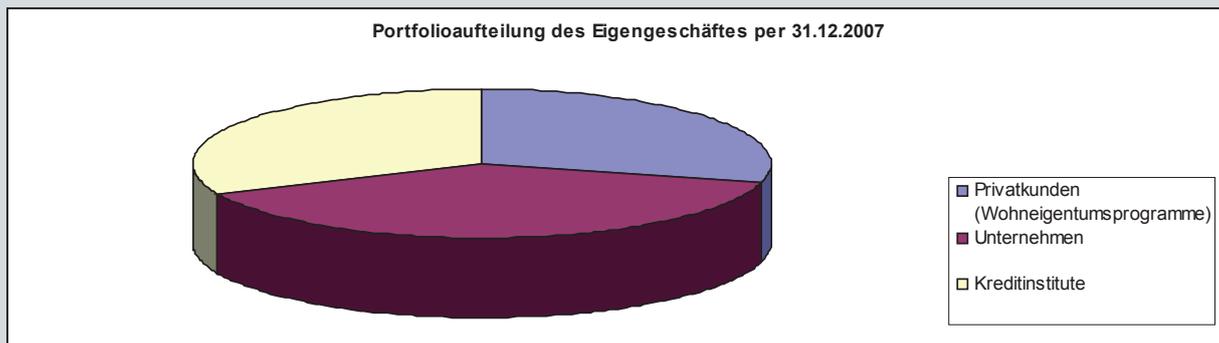
**Adressenausfallrisiko**

Unter Adressenausfallrisiko wird die Gefahr verstanden, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung einer externen Adresse ein Verlust eintritt. Für die Investitionsbank sind insbesondere Kreditrisiken von Bedeutung. Beteiligungsrisiken und Länderrisiken sind nicht relevant.

Mit dem als Eigenkapital auf die Investitionsbank übertragenen Zweckvermögen Wohnungsbau, dessen Verkehrswert von mindestens 100 Mio. EUR vom Land garantiert wird, verfügt die Investitionsbank über ein Vermögen, das ausschließlich für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank haftet.

Für diese nachrangig besicherten und unverbürgten Darlehen der Wohnungsbauförderung bestehen Kreditrisiken. Direkte Risikosteuerungsmöglichkeiten ergeben sich aufgrund der Übernahme der Darlehen aus dem Treuhandbereich nicht. Gleichwohl erfolgt eine permanente Überprüfung der Darlehensnehmer (Wohnungsunternehmen und Privatinvestoren) ab einem Engagement von 250 TEUR, hinsichtlich des Risikopotenzials und ihrer Leistungsfähigkeit.

Im Eigengeschäft werden Kredite wettbewerbsneutral im Direktgeschäft an Unternehmen sowie an Privatpersonen und juristische Personen für die Wohnungsbaufinanzierung sowie im Bankendurchleitungsverfahren vergeben.

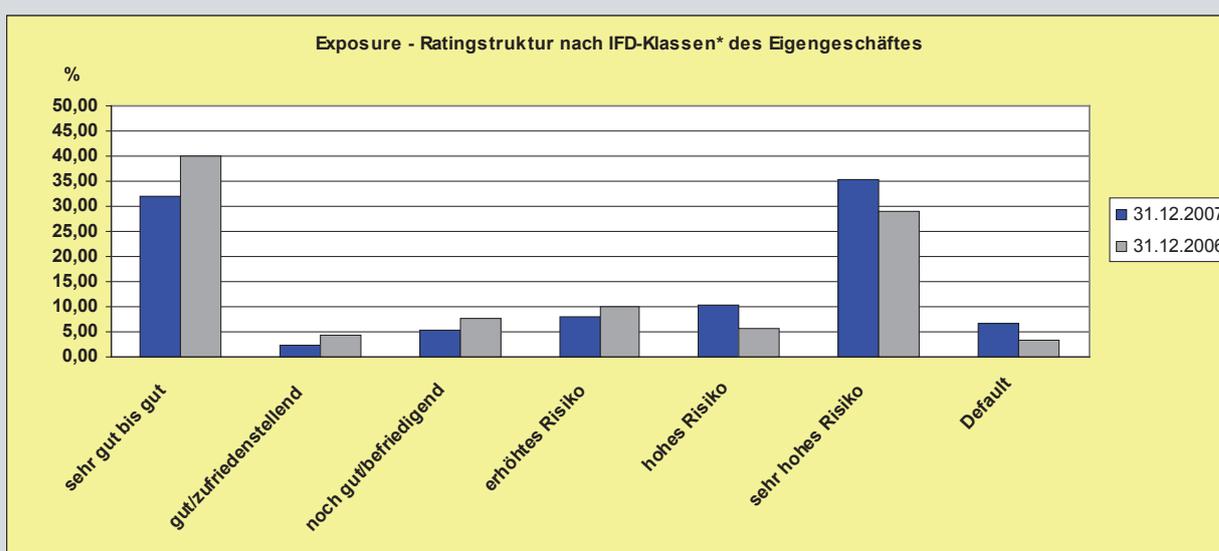


Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die Analyse und die Rating-Einstufung sowie - größenabhängig und bilateral mit den Markt Bereichen - die Bewilligung nimmt das Kreditrisikomanagement der Investitionsbank vor.

Die Investitionsbank nutzt zur Bestimmung von Kreditrisiken Risikoklassifizierungsverfahren. Derzeitig setzt die Investitionsbank bei gewerblichen Kreditnehmern das DSGVO-Standard-Rating (B2Rave) ein.

Die Erstellung des Ratings für Kreditinstitute erfolgt durch die NORD/LB.

Für Privatkunden im Wohnungsbau und gewerbliche Kreditnehmer bis zu 25 TEUR werden vereinfachte Verfahren angewendet.



IFD – Initiative Finanzstandort Deutschland

Die Kundenstruktur entspricht unter Risikoaspekten (insbesondere Ratingnote, Branche) sowie unter Rentabilitätsgesichtspunkten (Abschnittsgröße) der besonderen Bedeutung des Fördergeschäfts und dem für die Investitionsbank geltenden Wettbewerbsverbot.

Für erkennbare Risiken im Krediteigengeschäft der Investitionsbank, die nicht durch Landesbürgschaften und Haftungsfreistellungen besichert sind, wird eine ausreichende Risikovorsorge auf das Eigenobligo getroffen. Dabei unterscheidet die Investitionsbank zwischen einer Einzelwertberichtigung und einer pauschalierten Wertberichtigung. Kredite mit akuten Ausfallrisiken ab 10 TEUR werden einzeln wertberichtigt, Kredite bis 10 TEUR werden seit dem Jahr 2007 in einem standardisierten Verfahren wertberichtigt.

Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die Investitionsbank Pauschalwertberichtigungen.

Der gesamte Risikovorsorgebestand erhöhte sich im Berichtsjahr um 2,3 Mio. EUR auf 4,7 Mio. EUR und deckt damit die Ausfallrisiken ausreichend ab.

**|6.1|**

### **Marktpreisrisiken**

Als Marktpreisrisiko werden die potenziellen Verluste aus Veränderungen der Marktparameter bezeichnet. In der Investitionsbank werden Marktpreisrisiken im Zinsrisiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Volatilitätsrisiko und Rohwarenrisiko unterschieden.

Im Rahmen der Steuerung der Marktpreisrisiken konzentriert sich die Investitionsbank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Marktpreisabhängige Positionen werden möglichst zinsänderungsrisikoarm gesteuert. Die Positionierung der Investitionsbank in den Geld- und Kapitalmärkten soll der Bedeutung und Größenordnung der Bank entsprechen und orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden. Eigenhandelsaktivitäten, im Sinne eines Handelsbuchinstitutes, übt die Investitionsbank nicht aus. Derivate finden in der Investitionsbank keine Anwendung. Die Investitionsbank ist als Anlagebuchinstitut tätig.

Die Marktpreisrisiken werden entsprechend den Grundsätzen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement gesteuert. Für interne Steuerung, Überwachung und Limitierung von Marktpreisrisiken nutzt die Investitionsbank ein aus der Methodik der NORD/LB abgeleitetes Verfahren. Die Ermittlung der Value at Risk (VaR) Kennzahlen erfolgt durch geeignete Szenariowerte des Risikocontrollings der NORD/LB. Dabei kommen ein Konfidenzniveau von 95 Prozent und eine Haltedauer von einem Handelstag zur Anwendung. Die festgelegten Limite wurden im Rahmen der vierteljährlichen Berichterstattung eingehalten.

Im Berichtsjahr ist mit der Einführung eines verfeinerten Systems zur Messung von Zinsänderungsrisiken begonnen worden, das in 2008 abgeschlossen wird.

Währungsrisiken, Aktienkursrisiken, Volatilitätsrisiko und Rohwarenrisiko sind für die Investitionsbank derzeit nicht relevant.

### **Liquiditätsrisiken**

Liquiditätsrisiken umfassen Risiken, die sich aus den Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwartetem Liquiditätsabzug im Passivgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können.

Die dauerhafte Gewährleistung der Liquidität ist für die Investitionsbank unabdingbar. Die Liquiditätssteuerung erfolgt im Rahmen der täglichen Disposition im Treasury der Investitionsbank. Auf der Basis der erwarteten Zahlungsein- und -ausgänge wird die Geldaufnahme anhand der vertraglich festgelegten Geschäfte und den Meldungen der Fachbereiche gesteuert.

Risiken aus dem unerwarteten Abfluss von Geldern können nicht entstehen, da die Investitionsbank kein Einlagengeschäft betreibt.

Aufgrund der Haftungsgarantie des Landes Sachsen-Anhalt für die Verbindlichkeiten der Bank verfügt die Investitionsbank über eine sehr gute Bonität. Vor diesem Hintergrund stuft sie das Risiko, Refinanzierungen zu ungünstigeren Konditionen durchführen zu müssen, als gering ein.

Die Investitionsbank ist grundsätzlich in der Lage, ihren Liquiditätsbedarf aufgrund der Gewährträgerhaftung und Refinanzierungsgarantie durch eine ausreichende Refinanzierung abzudecken. Dieses gilt z.B. auch für einen verspäteten Verlustausgleich des Landes und Schäden aus operationellen Risiken. Da Auszahlungen im Fördergeschäft für Zuschüsse und Darlehen ausschließlich auf Grundlage ausreichender Liquidität erfolgen (Liquiditätsplanung von Haushalts- und Refinanzierungsmitteln mit ausreichender Vorlaufzeit), sind Liquiditätsrisiken nicht signifikant.

Zur Sicherung der Liquidität stehen hinreichende Geldmarktklinien bei Geschäftsbanken zur Verfügung.

Die Steuerung der Liquidität der Investitionsbank erfolgt im Wesentlichen über die Liquiditätskennziffer des Grundsatzes II / Liquiditätsverordnung. Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im Jahr 2007 zwischen 1,37 und 4,77.

### **Operationelle Risiken**

Operationelle Risiken werden definiert als die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten.

Prozessualen und strukturellen Organisationsrisiken wird in der Investitionsbank durch eine sachgerechte Aufbau- und Ablauforganisation begegnet. Die Aufbauorganisation gewährleistet dauerhaft ein geregelter Zusammenspiel aller am Steuerungsprozess für operationelle Risiken beteiligten Bereiche (Geschäftsleitung, Risikocontrolling, Revision, übrige Organisationseinheiten).

Die IB bietet ein infrastrukturelles Arbeitsumfeld und eine leistungsorientierte Vergütung, was die Bindung an die Bank fördert. Die Erhaltung der Gesundheit der Mitarbeiter hat oberste Priorität und wird durch diverse Präventionsmaßnahmen unterstützt (z.B. Betriebssport, Ernährungsprogramme).

Weiterhin widmet die Investitionsbank – neben dem Ziel einer angemessenen Mitarbeiterzahl – der Ausbildung ihrer Mitarbeiter besonderes Augenmerk. Ziel ist es, jeden Mitarbeiter so weit zu qualifizieren, dass er sein Aufgabenspektrum sachgerecht und effizient abdecken kann. Um dieses zu überprüfen, verfügt die Bank über ein System von Anforderungsprofilen und Mitarbeiterbeurteilungen.

Zum Schutz der Personen und Sachwerte hat die Bank für besonders sensible Bereiche Sicherheits- und Notfallkonzepte entwickelt, die die Ersatzbeschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Verbrauchsmaterialien, die Gebäudenutzung (Ausweichquartiere, Brandschutz, Wartung, Zugangskontrollen), die Energieversorgung sowie den Sachversicherungsschutz betreffen. Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Rahmenverträgen und die anschließende Kontrolle der entsprechenden Kennzahlen sichergestellt.

Im Hinblick auf den Ausfall IT-technischer Einrichtungen hat die Bank ein Notfallkonzept aufgestellt. Mit Hilfe von Verfahrensanweisungen, Notfallplänen, ausreichenden Ersatzkapazitäten und Sicherungskopien wird schwerwiegenden Störungen in den Abläufen durch Systemausfälle und Datenverluste vorgebeugt.

Naturkatastrophen und Terroranschläge werden als höhere Gewalt definiert. Mit Notfallkonzepten wird diesen Gefahren begegnet.

Die explizite Bemessung der Operationellen Risiken erfolgt im Rahmen der Teilnahme am jährlichen Self-Assessment der NORD/LB. Hier werden ex ante operationelle Risiken dezentral durch die IB identifiziert. Flankiert wird das Self-Assessment durch eine Szenario-Analyse. Die Konzeption und Definition der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die laufende Weiterentwicklung obliegt dem Risikocontrolling der NORD/LB.

Seit Beginn des Jahres 2003 werden hierfür Schadenfälle in einer Datenbank gesammelt. Mit Hilfe des jährlichen Self-Assessments wird die vergangenheitsbezogene Schadenfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Im Berichtszeitraum sind keine Schadenfälle aus Operationellen Risiken entstanden.

## VII. Prognosebericht

Nach Auffassung von Experten verläuft die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2008 in Sachsen-Anhalt ähnlich erfolgreich wie im Vorjahr. Im Land werden – auch aufgrund des Bewilligungsgeschehens in der IB prognostizierbar - Gesamtinvestitionen von mehr als einer Milliarde Euro angeschoben und Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Laut Vorhersagen soll das Bruttoinlandsprodukt erneut um über zwei Prozent steigen. Bundesweit wird eine leichte Abschwächung des Wachstums auf unter zwei Prozent erwartet.

Vor dem Hintergrund dieser anhaltend positiven Wachstumssignale strebt die IB für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 insgesamt eine weitere Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit an. Durch den aktiven Einsatz innerbetrieblicher Steuerungsinstrumente sollen Ertragslage und Effizienz weiter verbessert werden.

Das durch öffentliche Mittel finanzierte Produktportfolio wird von der im Koalitionsvertrag der Landesregierung Sachsen-Anhalt 2006-2011 getroffenen Vereinbarung beeinflusst, die IB zum zentralen Förderinstitut zu entwickeln und dort künftig eine Vielzahl von Förderprogrammen zu bündeln. Mittelfristig wird die Entwicklung der IB maßgeblich durch den Beschluss der Landesregierung beeinflusst, ca. 10 Prozent der EU-Fondsmittel über revolvingende Fonds einzusetzen und damit langfristig ein haushaltsentlastender Wandel im Fördergeschäft einhergehen.

Der Personaleinsatz in der IB wird grundsätzlich von den an die IB übertragenen Aufgaben des Bestands- und Neukundengeschäfts bestimmt.

In den Geschäftsjahren 2008 und 2009 sind mit dem Start des revolvingenden KMU-Darlehensfonds (Kick-off-Veranstaltung am 07.11.2007), der Vorbereitung eines revolvingenden ELER-Darlehensfonds für die Landwirtschaft, einem Abfallwirtschafts- und Klimafonds, dem Abschluss der Strukturfondsperiode 2000-2006 sowie dem Start der Strukturfondsperiode 2007-2013 besonders prägende Faktoren gegeben und sich daraus ergebende Aufgaben zu erfüllen.

Der Bereich der Kreditfinanzierung und das Angebot des Förderberatungszentrums als zentrales Investorenportal sollen in den nächsten Jahren aufgabebedingt ausgebaut werden. Die notwendige und weiter zunehmende Gewährleistung qualitativ hochwertiger, fachlich kompetenter Förderberatung aus einer Hand erfordert auch eine personelle Verstärkung in diesen Bereichen.

Stellenreduzierungen sind hingegen - hervorgerufen durch die Veränderung von Aufgabenschwerpunkten - in den Bereichen Agrarförderung und Immobilienförderung vorgesehen.

Die IB hat für den Prognosezeitraum neben dem „Altgeschäft“ eine Reihe zusätzlicher Aufgabenfelder zur Verbesserung der Ertragslage generiert.

Mit Beginn der neuen Strukturfondsperiode 2007-2013 wurden auf die IB neue Aufgaben im Treuhandgeschäft übertragen. Dazu zählen u. a. die Übernahme des ego.-Pilotennetzwerkes, das Beratungshilfeprogramm 2007-2013, Zuschüsse für Gründer aus Hochschulen, die Öffentlichkeitsarbeit für den ELER sowie die Datenadministration sowie Berichterstattung für den EFRE und ESF 2007-2013.

Ferner sind die Zuständigkeit für die Patent- und Innovationsassistentenförderung, die Übernahme der Fördermaßnahmen „Fördermittelwettbewerb“ und „Energetische Sanierung“ sowie die übertragenen Aufgaben aus dem Rahmenvertrag Bildung und Kultur 2007-2013 zu nennen.

Auf der Grundlage der vom Verwaltungsrat verabschiedeten Wirtschaftspläne 2008 und 2009 geht die IB von deutlich positiven Jahresergebnissen vor Risikovorsorge in Höhe von jeweils rd. 1,4 Mio. EUR für die nächsten zwei Jahre aus. Hierbei werden insbesondere die Erträge aus Entgelten und Kostenerstattungen vor dem Hintergrund neuer übertragener Aufgaben stärker als die entsprechenden Aufwandsposten steigen.

Der Handlungsbedarf durch den Wandel im Fördergeschäft wird von der IB als Chance genutzt, das Eigen- und Fördergeschäft strategisch neu auszurichten und dabei einen nachhaltigen Einsatz haushaltsentlastender Instrumente fortzuentwickeln, die ganzheitliche Kundenbetreuung zu forcieren und die Dienstleistung effektiver und effizienter zu gestalten. Die IB ist dabei dem Ziel der zentralen Beratungs-, Förder- und Finanzierungseinrichtung des Landes Sachsen-Anhalt deutlich näher gekommen.

Magdeburg, 25. Januar 2008

**Investitionsbank Sachsen-Anhalt**  
**- Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale -**

gez. Schwarz

gez. Maas

# Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Investitionsbank Sachsen-Anhalt

– Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale –

## Aktivseite

			31.12.2006
	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Barreserve</b>			
Kassenbestand		<b>1.002,78</b>	16
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>			
a) täglich fällig	71.907.833,30		51.641
b) andere Forderungen	144.461.168,49		123.319
		<b>216.369.001,79</b>	174.960
<b>3. Forderungen an Kunden</b>		<b>343.137.297,31</b>	318.582
darunter:			
Kommunalkredite	EUR 81.091.793,86		(55.018)
<b>4. Schuldverschreibungen</b>			
a) von öffentlichen Emittenten	503.843,49		0
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			
	EUR 503.843,49		(0)
b) von anderen Emittenten	3.053.069,24		0
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			
	EUR 3.053.069,24		(0)
		<b>3.556.912,73</b>	0
<b>5. Treuhandvermögen</b>		<b>540.419.243,21</b>	576.965
darunter:			
Treuhandkredite	EUR 346.136.661,87		(375.613)
<b>6. Immaterielle Anlagewerte</b>		<b>72.070,31</b>	20
<b>7. Sachanlagen</b>		<b>1.329.817,00</b>	1.377
<b>8. Sonstige Vermögensgegenstände</b>		<b>824.049,94</b>	887
<b>9. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>44.883,38</b>	34
<b>Summe der Aktiva</b>		<b><u>1.105.754.278,45</u></b>	<u>1.072.841</u>

|6.2|

## Passivseite

			31.12.2006
	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>			
a) täglich fällig	4.250.000,00		1.190
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	172.927.178,15		100.333
		<b>177.177.178,15</b>	101.523
<b>2. Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>			
a) täglich fällig	114.420.950,68		120.938
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	87.746,72		150
		<b>114.508.697,40</b>	121.088
<b>3. Treuhandverbindlichkeiten</b>		<b>540.419.243,21</b>	576.965
darunter:			
Treuhandkredite	EUR 346.136.661,87		(375.613)
<b>4. Sonstige Verbindlichkeiten</b>		<b>6.497.392,32</b>	5.457
<b>5. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>2.302.493,55</b>	2.544
<b>6. Andere Rückstellungen</b>			
a) Schwankungsrückstellung	160.486.674,82		160.899
b) übrige Rückstellungen	4.362.599,00		4.365
		<b>164.849.273,82</b>	165.264
<b>7. Eigenkapital</b>			
a) gezeichnetes Kapital	100.000.000,00		100.000
b) Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00		0
		<b>100.000.000,00</b>	100.000
<b>Summe der Passiva</b>		<b>1.105.754.278,45</b>	1.072.841
<b>1. Unwiderrufliche Kreditzusagen</b>		<b>13.482.635,16</b>	20.896
<b>2. Verwaltungskredite</b>		<b>93.553.501,84</b>	85.016
<b>3. Verwaltungsbürgschaften</b>		<b>81.723.262,66</b>	86.530

# Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

Investitionsbank Sachsen-Anhalt

– Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale –

				2006
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		30.531.918,38		169.562
b) Schuldverschreibungen		48.281,96		0
		<u>30.580.200,34</u>		<u>169.562</u>
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		6.938.367,47		5.119
darunter:				
durchlaufende Zinsen EUR 1.908.204,19				(1.577)
			<b>23.641.832,87</b>	<u>164.443</u>
<b>3. Provisionserträge</b>		31.076.573,34		30.838
darunter:				
a) Zinsen aus Treuhandkrediten EUR 3.829.305,91				(3.821)
b) andere Erstattungen EUR 13.287.908,26				(14.978)
<b>4. Provisionsaufwendungen</b>		21.356.505,54		21.297
darunter:				
Zinsen aus Treuhandkrediten EUR 3.829.305,91				(3.821)
			<b>9.720.067,80</b>	<u>9.541</u>
<b>5. Sonstige betriebliche Erträge</b>			<b>15.783.701,84</b>	<u>13.912</u>
<b>6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	14.622.704,15			13.509
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.801.154,80			3.393
darunter:		18.423.858,95		16.902
für Altersversorgung EUR 1.132.116,01				(925)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.623.373,48		4.874
			<b>24.047.232,43</b>	<u>21.776</u>
<b>7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			<b>424.688,75</b>	<u>369</u>
<b>Übertrag</b>			<b>24.673.681,33</b>	<b>165.751</b>

|6.3|

				2006
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>Übertrag</b>			<b>24.673.681,33</b>	<b>165.751</b>
<b>8. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			<b>24.812.377,33</b>	132.466
darunter:				
a) Erstattung anteiliger allgemeiner Verwaltungsaufwendungen an die Niedersächsische Landestreuhandstelle	EUR	433.232,40		(2.446)
b) Zuführung zur Schwankungsrückstellung	EUR	23.261.302,48		(129.182)
<b>9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		10.242.324,33		35.250
<b>10. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		10.822.301,64		1.732
			<b>-579.977,31</b>	33.518
<b>11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			<b>441.281,31</b>	<b>-233</b>
<b>12. Erträge aus Verlustübernahme</b>			<b>0,00</b>	<b>233</b>
<b>13. Auf Grund des § 16 Abs. 4 der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt verrechneter Überschuss</b>			<b>441.281,31</b>	<b>0</b>
<b>14. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>			<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>15. Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>			<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Vermerke</b>				
<b>Zuschüsse und sonstige Inanspruchnahme der Fonds für Zuschüsse und sonstige</b>		449.485.154,43		490.568
		449.485.154,43		490.568
			<b>0,00</b>	<b>0</b>

# Anhang für das Geschäftsjahr 2007

**Investitionsbank** Sachsen-Anhalt

– Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale –

## I. Allgemeine Angaben

### Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Die organisatorisch und wirtschaftlich selbständige Investitionsbank Sachsen-Anhalt – nachfolgend „Investitionsbank“ oder „IB“ genannt – ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Norddeutschen Landesbank Girozentrale – nachfolgend NORD/LB genannt – mit Sitz in Magdeburg.

Das Land Sachsen-Anhalt hat das zur Förderung des Wohnungsbaues eingesetzte treuhänderisch verwaltete Fördervermögen – nachfolgend „Zweckvermögen Wohnungsbau“ genannt – zum Verkehrswert in die Investitionsbank eingebracht. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat mit Schreiben vom 17. August 2005 einen Anteil von 100 Mio. EUR der eingebrachten Wohnungsbaufördermittelkredite als haftendes Eigenkapital im Sinne von § 10 Abs. 2a Nr. 5 KWG (Dotationskapital) anerkannt.

Nach dem Statut stellt die IB einen eigenen Jahresabschluss auf; das Vermögen der IB wird als Treuhandvermögen in den Jahresabschluss der NORD/LB einbezogen.

Der Jahresabschluss der Investitionsbank wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt, sofern das Regelwerk der Investitionsbank und institutsspezifische Besonderheiten keine davon abweichende Bilanzierung oder Bewertung erfordern.

Die jeweils angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind in den Abschnitten „Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie den „Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung“ angegeben.

Die entsprechend den Besonderheiten der IB ergänzte Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV. Aus Gründen der Bilanzklarheit und Übersichtlichkeit wurden gegenüber dem amtlichen Formblatt die Leerposten ausgelassen.

Neben den erforderlichen Angaben im Anhang werden aufgrund der besonderen Gegebenheiten der Investitionsbank zu folgenden Posten die Gesamtbeträge genannt: Zweckgebundene Mittel, Verbindlichkeiten aus Zinsen und Tilgungen, „Durchlaufende Zinsen“ sowie Zinserträge aus verfügbaren und weitergeleiteten zweckgebundenen Mitteln.

Das von der IB als Bundestreuhandstelle für den Bergarbeiterwohnungsbau verwaltete Sondervermögen wird im Treuhandvermögen aktivisch und unter den Treuhandverbindlichkeiten passivisch in gleicher Höhe ausgewiesen. Über dieses Vermögen erfolgt eine gesonderte Rechnungslegung unter entsprechender Zugrundelegung der bei der IB angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

## **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

### **Allgemeine Grundsätze**

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen der §§ 340e ff. HGB.

Die IB tätigt keine Geschäfte in fremder Währung sowie in derivativen Finanzinstrumenten.

### **Zweckvermögen Wohnungsbau**

Un- oder minderverzinsliche Forderungen an Kreditinstitute und Kunden aus dem zum Verkehrswert auf die Investitionsbank übertragenen Zweckvermögen Wohnungsbau werden zum Stichtagsbarwert bilanziert. Der Wertansatz erfolgt unter Berücksichtigung von Abzinsungen, Einzelwertberichtigungen und Vorsorgen für latente Kreditrisiken. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Verkehrswert der Darlehen und dem bankenaufsichtsrechtlichen Eigenkapital wird als Schwankungsrückstellung ausgewiesen.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Kreditgeschäft bestehen Pauschalwertberichtigungen. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt. Die für Adressenausfallrisiken und zukünftige Kreditausfälle gebildeten Abzugsbeträge führen zu einer verlustfreien Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB. Über die gebildeten Wertabschläge für Un- oder Minderverzinslichkeit hinaus sind Wertabschläge zur Berücksichtigung von etwaigen Marktzinssteigerungen nicht vorzunehmen, da die Darlehen fristenkongruent durch unverzinsliches Eigen- und Fremdkapital refinanziert sind und insofern dauerhaft keine negative Zinsmarge erzielt werden kann.

In analoger Anwendung der Vorschriften zu Null-Kupon-Anleihen werden die Darlehen entsprechend dem bei der Barwertermittlung verwendeten Zinssatz (5,81 % p. a.) aufgrund der Laufzeitverkürzung aufgezinst. Die Aufzinsungserträge werden unter den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften ausgewiesen. Die fälligen und rückständigen Tilgungen werden den entsprechenden Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden hinzugerechnet. Ebenso werden anteilige, fällige und rückständige Zinsen und Verwaltungskostenbeiträge ermittelt und den entsprechenden Posten zugeordnet.

Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt hatte nach Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen mit Erlass vom 13. März 2006 in Abänderung zu den bisherigen Verzinsungsregelungen festgelegt, dass für die Bau- und Aufwendungsdarlehen nach Auslaufen der Zinsfreiheit grundsätzlich ein Zinssatz von 2,5 % p. a. gelten soll. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten

Erträge und Aufwendungen aus der wertmäßigen Veränderung des eingebrachten Forderungsbestands (Aufzinsungen und Veränderung der Abschläge für Bonitätsrisiken) sowie die Zinserträge aus Ausleihungen sind durch eine betragsgleiche Zuführung zur Schwankungsrückstellung neutralisiert worden.

Die zum 31. Dezember 2007 vorgenommenen Barwertabschläge belaufen sich hiernach auf 210.850 TEUR (Vorjahr: 232.441 TEUR).

#### **Forderungen aus dem Treuhand- und Eigengeschäft**

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden zum Nennwert oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip), Treuhandforderungen zum Nennwert angesetzt. Die fälligen und rückständigen Tilgungen werden den entsprechenden Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden bzw. dem Treuhandvermögen hinzugerechnet. Ebenso werden anteilige, fällige und rückständige Zinsen und Verwaltungskostenbeiträge ermittelt und den entsprechenden Posten zugeordnet.

Die IB hat allen erkennbaren Risiken für die im eigenen Risiko gewährten Darlehensbeträge sowie für die unwiderruflichen Kreditzusagen dieser Darlehen durch Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Die IB hat erstmalig im Berichtsjahr für Darlehensbeträge bis zu 10 TEUR pauschalierte Einzelwertberichtigungen (196 TEUR) gebildet. Für latente Risiken im Kreditgeschäft bestehen Pauschalwertberichtigungen. Dem Prozentsatz der Pauschalwertberichtigungen von 4,73 % (Vorjahr: 5,09 %) liegen unverändert die Standardrisikokosten für Eigenprodukte zugrunde. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

#### **Schuldverschreibungen**

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

#### **Immaterielle Anlagewerte**

Es handelt sich hierbei um entgeltlich erworbene Nutzungsrechte an Software.

#### **Sachanlagen**

Die unter den Sachanlagen ausgewiesene Betriebs- und Geschäftsausstattung ist zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Bei Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten die maximal anerkannten Abschreibungen geltend gemacht; geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

### **Verbindlichkeiten**

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden werden mit ihren Rückzahlungsbeträgen passiviert. Unterschiedsbeträge zwischen Aufnahme- und Rückzahlungsbeträgen mit Zinscharakter werden unter den Abgrenzungsposten ausgewiesen.

### **Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Soweit bei Darlehen und anderen Forderungen Unterschiedsbeträge zwischen Nennbeträgen und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, werden gemäß § 340e Abs. 2 HGB Rechnungsabgrenzungsposten gebildet. Die Abgrenzung der Bearbeitungsentgelte unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt für durchlaufende Kredite entsprechend der Laufzeit der Fördermaßnahmen oder für das Eigengeschäft kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode.

### **Andere Rückstellungen**

Rückstellungen werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Der Jahresabschluss wird unter Berücksichtigung der Verpflichtung, Zinserträge und Tilgungsrückflüsse aus dem Zweckvermögen Wohnungsbau an das Land Sachsen-Anhalt abzuführen, aufgestellt.

Der das gezeichnete Kapital übersteigende Verkehrswert des Zweckvermögens Wohnungsbau wird unter der „Schwankungsrückstellung“ ausgewiesen. Diese Rückstellung stellt keine versicherungstechnische Schwankungsrückstellung im Sinne von § 341h Abs. 1 HGB dar.

Die Investitionsbank hat mit der Einbringung des Wohnungsbauvermögens Auszahlungsverpflichtungen für bereits bewilligte Darlehen übernommen. Die Mittel werden durch das Land bereitgestellt. Der bei der Auszahlung der Darlehen entstehende Aufwand aus der Abzinsung un- oder minderverzinslicher Darlehen wird der Schwankungsrückstellung als Verbrauch entnommen.

Die Pensionsrückstellungen für die bei der IB tätigen Mitarbeiter sowie Ruhegehaltsempfänger, die sämtlich Angestellte der NORD/LB sind bzw. waren, werden nicht in der Bilanz der IB, sondern in der Bilanz der NORD/LB passiviert. Die entsprechenden Zuführungsbeträge werden der IB von der NORD/LB weiterbelastet.

## II. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

### Erläuterungen zur Bilanz

<b>Aktiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	216.369	174.960
Die in diesem Posten enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:		
a) täglich fällig	71.908	51.641
b) andere Forderungen	144.461	123.319
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis 3 Monate	98.059	77.395
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.776	3.748
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	14.417	13.459
- mehr als 5 Jahre	28.209	28.717

<b>Aktiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Forderungen an Kunden</b>	343.137	318.582
In diesem Posten sind enthalten:		
- Nachrangige Forderungen	33.407	30.608
Der Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis 3 Monate	37.694	2.798
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	8.729	7.796
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	59.649	50.560
- mehr als 5 Jahre	237.065	257.428

<b>Aktiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Schuldverschreibungen</b>	3.557	0
Die in diesem Posten enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:		
a) von öffentlichen Emittenten	504	0
b) von anderen Emittenten	3.053	0
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Schuldverschreibungen sind:		
- börsennotiert	3.557	0
- im Folgejahr fällig	1.601	0

<b>Aktiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Treuhandvermögen</b>	540.419	576.965
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an Kunden	346.137	357.613
- Sonstige Vermögensgegenstände	188.137	212.836
- Sondervermögen Bundestreuhandstelle	6.145	6.516

In der Aufgliederung sind über weiterleitende Kreditinstitute an Endkreditnehmer ausgereichte Treuhandkredite (136.321 TEUR, Vorjahr: 141.093 TEUR) den Forderungen an Kunden zugeordnet.

<b>Aktiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	824	887
In diesem Posten sind enthalten:		
- Nicht umgegliederte offene Beträge auf Zwischenkonten	416	2
- Forderungen an das Land aus Verlustübernahme	302	743
- Forderungen aus Kostenerstattungen	76	98
- Forderungen an das Land aus Zinserstattungen	30	44

<b>Aktiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	45	34
In diesem Posten sind enthalten:		
- Disagio aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	8	4
- Andere Rechnungsabgrenzungsposten	37	30

	<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	<b>Sachanlagen</b>
	TEUR	TEUR
<b>Anlagespiegel</b>		
Anschaffungs-/Herstellungskosten 01.01.2007	234	3.852
Zugänge	68	362
Abgänge	0	119
Abschreibungen kumuliert	230	2.765
davon: Abschreibungen im Geschäftsjahr	(16)	(408)
<b>Buchwert 31.12.2007</b>	<b>72</b>	<b>1.330</b>
davon: Betriebs- und Geschäftsausstattung	(0)	(1.330)
Buchwert 31.12.2006	20	1.377

<b>Passiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</b>		
	177.177	101.524
Die in diesem Posten enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:		
a) täglich fällig	4.250	1.190
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	172.927	100.334
Der Unterposten b) -mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis 3 Monate	4.971	34.840
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.988	3.889
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	42.406	19.332
- mehr als 5 Jahre	120.562	42.273

<b>Passiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
	114.509	121.088
Die in diesem Posten enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:		
a) täglich fällig	114.421	120.938
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	88	150
In diesem Posten sind enthalten:		
- Zweckgebundene Mittel	0	47
- übrige Verbindlichkeiten	88	103
Der Unterposten b) -mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis 3 Monate	88	150
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	0
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0	0
- mehr als 5 Jahre	0	0

<b>Passiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	540.419	576.965
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	286.245	320.576
- Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	248.029	249.873
- Sondervermögen Bundestreuhandstelle	6.145	6.516
Die im Sondervermögen Bundestreuhandstelle zusammengefassten Verbindlichkeiten setzen sich zusammen:		
- Zweckgebundene Mittel	5.960	6.331
- Verbindlichkeiten aus Zinsen und Tilgungen	185	185
- Sonstige Verbindlichkeiten	0	0

<b>Passiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	6.497	5.457
In diesem Posten sind enthalten:		
- Kostenerstattungen	2.252	1.090
- Leistungsvorauszahlungen und noch zuzuordnende Zahlungseingänge	4.105	4.157
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27	78
- Weiterzuleitende Gelder	97	77
- Offene Posten auf Zwischenkonten	6	32
- Freistellungsmieten	10	23

Die offenen Zins- und Tilgungsbeträge sind den anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bzw. den Treuhandverbindlichkeiten zugeordnet.

<b>Passiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	2.302	2.544
In diesem Posten sind enthalten:		
- Disagioabgrenzung gemäß § 340e Abs. 2 HGB	1.738	1.514

|6.4|

<b>Passiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Andere Rückstellungen</b>	164.849	165.264
Die in diesem Posten enthaltenen Beträge untergliedern sich wie folgt:		
a) Schwankungsrückstellung	160.487	160.899
b) übrige Rückstellungen	4.362	4.365

	TEUR
Der für das Zweckvermögen Wohnungsbau gebildete Unterposten a) -Schwankungsrückstellung- hat sich folgendermaßen entwickelt:	
Schwankungsrückstellung 31.12.2006	160.899
Verbrauch für Abzinsungen auf Auszahlungen	-56
Abgang aus Tilgungen (incl. Boni und Ausbuchungen)	-22.225
Abgang aus Zinsen	-2.552
Zinserträge aus Ausleihungen	+2.552
Zuführung zu Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	-7.743
Aufzinsungserträge auf den Darlehensbestand	+17.807
Auflösung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	+10.645
Zuführung aus Darlehensauszahlungen	+1.160
<b>Schwankungsrückstellung 31.12.2007</b>	<b>160.487</b>

<b>Passiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
Der Unterposten b) -übrige Rückstellungen- setzt sich wie folgt zusammen:		
- Personalarückstellungen	2.089	1.866
- Prozesskosten	1.008	1.623
- Sonstige Verpflichtungen	825	406
- Ausstehende Rechnungen (EDV-Kosten und Leistungsverrechnung)	371	388
- Prüfungskosten	69	50
- Kreditrückstellungen	0	32

<b>Passiva</b>		
	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Eigenkapital</b>	100.000	100.000
Das Kernkapital setzt sich wie folgt zusammen:		
- gezeichnetes Kapital (Dotationskapital)	100.000	100.000

**Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Zinserträge aus</b>	30.580	169.562
Die in diesem Posten enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 3 der RechKredV wie folgt:		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	30.532	169.562
b) Schuldverschreibungen	48	0
In dem Unterposten a) -Kredit- und Geldmarktgeschäften- sind enthalten:		
- Aufzinsungserträge auf den Darlehensbestand des Zweckvermögens Wohnungsbau	17.807	160.580
- Zinserträge aus Kreditgeschäften	10.732	7.374
- Zinserträge aus verfügbaren und weitergeleiteten zweckgebundenen Mitteln - durchlaufende Zinsen -	1.863	1.577
- Zinserträge aus Geldmarktgeschäften	130	31
In dem Unterposten b) -Schuldverschreibungen- sind enthalten:		
- Zinserträge aus verfügbaren und weitergeleiteten zweckgebundenen Mitteln - durchlaufende Zinsen -	48	0

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Zinsaufwendungen</b>	6.938	5.119
In diesem Posten sind enthalten:		
- Zinsaufwendungen aus dem Eigengeschäft	5.030	3.542
- Durchlaufende Zinsen aus dem Treuhandgeschäft	1.908	1.577

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Zinsaufwendungen</b>		
Der Unterposten -Durchlaufende Zinsen- setzt sich wie folgt zusammen:		
- Abführung des Zinsaufkommens	1.317	913
- Zuführung zu den zweckgebundenen Mitteln der Fonds	591	664

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Provisionserträge</b>	31.077	30.838
In diesem Posten sind enthalten:		
- Bearbeitungsentgelte und Verwaltungskostenbeiträge	9.720	9.541
- Erstattung von Zinsaufwendungen aus dem Treuhandgeschäft	13.288	14.978
- Erträge aus zweckgebundenen Mitteln - Durchlaufende Provisionen -	8.068	6.318
- Erträge der Bundestreuhandstelle	1	1

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Provisionsaufwendungen</b>	21.357	21.297
In diesem Posten sind enthalten:		
- Refinanzierungsaufwendungen für das Treuhandgeschäft	13.288	14.978
- Durchlaufende Provisionen	8.068	6.318
- Aufwendungen der Bundestreuhandstelle	1	1
Der Unterposten -Durchlaufende Provisionen- setzt sich wie folgt zusammen:		
- Abführung des Provisionsaufkommens	7.535	5.684
- Zuführung zu den zweckgebundenen Mitteln der Fonds	533	634

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	15.784	13.912
Als wesentliche Posten sind zu nennen:		
- Programmbezogene Aufwandsersattungen für das Treuhandgeschäft	12.653	11.477
- Erstattungen des Landes für das Eigengeschäft	1.425	1.084
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.187	889
- Erträge aus der Verzinsung des Pensionsfonds der NORD/LB	314	283
- Gutschrift anteiliger Erträge durch die Niedersächsische Landestreuhandstelle	58	156
- Gutschrift für Mietnebenkosten	36	0

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	24.812	132.466
Als wesentliche Posten sind zu nennen:		
- Zuführung zur Schwankungsrückstellung des Zweckvermögens Wohnungsbau	23.261	129.181
- Kosten- und Leistungsverrechnung mit der NORD/LB und der Niedersächsischen Landestreuhandstelle	1.448	3.217
- Personalbezogene Aufwendungen	40	47
- Ausbuchung rückständiger Nebenleistungen auf gekündigte Darlehen	60	18

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	10.242	35.250
In diesem Posten sind enthalten:		
- Zuführung zu Einzelwertberichtigungen	10.051	31.312
- Zuführung zur Pauschalwertberichtigung	188	3.938
- Kursverluste	3	0

|6.4|

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	10.822	1.732
In diesem Posten sind enthalten:		
- Auflösung von Einzelwertberichtigungen	7.848	946
- Auflösung der Pauschalwertberichtigung	2.942	770
- Auflösungen von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	32	16

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	0	233
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verlustübernahme durch das Land Sachsen-Anhalt	0	233

	<b>2007</b>	2006
	TEUR	TEUR
<b>Auf Grund des § 16 Abs. 4 der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt verrechneter Überschuss</b>	441	0
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verrechnung des Überschusses mit der aus den Jahresfehlbeträgen für die Geschäftsjahre 2005 und 2006 resultierenden Forderung	441	0

### III. Sonstige Angaben

#### Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates der Investitionsbank

##### Geschäftsleitung

- ▶ **Henning Schwarz**, Bankdirektor
- ▶ **Manfred Maas**, Bankdirektor

##### Verwaltungsrat

###### Vorsitzender:

- ▶ **Jens Bullerjahn**, Minister, Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

###### Stellvertretender Vorsitzender:

- ▶ **Rainer Robra**, Staatsminister, Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

###### Mitglieder:

- ▶ **Dr. Jürgen Allerkamp**, Mitglied des Vorstandes Norddeutsche Landesbank Girozentrale, (ab 21. Februar 2007)
- ▶ **Dr. Karl-Heinz Daehre**, Minister, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
- ▶ **Dr. Reiner Haseloff**, Minister, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt
- ▶ **Dr. Klaus Hieckmann**, Präsident Industrie- und Handelskammer Magdeburg, (bis 4. November 2007)
- ▶ **Enno von Katte**, Direktor, Hypo-Vereinsbank, Niederlassung Sachsen-Anhalt
- ▶ **Klaus Kirchner**, Vorstandsvorsitzender, Kreissparkasse Wernigerode
- ▶ **Prof. Dr. Angela Kolb**, Ministerin, Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt
- ▶ **Gerlinde Kuppe**, Ministerin, Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
- ▶ **Klaus Medoch**, Präsident, Handwerkskammer Magdeburg
- ▶ **Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz**, Minister, Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt
- ▶ **Klaus Olbricht**, Präsident Industrie- und Handelskammer Magdeburg, (ab 5. November 2007)
- ▶ **Stefanie Rieke**, Personalvertretung, Investitionsbank Sachsen-Anhalt
- ▶ **Helmut H. Seibert**, Vorstandsvorsitzender, Volksbank Magdeburg eG
- ▶ **Dr. Hans Vieregge**, Vertreter des Vorstandsvorsitzenden Norddeutsche Landesbank Girozentrale, (bis 20. Februar 2007)
- ▶ **Thomas Webel**, Landrat, Landkreis Bördekreis
- ▶ **Petra Wernicke**, Ministerin, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt

### Angaben zur Steuerpflicht

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus einem Mietvertrag mit einer Laufzeit bis in das Jahr 2012 ergeben sich zukünftige Belastungen von 6.019 TEUR (Vorjahr 7.287 TEUR). Weitere finanzielle Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Strich ausgewiesen sind, sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung.

### Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Im Jahresdurchschnitt waren 317 Mitarbeiter, die sämtlich Angestellte der Norddeutschen Landesbank Girozentrale sind, für die Investitionsbank tätig. Die Mitarbeiterzahl ergibt sich wie folgt:

	2007	2006
<b>direkt der Investitionsbank</b> (einschließlich Bundestreuhandstelle für den Bergarbeiterwohnungsbau) <b>zuzurechnende Mitarbeiter</b>		
- männlich	95	85
- weiblich	218	201
	313	286
<b>bei der Niedersächsischen Landes-treuhandstelle tätige Mitarbeiter</b>		
	4	22
	<b>317</b>	<b>308</b>

Mit der Übernahme der bisher von der Niedersächsischen Landestreuhandstelle erbrachten Dienstleistungen zum 1. April 2007 in die Investitionsbank wurde die bisherige Leistungsverrechnung beendet und die betreffenden Personalstellen direkt der Investitionsbank zugeordnet.

Magdeburg, 25. Januar 2008

### Investitionsbank Sachsen-Anhalt

– Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale –

# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Sachsen-Anhalt – Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale –, Magdeburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Statuts liegen in der Verantwortung der Geschäftsleitung der Investitionsbank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Investitionsbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Investitionsbank Sachsen-Anhalt – Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale –, Magdeburg, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Statuts und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Investitionsbank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Investitionsbank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Magdeburg, den 18. März 2008

**Deloitte & Touche GmbH**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

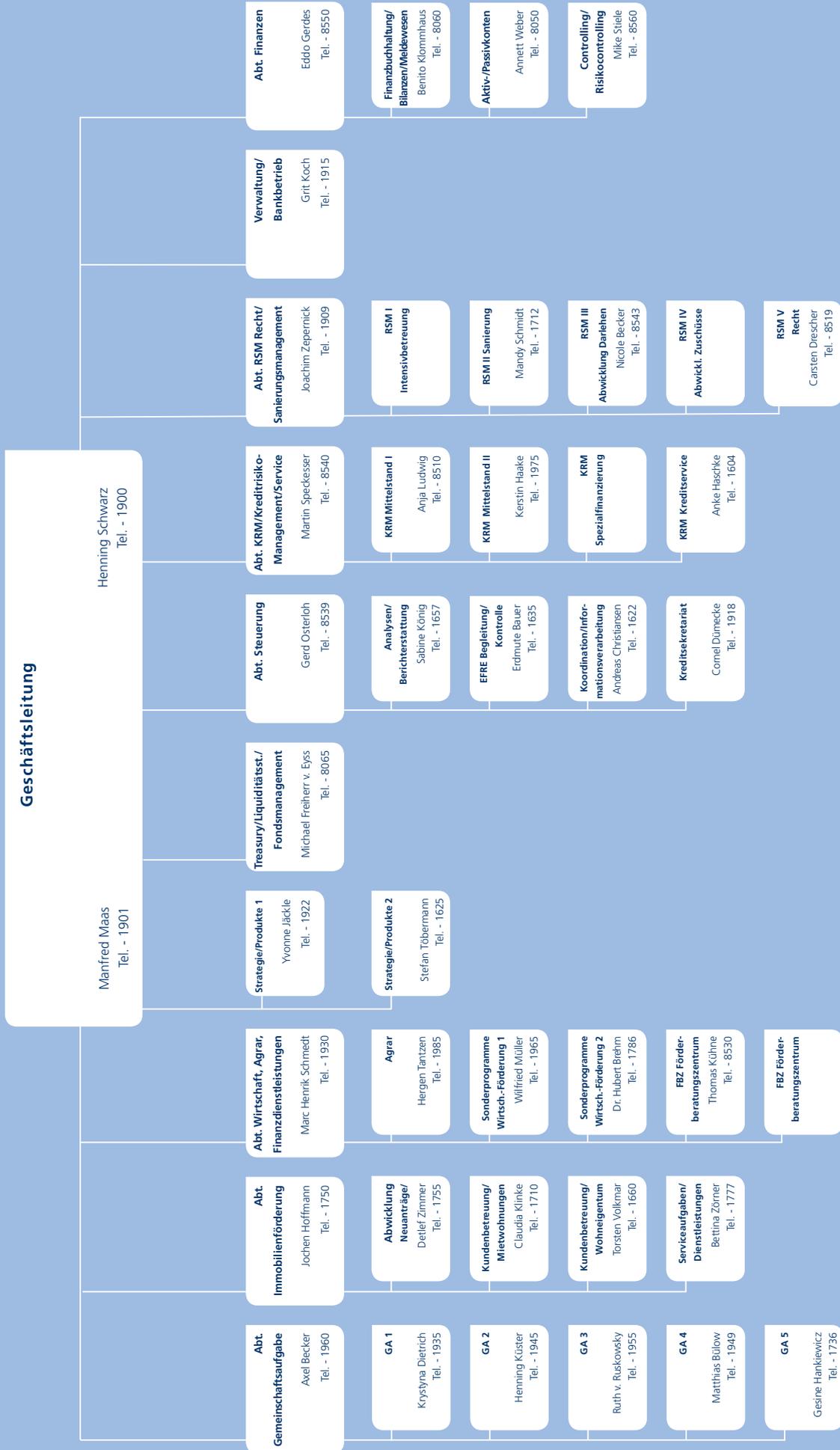
(Reker)  
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Eberlein)  
Wirtschaftsprüfer



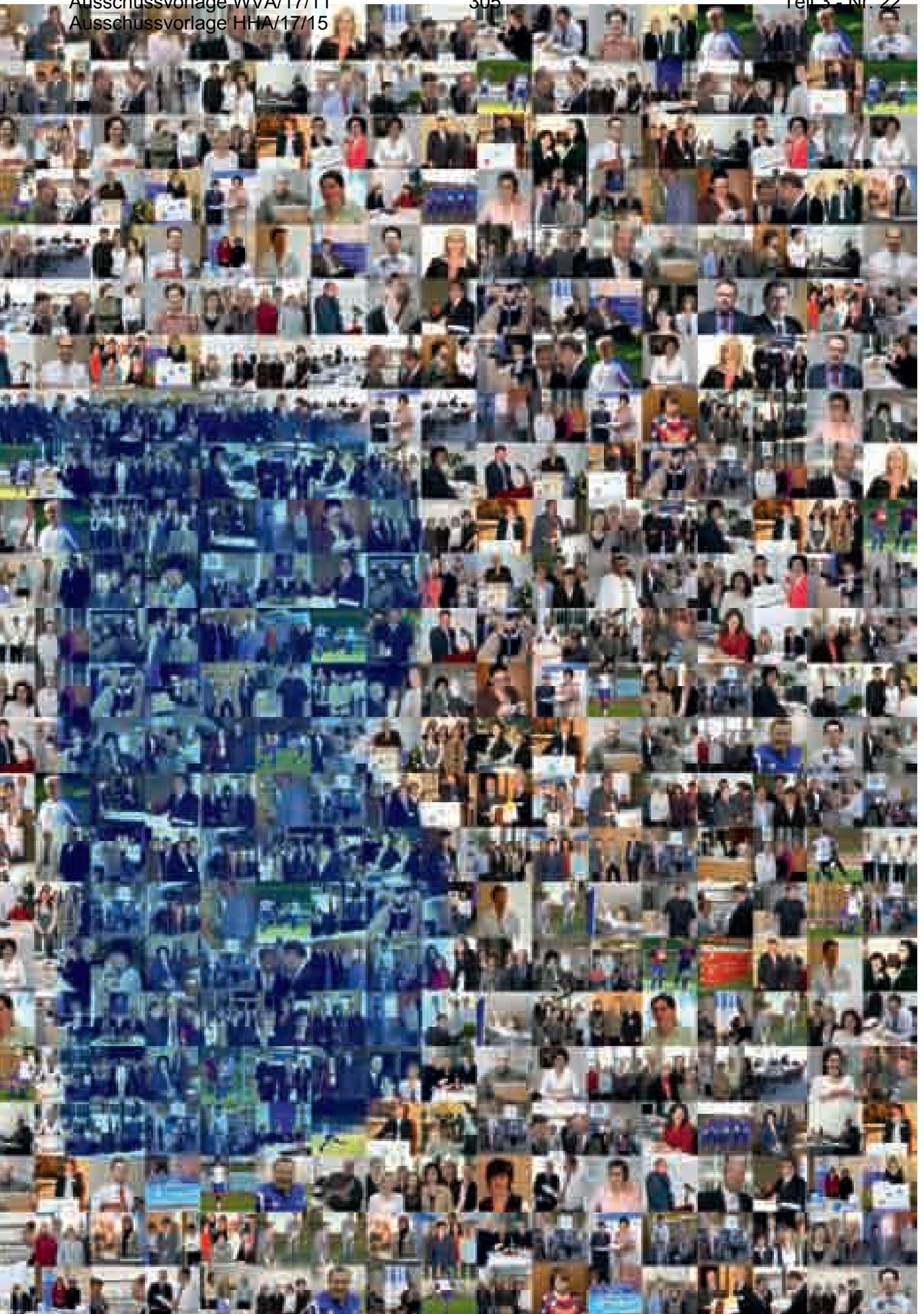


Investitionsbank Sachsen-Anhalt



Investitionsbank Sachsen-Anhalt · Domplatz 12 · 39104 Magdeburg  
 Telefon 03 91 589 - 1745 oder 03 91 589 - Durchwahl  
 Fax 03 91 589 - 1754  
 www.ib-sachsen-anhalt.de · info@ib-sa.de





## **Impressum**

### **Herausgeber:**

**Investitionsbank** Sachsen-Anhalt  
Anstalt der Norddeutschen Landesbank  
Girozentrale  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg

### **Redaktion:**

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Stefanie Härtel, Freie Journalistin  
Dr. Joachim Weschke, Freier Journalist (jbw)

### **Layout:**

Hoffmann und Partner Werbeagentur, Magdeburg

### **Druck und Weiterverarbeitung:**

Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG

### **Bildnachweis:**

Bernd Liebl;

Seite 5: Ministerium der Finanzen Sachsen Anhalt;

Seite 11: Werner Klapper;

Seite 12, 14, 15, 16, 19: jbw;

Seite 21: Business Angels Netzwerk Sachsen-Anhalt;

Seite 24: IMG Sachsen-Anhalt;

Seite 25: Christina Wamsler (Foto links);

Seite 25: José Miguel Hernández Planas (Foto rechts);

Seite 30, 34, 36, 38, 42: Werner Klapper

Der Geschäftsbericht wurde auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

[www.ib-sachsen-anhalt.de](http://www.ib-sachsen-anhalt.de)

**Investitionsbank** Sachsen-Anhalt  
Domplatz 12 · 39104 Magdeburg  
**Telefon:** 0391 589-1745  
**E-Mail:** [info@ib-lsa.de](mailto:info@ib-lsa.de)



SACHSEN-ANHALT



Europäische Kommission  
Europäische Strukturfonds  
INVESTITION IN IHRE ZUKUNFT